

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Stoiber nach Bonn:** Der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Strauß wird nach zuverlässigen Informationen der WELT seinen Staatssekretär in der Münchener Staatskanzlei, den ehemaligen CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber zum neuen Bundesratsminister Bayerns mit Dienstsitz in Bonn machen. Stoiber war als Nachfolger des im Juni auscheidenden bayerischen Sozialministers Pirkel im Gespräch. Diesen Posten soll nun der bisherige Bundesratsminister Schmidhuber übernehmen. (S. 5)

**Steuerreform:** Nach einer fünfstündigen Sitzung des CDU-Präsidiums und einer Beratung im kleinen Kreis bei Finanzminister Stoltenberg rechnet man mit einem Programm zu steuerlichen Entlastungen der Familie in jedem Fall vor Ende der Legislaturperiode. (S. 10)

**Festnahmen im Wendland:** Rund 4000 Kernkraftgegner aus allen Teilen der Republik haben am Wochenende den Verkehr im Gebiet Gorleben/Dröbichow zwölf Stunden lang erheblich blockiert. 700 Personen wurden vorübergehend festgenommen. (S. 10)

**„Volksbüro“ untersucht:** Nach der Räumung der libyschen Botschaft in London haben Polizei-Experten das Gebäude untersucht, aus dem heraus eine Polizistin erschossen worden war. (S. 6)

### ZITAT DES TAGES



„Es gibt nur dann etwas zu verteilen, wenn vorher etwas verdient wird.“

Bundesminister Norbert Blum gestern in Salzgitter zur Gewerkschaftsdebatte nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. (S. 4)

### WIRTSCHAFT

**Gebrauchtwagen-Haare:** Während sich die Pkw-Neuzulassungen im März mit einem Minus von 7,1 Prozent etwas eintrübten, wurde im Februar dieses Jahres die bisher höchste Zahl an Besitzumschreibungen gebrauchter Fahrzeuge notiert: 458 998 Pkw und Kombi (plus 19,8 Prozent). (S. 11)

**Musikmarkt:** Der deutsche Markt für Schallplatten und Musik-Cassetten, nach den USA der zweitgrößte in der Welt, zeigt Schwächen: minus fünf Prozent Umsatz 1983. (S. 11)

### KULTUR

**Maazel:** Seit Lorin Maazel seinen vorzeitigen Rücktritt mit Ende dieser Saison bekanntgegeben hatte, wartete man in Wien gespannt auf seine letzte Premiere. Verdis „Aida“ in der Inszenierung des Regie-Debutanten Nicolas Joël wurde allerdings zu Maazels Waterloo. (S. 17)

### SPORT

**Fußball:** Borussia Mönchengladbach hat das Finale um den DFB-Vereinspokal erreicht. In einem spannenden Spiel schlugen sie Werder Bremen n.V. 5:4 (4:4, 2:1). Chiens erzielte den 4:4-Ausgleich und den Siegtreffer. (S. 6)

### AUS ALLER WELT

**Blumenfest:** Vor drei Jahren stand der Liverpooler Stadtteil Toxteth in Flammen, als sich Zorn und Protest gegen Armut und Kriminalität im Armenviertel der britischen Nation gewaltsam entluden. Heute eröffnet die Queen hier die erste internationale Gartenschau des Vereinigten Königreichs. (S. 18)

**Meinungen:** Wer heißt die Heiligkeit? Leitartikel von P. Jentsch über die Arzteschwemme. S. 2

**Europawahl:** Der Wähler kommt nicht in Fahrt - ein erstes Fazit der FDP-Kandidaten. S. 3

**Finnland:** Helsinki plagt sich mit Reformen - Vereinbarte Gesetzgebung vorgesehen. S. 5

**Paquet-Reise:** Gilt dem ganzen koreanischen Volk - Missionierung beginnt vor 200 Jahren. S. 6

**Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

## Barzel: Es geht nicht an, den Staat in Frage zu stellen

WELT-Gespräch über den Tarifstreit zur 35-Stunden-Woche

**DW. Bonn**  
 In die Diskussion über die von den Gewerkschaften geforderten Arbeitszeitverkürzungen hat sich zum 1. Mai Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Appell eingeschaltet, die Auseinandersetzungen zu beenden. Indessen war in den Mai-Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) kein Hinweis auf Mäßigung erkennbar. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit warf der Bundesregierung und den Arbeitgebern vor, den Sozialstaat „stumm und schleichend“ zu zerstören.

Trotz dieser scharfen Töne geht der Bundesverband Druck heute mit „vorsichtigem Optimismus“ in das Spitzengespräch mit der IG Druck und Papier. Diese Gewerkschaft erklärte zugleich, sie wolle ihre „flexiblen Streikaktionen fortsetzen“.

Korrespondierend zu den zeitlich zurückhaltenden Tönen anderer Gewerkschaften äußerte sich die IG Metall erneut sehr kämpferisch. Das Wort von Franz Steinke, der IG-Metall-Vorsitzende, „härtesten Arbeitskamps der Nachkriegsgeschichte“ gehen, ist von anderen Vorstandsmitgliedern der Metallgewerkschaft in Frankfurt übernommen worden.

Der Informationsstand der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ist genauso vollständig wie der Informationsstand der Vorstände in den Unternehmen. Der Gesetzgeber, der die Mitbestimmungsregelungen einführt, sollte ein Klima schaffen, in dem niemand sagen kann, es gehe bei einem Tarifstreit um das Fundament des Staates. Dies erklärte Bundespräsident Rainer Barzel in einem Gespräch mit der WELT. Das Gespräch führte Herbert Kramp.

Der Präsident äußerte seine Bedenken über die „politische Sprache“, die in dem gegenwärtigen Tarifkonflikt geführt werde. Es gehe ja wohl nicht an, wegen einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und des Streits der Tarifpartner darüber den ganzen Staat in Frage zu stellen. Wer von den Streikenden könne sich auf Kosten der Ordnung und des Gesichts des ganzen Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf“, sagte Barzel.

„Blicken Sie auf das Parlament.

Das Deutsche Bundestag hat seine gute Ordnung und bewahrt in dieser Legislaturperiode entgegen manchen Voraussagen Würde und Stil. Es gibt Herausforderungen. Die gibt es überall. Es gibt auch im Tarifstreit Gruppen, die Wochenarbeitszeit sagen, aber eine andere Republik meinen. Das erschüttert nicht unser Selbstbewusstsein. Der Deutsche Bundestag, nach dem Sie mich fragen, erweist sich jedenfalls als das Herz der Republik. Bei uns, wissen Sie, haust die Vernunft.“

Der Bundestag hat die Fraktion der Grünen aufgenommen, sagte Barzel weiter. Die Mehrheit dieser Parlamentarier habe sich daran gewöhnt, im Bundestag mitzuarbeiten. Sie wußten, was in der Legislaturperiode bewirkt werden könne und was nicht. „Wir haben im Parlament nicht alle Sanftmut und Großzügigkeit verwirklicht, aber wir haben auch nicht die Krawalle bekommen, von denen zu Beginn unserer Tagungszeit die Rede war.“

Sicher gebe es jetzt einiges zu ändern und die „Persönlichkeit des Parlaments“ weiterzubilden, sagte Barzel weiter. Er erwähnte zum Beispiel den Wunsch, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes unter Mitwirkung des Bundestages zu ernennen, und er erwähnte, mehr am Rande, die Zeitschrift „Das Parlament“, deren Arbeit und Redaktion er sehr schätze, die aber seltenerweise von einer Regierungsstelle herausgegeben werde und nicht vom Bundestag, dessen Name sie trage.

Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf“, sagte Barzel.

„Blicken Sie auf das Parlament.

Das Deutsche Bundestag hat seine gute Ordnung und bewahrt in dieser Legislaturperiode entgegen manchen Voraussagen Würde und Stil. Es gibt Herausforderungen. Die gibt es überall. Es gibt auch im Tarifstreit Gruppen, die Wochenarbeitszeit sagen, aber eine andere Republik meinen. Das erschüttert nicht unser Selbstbewusstsein. Der Deutsche Bundestag, nach dem Sie mich fragen, erweist sich jedenfalls als das Herz der Republik. Bei uns, wissen Sie, haust die Vernunft.“

Der Bundestag hat die Fraktion der Grünen aufgenommen, sagte Barzel weiter. Die Mehrheit dieser Parlamentarier habe sich daran gewöhnt, im Bundestag mitzuarbeiten. Sie wußten, was in der Legislaturperiode bewirkt werden könne und was nicht. „Wir haben im Parlament nicht alle Sanftmut und Großzügigkeit verwirklicht, aber wir haben auch nicht die Krawalle bekommen, von denen zu Beginn unserer Tagungszeit die Rede war.“

Sicher gebe es jetzt einiges zu ändern und die „Persönlichkeit des Parlaments“ weiterzubilden, sagte Barzel weiter. Er erwähnte zum Beispiel den Wunsch, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes unter Mitwirkung des Bundestages zu ernennen, und er erwähnte, mehr am Rande, die Zeitschrift „Das Parlament“, deren Arbeit und Redaktion er sehr schätze, die aber seltenerweise von einer Regierungsstelle herausgegeben werde und nicht vom Bundestag, dessen Name sie trage.

Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf“, sagte Barzel.

„Blicken Sie auf das Parlament.

Das Deutsche Bundestag hat seine gute Ordnung und bewahrt in dieser Legislaturperiode entgegen manchen Voraussagen Würde und Stil. Es gibt Herausforderungen. Die gibt es überall. Es gibt auch im Tarifstreit Gruppen, die Wochenarbeitszeit sagen, aber eine andere Republik meinen. Das erschüttert nicht unser Selbstbewusstsein. Der Deutsche Bundestag, nach dem Sie mich fragen, erweist sich jedenfalls als das Herz der Republik. Bei uns, wissen Sie, haust die Vernunft.“

Der Bundestag hat die Fraktion der Grünen aufgenommen, sagte Barzel weiter. Die Mehrheit dieser Parlamentarier habe sich daran gewöhnt, im Bundestag mitzuarbeiten. Sie wußten, was in der Legislaturperiode bewirkt werden könne und was nicht. „Wir haben im Parlament nicht alle Sanftmut und Großzügigkeit verwirklicht, aber wir haben auch nicht die Krawalle bekommen, von denen zu Beginn unserer Tagungszeit die Rede war.“

Sicher gebe es jetzt einiges zu ändern und die „Persönlichkeit des Parlaments“ weiterzubilden, sagte Barzel weiter. Er erwähnte zum Beispiel den Wunsch, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes unter Mitwirkung des Bundestages zu ernennen, und er erwähnte, mehr am Rande, die Zeitschrift „Das Parlament“, deren Arbeit und Redaktion er sehr schätze, die aber seltenerweise von einer Regierungsstelle herausgegeben werde und nicht vom Bundestag, dessen Name sie trage.

Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf“, sagte Barzel.

„Blicken Sie auf das Parlament.

Das Deutsche Bundestag hat seine gute Ordnung und bewahrt in dieser Legislaturperiode entgegen manchen Voraussagen Würde und Stil. Es gibt Herausforderungen. Die gibt es überall. Es gibt auch im Tarifstreit Gruppen, die Wochenarbeitszeit sagen, aber eine andere Republik meinen. Das erschüttert nicht unser Selbstbewusstsein. Der Deutsche Bundestag, nach dem Sie mich fragen, erweist sich jedenfalls als das Herz der Republik. Bei uns, wissen Sie, haust die Vernunft.“

Der Bundestag hat die Fraktion der Grünen aufgenommen, sagte Barzel weiter. Die Mehrheit dieser Parlamentarier habe sich daran gewöhnt, im Bundestag mitzuarbeiten. Sie wußten, was in der Legislaturperiode bewirkt werden könne und was nicht. „Wir haben im Parlament nicht alle Sanftmut und Großzügigkeit verwirklicht, aber wir haben auch nicht die Krawalle bekommen, von denen zu Beginn unserer Tagungszeit die Rede war.“

Sicher gebe es jetzt einiges zu ändern und die „Persönlichkeit des Parlaments“ weiterzubilden, sagte Barzel weiter. Er erwähnte zum Beispiel den Wunsch, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes unter Mitwirkung des Bundestages zu ernennen, und er erwähnte, mehr am Rande, die Zeitschrift „Das Parlament“, deren Arbeit und Redaktion er sehr schätze, die aber seltenerweise von einer Regierungsstelle herausgegeben werde und nicht vom Bundestag, dessen Name sie trage.

Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf“, sagte Barzel.

„Blicken Sie auf das Parlament.

Das Deutsche Bundestag hat seine gute Ordnung und bewahrt in dieser Legislaturperiode entgegen manchen Voraussagen Würde und Stil. Es gibt Herausforderungen. Die gibt es überall. Es gibt auch im Tarifstreit Gruppen, die Wochenarbeitszeit sagen, aber eine andere Republik meinen. Das erschüttert nicht unser Selbstbewusstsein. Der Deutsche Bundestag, nach dem Sie mich fragen, erweist sich jedenfalls als das Herz der Republik. Bei uns, wissen Sie, haust die Vernunft.“

Der Bundestag hat die Fraktion der Grünen aufgenommen, sagte Barzel weiter. Die Mehrheit dieser Parlamentarier habe sich daran gewöhnt, im Bundestag mitzuarbeiten. Sie wußten, was in der Legislaturperiode bewirkt werden könne und was nicht. „Wir haben im Parlament nicht alle Sanftmut und Großzügigkeit verwirklicht, aber wir haben auch nicht die Krawalle bekommen, von denen zu Beginn unserer Tagungszeit die Rede war.“

Sicher gebe es jetzt einiges zu ändern und die „Persönlichkeit des Parlaments“ weiterzubilden, sagte Barzel weiter. Er erwähnte zum Beispiel den Wunsch, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes unter Mitwirkung des Bundestages zu ernennen, und er erwähnte, mehr am Rande, die Zeitschrift „Das Parlament“, deren Arbeit und Redaktion er sehr schätze, die aber seltenerweise von einer Regierungsstelle herausgegeben werde und nicht vom Bundestag, dessen Name sie trage.

Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf“, sagte Barzel.

### DER KOMMENTAR

## Die Größenordnung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

In Großbritannien ist es soweit gekommen, daß die Arbeiter aufeinander einschlagen, weil die einen arbeiten, die anderen jedoch streiken wollen. Daß diese Straßenschlacht ausgerechnet am 1. Mai zur Lobpreisung der erkämpften Arbeiterrechte ausgetragen wurde, sollte auch in unserem Land den Hitzköpfen zu denken geben.

Noch befinden wir uns in der Phase des Aufmarsches zum Streik. Gleichwohl ist längst klar, daß nur eine Minderheit in einigen DGB-Gewerkschaften den Streik will. Die Bürger wollen ihn nicht, die große Mehrheit der Arbeitnehmer will ihn nicht, und wie eine neue Umfrage unter den Arbeitnehmern beweist, wollen ihn auch die weitaus meisten derjenigen Arbeiter und Angestellten nicht, die von der Streikstrategie der IG Druck und Papier unmittelbar betroffen sind.

Die kampfbereiten Gewerkschaften mögen letztendlich auf die Solidarität ihrer Mitglieder vertrauen. Latent ist jedoch die Gefahr gegeben, daß es über das politische Feldgeschehen hinaus zu einer Polarisierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft wie in England kommen kann.

In Salzgitter hat sich die IG Metall Beschäftigten gegenüber ihrem Mitglied Norbert Blum gelei-

set, und das Resultat war, daß aufgeheizte Streikrähe nichts mehr hören wollten, nicht den Bundesarbeitsminister von der CDU, auch nicht den SPD-Mann Wischniewski, sie wollten nur noch die 35-Stunden-Woche, auf der Stelle und bei vollem Lohnausgleich. Für dieses Ziel warfen sie mit Eiern. In Hamburg war die Stimmung so aufgeladen, daß ein paar bündert Klopfer die Maidkundgebung der Gewerkschaften als das gegebene Umfeld für ihren gewalttätigen Klamauk ansahen. Erkennt der DGB, was sich da alles formiert beim Aufmarsch zum ebenso ungeliebten wie unnützen Streik?

Je radikaler Stimmung gemacht wird zum Arbeitskamps, desto schwerer hat es die Stimme der Vernunft. Sie dennoch zu erheben, hat Parlamentspräsident Barzel nicht für aussichtslos gehalten. Gerade weil der sonst eher bedächtige DGB-Vorsitzende zu der Wortkeule greift, der Sozialstaat solle sturmreif geschossen werden, ist es gut, wenn der Präsident unserer gewählten Volksvertretung die Kämpen aller Fronten in den Rahmen der gebotenen Größenordnung verweist. Hier geht es nicht darum, an den Fundamenten des Staates zu rütteln, sondern schlicht um die Frage, was wir uns leisten können und was nicht. Um das herauszufinden, bedarf es keines Streiks.

## Im Konkurs kein Vorrang für Sozialplan

DW. Kassel

Die Abfindungsansprüche der Arbeitnehmer aus einem Sozialplan im Konkurs haben künftig keinen absoluten Vorrang mehr: Nach einer zum Wochenende in Kassel verkündeten Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) stehen die Sozialplan-Ansprüche nunmehr an sechster und damit letzter Stelle der konkurssrechtlichen Rangordnung. Der 1. Senat des BAG hat damit vier Urteile des 5. Senats aus dem Jahre 1979 korrigieren müssen, die im Oktober 1983 vom Bundesverfassungsgericht gerügt und aufgehoben worden waren.

Mit diesen Entscheidungen hatte der 5. Senat seinerzeit erklärt, daß Abfindungsansprüche der Arbeitnehmer aus einem Sozialplan im Konkurs die absolute Priorität vor allen anderen Konkursforderungen einzunehmen sei. Die Bundesrichter waren damit einem Beschluß des zu diesem Rechtsstreit angerufenen großen BAG-Senates gefolgt, der bereits im Dezember 1978 zu dieser grundsätzlichen Frage Stellung bezogen und für die Abfindungsansprüche eine zusätzliche „Stelle 0“ in der Rangordnung geschaffen hatte.

Mit Beschluß vom 19. Oktober 1983, veröffentlicht im Dezember 1983, hatte das Bundesverfassungsgericht die beiden Entscheidungen des BAG aus dem Jahre 1977 aufgrund einer Verfassungsbeschwerde aufgehoben. Eine vorrangige Einordnung der Sozialplan-Ansprüche „kraft Richterrecht“, so die Begründung, sei mit der Verfassung nicht vereinbar. Seite 12: Keine schnelle Regelung

## „Kontrollen sind ein sehr ernster Vorgang“

dpa / rtr, Bonn

Die Kontrolle von Besuchern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin hat deren Leiter, Hans Otto Bräutigam, als einen „sehr ernsten Vorgang“ bezeichnet. Im Saarländer Rundfunk sagte er, der Zugang werde zur Zeit mit einer ganzen Reihe „sehr unfreundlicher Maßnahmen“ erschwert. Dem ZDF sagte Bräutigam, er sehe dadurch die Arbeitsfähigkeit der Vertretungen beider deutscher Staaten gefährdet.

Der Fall des „DDR“-Bürgers Wolf Quasdorf, der nach einem Besuch der Ständigen Vertretung verurteilt worden war, solle - wie auch andere solcher Fälle - offensichtlich zur Abschreckung dienen. Er hoffe, daß dieser „unglückliche Fall“ auf den geeigneten Wegen gelöst werden könne. Von einer Abkühlung des deutsch-deutschen Verhältnisses wollte Bräutigam jedoch nicht sprechen.

Nach Auffassung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist es für eine gedeihliche Fortsetzung der Arbeit der Vertretungen beider deutscher Staaten eine wichtige Voraussetzung, daß diese ihren Aufgaben uneingeschränkt nachkommen könnten. Bisher hätten sie sich als Instrument für die Gestaltung und den Ausbau der Beziehungen über manche Klippen hinweg bewährt. Seit ihrer Errichtung im Jahre 1974 hätten sie sich aktiv um ein gutnachbarschaftliches Verhältnis bemüht. Doch bleibe ihnen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ noch viel zu tun.

## Eagleburger nimmt Ende der Woche seinen Abschied

Gedankenaustausch über transatlantische Beziehungen

Dietrich Schulz, Washington

Fast drei Jahrzehnte lang diente er seinem Lande, zuletzt als politischer Staatssekretär und damit als drittwichtigster Mann im State Department. Ende der Woche tritt der 53jährige offiziell in den Ruhestand. Gemeint ist Lawrence S. Eagleburger. Als Mitarbeiter Henry Kissingers trat Eagleburger Ende der sechziger Jahre erstmals in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Als Unterstaatssekretär im Pentagon, als US-Botschafter in Belgrad und zuletzt als hoher Beamter im Außenministerium hatte er entscheidenden Anteil an der amerikanischen Außenpolitik. In der Spitze des State Departments gehörte er zu den wenigen, die sich noch auf fundierte Europa-Kenntnisse berufen konnten.

In jüngster Zeit hatte Eagleburger Aufsehen erregt mit der Warnung, daß sich die USA immer mehr von Europa abwenden und dem pazifischen Raum zuwenden könnten. Als er sich von ausländischen Journalisten in Washington verabschiedete, lag ihm daran, noch einmal klarzustellen, daß er vor solchen Tendenzen

armen, sie aber nicht herbeiführen wollte. Er forderte Amerikaner und Europäer dazu auf, sich Gedanken über die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu machen. Es gehe Trends, die die „Vitalität“ der Beziehungen zwischen den USA und Europa beeinträchtigen könnten. Als Beispiele erwähnte Eagleburger den wachsenden US-Handel mit dem pazifischen Raum und das japanisch-amerikanische Wettrennen auf dem Gebiet der Technologie, bei dem Europa ins Hintertreffen geraten könnte.

Obwohl Eagleburger nicht pessimistisch ist, wies er auf gewisse „Divergenzen“ zwischen den USA und Europa hin. Eagleburger bezog sich vor allem auf die unterschiedliche Bewertung der Ergebnisse der Entspannungspolitik. So müßten die Amerikaner einsehen, daß diese Politik in den Augen der Europäer Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis gebracht hätte, und die Europäer müßten erkennen, daß die Vereinigten Staaten als Weltmacht zu anderen Einschätzungen kommen müßten.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Vorsorgenfallen

Von Rüdiger Moniac

Die Vision von einem erdumspannenden, mit Strahlenwaffen bewehrten Schutzschild, das jede über die Kontinente angreifende Atomrakete wie ein Schwert abprallen ließe, beflügelt und erschreckt die Menschen gleichermaßen, besonders in Europa. In Moskau registriert man die eher wirren Reaktionen auch der Politiker mit kaum unterdrücktem Behagen. Schließlich kann der Kreml hoffen, er sei dem Ziel, die Westeuropäer von Nordamerika politisch zu trennen, wieder um ein Schritchen näher gekommen.

Nachdem Wörner inzwischen seine Warnungen an die Adresse der USA eingestellt hat, sie sollten den Wettlauf um die Rüstung im Weltraum nicht beflügeln, tut sich jetzt Außenminister Genscher mit, wie er wohl meint, hilfreichen Vorschlägen an die Adresse der Amerikaner hervor. Er forderte die USA auf, in der Phase der Erforschung der technischen Möglichkeiten für einen „strategischen Schutzschild“ schon mit der Sowjetunion Verhandlungen über die Zählung und Verhinderung derartiger Weltraumwaffen zu beginnen. Seiner Idee gah er den Stempel „vorsorgende Rüstungskontrolle“.

Wie hilfreich ist sie? Zum einen muß der Einfall die amerikanische Regierung zumindest irritieren. Washingtons Entschluß, in einem Fünf-Jahres-Programm und mit einem 25-Milliarden-Dollar-Aufwand die „technische Machbarkeit“ der strategischen Weltraumverteidigung zu untersuchen, wird durch Genschers Vorschlag gestört, revidierbar ist er dadurch nicht. Das sollte der kleine Verbündete des großen akzeptieren. Im übrigen sollte man die klaren Indizien nicht übersehen: Längst hat die Sowjetunion ihre Energien auf die militärische Eroberung des Kosmos gerichtet.

Moskau würde ein US-Verhandlungsangebot natürlich akzeptieren, aber dennoch konzentriert weiterforschen. Schließlich muß Genscher aus Erfahrung wissen, daß bei der sprichwörtlichen Furcht der Russen vor fremden Blicken in ihre Kasernen und Rüstungsanlagen eine „vorsorgende Rüstungskontrolle“ sowieso nicht zustande kommt.

## Casey nach Canossa

Von Werner Thomas

Der Friede ist wieder hergestellt. CIA-Direktor William J. Casey hat mit einer Mea-Culpa-Vorstellung auf dem Kapitolsbühnen den verletzten Stolz der Senatoren geheilt und ihnen versprochen, daß sie in Zukunft über alle Pläne und Aktivitäten in Sachen Nicaragua umfassend informiert werden. Die Volksvertreter reagierten zufrieden. Der New Yorker Senator Moynihan revidierte seine Entscheidung, als stellvertretender Vorsitzender des Geheimdienstsausschusses zurückzutreten.

Caseys Rundum-Kniefall war ein geschickter Schachzug der Reagan-Regierung. Auf diese Weise sind die Aussichten für eine weitere Unterstützung des delikaten Kapitels ihrer Nicaragua-Strategie gestiegen, zumindest in dem von den Republikanern kontrollierten Senat. Wäre der CIA-Direktor nicht mit dieser Mission zum Kongreß entsandt worden, hätten die gekränkten Senatoren sicher einen Blockadekurs gesteuert.

Wenn man jedoch die Minenaffäre noch einmal analysiert, kommen die Ausschußmitglieder nicht allzu gut weg. Casey hat die Senatoren in der Vergangenheit immer gruppenweise über das Thema Nicaragua „briefen“ lassen. Die Vermutung der Häfen erwähnte er bei diesen Informationsgesprächen ebenfalls, wenn auch nur nebenbei. Dennoch hätten die Senatoren wissen müssen, was die CIA tut – wenn sie aufgepaßt hätten.

Schließlich: Die ersten Sprengsätze explodierten bereits Anfang März. Die Kongreß-Revolution begann dagegen erst sechs Wochen später, als die „New York Times“ und die „Washington Post“ das Minen-Spiel näher erläuterten.

Da waren wohl mehr wahlpolitische als außenpolitische Überlegungen maßgeblich, und denen wurde mit der Asche auf den Häuptern der Exekutive gegenüber der Legislative Rechnung getragen. Ende gut, alles gut. Die Reagan-Regierung registrierte mit besonderer Genugtuung Moynihans Entschluß, nun doch im Amt zu bleiben. Er ist ein angesehener und einflußreicher Mann, der zu den wenigen Demokraten zählt, die Verständnis haben für Caseys Kampf gegen die Comandantes.

## Baum ab – ja bitte!

Von Enno v. Loewenstern

Im Wendland wurde wieder einmal Umweltschutz betrieben. Auf die Art, wie man es hierzulande bis zum Überdruß gewohnt ist. Bäume wurden abgeschlagen und zwecks Straßenblockade den Autos in den Weg gelegt. Autoreifen und Strohballen wurden im Waldgebiet angezündet. Nicht nur der liebliche Geruch brennenden Gummis zog über Land, wesentlich penetranter als die meisten Emissionen selbst altmodischer Industriefabrikate, auch Funken flogen mit. Mit knapper Not gelang es der Polizei, Waldbrände in dem Gebiet zu verhindern, das durch eine lange Trockenzeit und in den letzten Tagen heftig auftretende Winde besonders brandgefährdet war.

Sonst pflegen die selbsternannten Umweltschützer sich mit Slogans zu profilieren wie: Baum ab – nein danke! Gemeint ist natürlich: Nachdenken – nein danke! Hier leisteten sie durch Zerstören und Gefährden von Bäumen immerhin Denkhilfe für diejenigen, die immer noch glauben, vor Umweltschutz sagt, habe irgendwas mit Umweltschutz im Sinn.

Hoffentlich probiert nicht wieder jemand das Alihi, hier seien wieder die bösen Politicker am Werk gewesen, die sich angehenlich ungefragt in die „Demonstrationen“ einschleichen und angeblich nicht zu verhindern sind. Die Grünen höchstselbst, die sich eben noch berühmten, das ganze Wendland werde gesperrt werden, lamentierten anschließend gegen die „Massenverhaftungen“ sogenannter „friedlicher Demonstranten“, „nur weil sie einige Zufahrtsstraßen zu blockieren versucht hätten“.

Keine Frage danach, wie friedliche Passanten dazu kommen, sich von irgendwelchen Leuten aufhalten und nötigen zu lassen, auf daß der Staat sich genötigt fühle. Keine Bemerkung dazu, welches Recht diese Leute haben, die Umwelt zu verschmutzen und zu zerstören, um ihre „Macht“ zu, nun ja, demonstrieren. Man kann nur dankbar sein, wenn die Polizei endlich einmal die Blockierer lockiert.



„Sie streiken doch hoffentlich nicht - ?“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Wer heilt den Heilberuf?

Von Peter Jentsch

Wir können uns, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel am 1. Mai zum Stichwort Arbeitsplätze, nicht auf die Marktkräfte verlassen: was wir brauchen, ist ein „Konzept“. Könnte man uns, so fragt sich Otto Normalbürger, auf die Konzepte der Konzipienten verlassen? War es nicht die Regierung, der Vogel so lange angehört hat, die in dreizehn Jahren die Vollbeschäftigung mit ihren Konzepten kaputtgemacht? Oder schauen wir uns ein anderes Konzept an: 1976 trat ein Gesetz in Kraft, das die Unterversorgung in der ärztlichen Betreuung der Bevölkerung beheben sollte, das Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarzts.

Heute, acht Jahre später, kann von einer Unterversorgung keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, dank der sozialliberalen Bildungspolitik droht Deutschland nach der Lehrzeit die Ärzteschwemme.

Zunächst einige Zahlen: 1960 gab es in der Bundesrepublik rund 80 000 Ärzte. 1983 waren es weit mehr als doppelt so viele: 184 000. Die Zahl der Ärzte in freier Praxis erhöhte sich in dieser Zeit von 45 000 auf 64 000, die Zahl der Klinikärzte von 21 500 auf 73 500.

Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Mediziner um 6109, das sind 3,4 Prozent. Auffällig ist dabei, daß in den Kliniken Ende 1983 nur 161 Ärzte mehr tätig waren als im Jahr zuvor. Was weiter auffällt: Vom Netto-Zugang von insgesamt 6109 Ärzten entfallen 2671 auf solche, ohne ärztliche Tätigkeit, und 1396 auf Mediziner mit „sonstiger ärztlicher Tätigkeit“. Die Zahl der in freier Praxis tätigen Ärzte stieg um 1614.

Und ein Ende ist nicht abzusehen. Bis 1991, das läßt sich aus den Studentenzahlen errechnen, werden weitere 20 000 Ärzte in die Praxis drängen.

Die Folgen treffen die Qualität der ärztlichen Versorgung und die Ausgaben für den Medizinbetrieb, also die Belastung der Arbeitgeber durch Lohnnebenkosten und die der Arbeitnehmer durch ihre Beiträge für die Krankenversicherung. Knapp 100 Milliarden Mark zahlt heute die gesetzliche Krankenversicherung für die medizinische

Versorgung ihrer Versicherten. 210 Milliarden Mark kostet der Medizinbetrieb insgesamt (Arbeitsausfallkosten nicht mitgerechnet). Daneben nimmt sich der Verteidigungshaushalt mit seinen mehr als 48 Milliarden Mark bescheiden aus.

Die Krankenkassen erklären offen: Hätten wir die Ärzteschwemme nicht, brauchten wir uns über die Aufwendungen für den Medizinbetrieb keine Gedanken zu machen. Zwar wurde der jährliche Honorarzuwachs der Kassenärzte an die Entwicklung der Grundlohnsomme gekoppelt, die Ärzte stimmten sogar einem befristeten Honorarstopp zu. Aber: gleichzeitig wuchs die Menge der erbrachten Leistungen. Jeder neue Arzt schuf sich eben seine eigene Klientel. Statistiken belegen, daß die Zahl der Krankheitsfälle mit der Zahl der Ärzte steigt. Es wäre ja tröstlich, wenn man sagen könnte, daß viele unbekannte Leidenfälle nun endlich entdeckt werden, wofür die „wenigen“ Ärzte bisher wohl keine Zeit hatten. Aber niemand glaubt, daß der Anstieg damit zu erklären ist.

Ein weiteres Kostenproblem ist die Ausbildung zum Arzt. Ein Medizin-Studienplatz kostet 720 000 Mark. Jährlich frisst er die Steuern von zwölf Facharbeitern (vom BAföG ganz abgesehen). Doch von den 12 000 jährlich neu



Behandeln ohne vorherige Praxis mit Patienten? - Operationsteil

approbierten Ärzten sind – auch das zeigt die Statistik – knapp 2500 gar nicht auf eine Berufsausbildung aus, etwa Ärztinnen, die Hausfrauen werden und das auch im Sinn hatten. Zum Qualitätsproblem hingegen: Seit die „Numerus-clausus-Elite der Nation“ ins Medizinfach drängt, fehlen Ausbildungsplätze. Die Studenten lernen, Krankheiten zu behandeln, nicht kranke Menschen. Folge der Tatsache, daß die Zulassung zum Studium sich an der Zahl der Hörsaalplätze, nicht aber an der Zahl der Patienten oder Klinikbetten orientiert. Wehe dem Patienten, der einem derart ausgebildeten Arzt, der nie eine Geburt erlebte, nie einen Blindarm ertastete, unter die Hände gerät.

Da aber die Kliniken durch die „Einnahme-orientierte Ausgabenpolitik“ der Kassen kaum neue Planstellen einrichten können (1983: nur 161 Stellen mehr), drängt es die Medici in die freie Praxis. Von diesen könnte noch jeder unterkommen: 2500 Landarztstellen sind bundesweit zu besetzen. Schon aber gibt es tausende Ärzte, die arbeitslos gemeldet sind. So fing es auch mit den Lehrern an, die in Düsseldorf, aber nicht in Wanne-Eickel arbeiten wollten.

Eine Lösung dieser Probleme bietet sich an: Die Zulassung zum Studium der Medizin müßte von der Zahl der Patienten abhängig gemacht werden. Das Qualitätsproblem wäre gelöst. Zur Lösung des Kostenproblems müßte man prüfen, ob die Zulassung zum Kassenarzt wieder, wie vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil 1960, an das Verhältnis Arzt zu Einwohnerzahl gekoppelt werden sollte. Das Urteil ließe dies zu, da die Niederlassungsfreiheit an die Bedingung geknüpft wurde, daß gesundheitspolitisch keine nachteiligen Folgen eintreten.

Man schafft den Wettbewerb ungern ab. Dem Bundesverfassungsgericht hatte vorgeschwebt, daß der beste Arzt sich Bäume zum Zweck der Wiederwahl eines amerikanischen Präsidenten benutzen sollte. Dies kann nur einige ahnungslose Mitreisende des Präsidenten überrascht haben. Im Grunde vertrat es die Standardpraxis Pekings, sich nicht mehr als Plattform für Kritik an Drittländern herzugeben, also eine unabhängige Rolle strikt zu profilieren. Und, darüber hinaus, sich nicht als Bühne zum Zweck der Wiederwahl eines amerikanischen Präsidenten benutzen zu lassen. Das Jahr 1984 ist eben nicht mehr 1972, das Jahr der China-Reise Präsident Richard Nixons.

Doch berührt dies nicht den Kern des chinesisch-amerikanischen Austausches. Das gilt auch für die Kritik, die Deng und andere an Reagan Nahost, Zentralamerika und Bündnispolitik übten. China versteht sich als revolutionäre kommunistische Macht eigener

## IM GESPRÄCH Tschebrikow

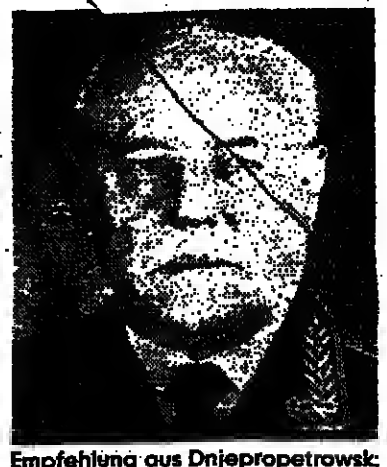
### Der Foltermarschall

Von Ladislav Hory

Die Geise im Kreml müssen notgedrungen einer „Verjüngung“ des Politbüros zustimmen. Aber sie wollen nicht ihre eigenen politischen Totengräber werden. Deswegen ließen sie jüngst einige Nachwuchskräfte als Vollmitglieder oder Kandidaten ins Politbüro berufen, die ebenfalls die siebente Lebensdekade erreicht haben. Einer dieser Glücklichen ist ein Auserwählter des verstorbenen Parteichefs Andropow namens Wiktor Michailowitsch Tschebrikow, der als KGB-Administrator im November 1983 zum Armeegeneral avancierte und nun auch als Kandidat (Mitglied ohne Stimmrecht) des Politbüros wirkt. Zu Ostern 1984 stieg er zum Marschall auf.

W. M. Tschebrikow ist 61 Jahre alt und ein waschechter Russe. Während des Zweiten Weltkrieges diente er (1941-1945) in der Roten Armee. In die KPdSU wurde er im Jahre 1944 aufgenommen. Danach konnte er am Metallurgischen Institut zu Dnepropetrowsk studieren. Sein Ingenieurdiplom erhielt er 1950, aber er hat nur kurze Zeit in seinem erwähnten Zivilberuf gearbeitet. Ein Jahr später bot ihm die Partei günstigere Karriere-möglichkeiten an. Von 1958 war er zwei Jahre lang zweiter Parteisekretär in der Stadt Dnepropetrowsk, danach ebenso lang erster Parteisekretär der Stadt. In zweijährigen Zeitabständen kletterte Tschebrikow immer höher auf der Leiter der Parteihierarchie. Im Jahre 1964 gelangte er in die Leitung des Parteikomitees im Dnepropetrowsker Oblast (Bezirk).

Der entscheidende große Sprung nach vorn gelang ihm im Jahre 1967, als ihn das Komitee für Staatssicherheit (KGB) beauftragte, die Leitung der Personaladministration zu übernehmen. Er muß dort bemerkenswerte Leistungen vollbracht haben, da er binnen zwölf Monaten zum stellvertretenden Vorsitzenden dieser Organisation bringen konnte, deren Name sich im Laufe der Jahrzehnte über Tschebrikow, GPU usw. zu KGB wandelte, deren Aufgabe aber stets gleich



Empfehlung aus Dnepropetrowsk: KGB-Chef Tschebrikow FOTO: DPA

blieb: durch Schnüffeln, Folter und Terror jeden Widerspruch, geschweige denn Widerstand, im Keim zu ersticken.

Diesen Posten bezieht Tschebrikow vierzehn Jahre lang. 1982 ging es noch höher: Man hat aus ihm einen von den zwei Ersten Stellvertretern des KGB-Vorsitzenden gemacht, damit den dritten Mann in der gefürchteten Organisation. Im Dezember 1982 wurde er schließlich Vorsitzender des Staatssicherheitsdienstes, nachdem dessen Chef Andropow noch höhere Weihen erreicht hatte. Dazu gehörte schon quasi als Dekoration der Rang eines Armeegenerals, den er im November 1983 bekommen hat. Ob er als Marschall auf der Bühne des Politbüros noch höher steigen, ja, womöglich in die Fußstapfen seines Gönners Andropow treten kann, wird man sehen. An sich hat er alle Voraussetzungen für eine Karriere, denn er sitzt nicht zwischen, sondern auf sämtlichen Stühlen. Den Andropow-Leuten muß er als dessen Amtsnachfolger (nach Fedortschuk) genehm sein, Breschnews Erben dagegen müssen ihn als einen von der Dnepropetrowsker Mafia schätzen, die einst Breschnew nach oben geführt hatte.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Zum 1. Mai kommentierten viele Zeitungen die Politik der Gewerkschaften:

### Süddeutsche Zeitung

Tatsächlich dürften nach dem Tag der Arbeit viele die Arbeit niederlegen, obwohl die Mehrheit der Werktätigen das gar nicht möchte. Warum? Niemand findet darauf eine vernünftige Antwort, zumal da mittlerweile selbst die Gewerkschaftsspitze für die 35-Stunden-Woche auf einen Sprung als das von ihr gepriesene Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ebenso wenig mehr eine Chance sieht wie für den vollen Lohnausgleich. (München)

### WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Auch damals wurde von Arbeitgeberseite bei der Mitbestimmung so getan, als gehe davon die Wirtschaft zugrunde. Heute sind Regelungen gefunden, mit denen man leben kann. Und niemand redet mehr darüber. Wenn für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit tragbare Regelungen gefunden sind, wird es damit kaum anders sein. (Essen)

### Historische Vergleiche sind Glückssache.

DGB-Vorstandsmittglied Bleicher hat Pech gehabt. Er machte sich Gedanken über mögliche Ausprägungen als Antwort auf die Streiks. In diesem Zusammenhang erinnerte er an Massenaussparungen im Jahr 1928, die der Startschuß zum

Kampf gegen die Weimarer Republik gewesen seien. Aber, aber, Herr Bleicher! Was soll denn das? (Köln)

### Weltfällige Nachrichten

Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist nach einer Argumentation eines Teils der DGB-Gewerkschaften das „Non-plus-ultra“ zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Stimmen, die vor derartigen Rechnungen warnen, haben gerade in den letzten Wochen erheblich an Gewicht zugenommen.

### AUGSBURGER ALLGEMEINE

Der Nestor der katholischen Soziallehre, der Jesuitenprofessor Oswald von Nell-Breuning, betrachtet es als Hohn, wenn man den Arbeitslosen zwar die Arbeit abgeben, das Geld dafür aber behalten wolle. Damit ist wohl das zentrale Problem ... angesprochen.

### Kölnische Rundschau

Mit beinahe entwerfender Offenheit hat jetzt Detlef Hensche, der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und deren strategischer Kopf, den Gewerkschaften in einem „Spiegel“-Gespräch eine besondere Nähe zur Sozialdemokratischen Partei bescheinigt. Nun nehmen die Gewerkschaften in Anspruch, die Arbeitnehmer zu vertreten. Diese aber haben bei der letzten Bundestagswahl doch nicht alle SPD gewählt.

## Es lag mehr in der China-Reise, als mancher wahrnahm

Morgenröte eines großen kommerziellen Austausches / Von Thomas Kielinger

Wenn es eine Zeit und einen Ort gibt, der zur Betrachtung der Ergebnisse der Reagan-Reise einlädt, dann ist Fairbanks in Alaska eine glückliche Wahl. Hier, wo der Präsident am heutigen Morgen mit einem anderen Weltreisenden, nämlich Papst Johannes Paul II., zusammentrifft, liegt eine der großen Drehscheiben des internationalen Verkehrs. Der beginnende Mai meint es gut mit den Kommenden und Gehenden aus aller Welt – das Tageslicht bleibt bis 23 Uhr, und dann kommt schon um 5 Uhr früh die Sonne von ihrem kurzen Abschied zurück. Die Luft erwärmt sich schnell auf fast 20 Grad Celsius. Auf dem Tanana-Fluß schmilzt das Eis, treibt in Schollen dem Yukon entgegen.

Es ist Hoffnung greifbar, eine Dynamik, die sich vom einzelnen Unternehmer in den Großraum Nordamerika fortpflanzt wie eine Bugwelle des Fortschritts. Was vom nationalen Bereich gilt, gilt auch für den internationalen: Aus Alaska blicken die USA wie vom

nördlichen Aussichtspunkt in die pazifische Verlockung, der sie sich als gewichtiger Anrainer nicht entziehen können. China ist das volkreiche Herzland dieser Region. Ein Hauptstaats des technischen Fortschritts baut weiter an der Brücke zu diesem pazifischen Nachbarn, der die Tür zur Moderne aufstoßen will. Das Treffen mit dem Papst schließlich gibt dem amerikanischen Präsidenten willkommenen Gelegenheit zur Variation seiner Grundmelodie: Daß jede Gesellschaft, die sich fortschrittlich nennen will, ihren Bezug auf Werte und Wertsysteme nie verlieren darf.

Es lag mehr in der China-Reise des Präsidenten, als das Auge wahrnehmen durfte. Vordergrund machten die Gastgeber einen kräftigen Strich durch alle Hoffnungen der Medien-Experten des Weißen Hauses, die sich eine bunte Parade wahlkampfördernder Bilder versprochen hatten. Alle Live-Übertragungen in amerikanischen Wohnstuben fielen aus. Mehr als das – die Chinesen zensierten für

den eigenen Konsum alle Passagen aus Reagans Reden und Interviews heraus, die die amerikanischen Leitbilder Freiheit und Glaube propagierten, sowie jene Stellen, die Kritik am sowjetischen Nachbarn Pekings übten.

Dies kann nur einige ahnungslose Mitreisende des Präsidenten überrascht haben. Im Grunde vertrat es die Standardpraxis Pekings, sich nicht mehr als Plattform für Kritik an Drittländern herzugeben, also eine unabhängige Rolle strikt zu profilieren. Und, darüber hinaus, sich nicht als Bühne zum Zweck der Wiederwahl eines amerikanischen Präsidenten benutzen zu lassen. Das Jahr 1984 ist eben nicht mehr 1972, das Jahr der China-Reise Präsident Richard Nixons.

Doch berührt dies nicht den Kern des chinesisch-amerikanischen Austausches. Das gilt auch für die Kritik, die Deng und andere an Reagan Nahost, Zentralamerika und Bündnispolitik übten. China versteht sich als revolutionäre kommunistische Macht eigener

Provenienz, und ehe in der nächsten Woche der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Archipow in Peking eintrifft, möchte man auch nach dieser Richtung Dialogfähigkeit unter Beweis gestellt haben, gerade deshalb, weil man mit eigener Moskau-Kritik nicht hinter dem Berg zu halten pflegt. Man äußert sie nur nicht gern gleichzeitig mit Washington. Hier wird eine Frage des Stils auf die strategische Ebene gehoben.

Die Dynamik der künftigen chinesisch-amerikanischen Beziehungen wird von alldem nicht belastet. Das Atomtechnologie-Abkommen kündigt die Morgenröte großen kommerziellen Austausches an. Selbst die Taiwan-Frage, ein ständiger Schatten, verdunkelt die Szene nicht mehr. Deng ging sogar so weit, gegenüber dem amerikanischen Gast für Taiwan eine Lösung à la Hongkong anzudeuten – eine verständliche Geste, die bewußt auf alle harschen Nebentöne verzichtete. Reagan zurückversetzt sich als revolutionäre, kommunistische Macht eigener

Wiedervereinigungsfrage zwischen Taiwan und dem Festland den Vermittler zu spielen. Das kann und darf nicht amerikanische Sache sein, bleibt vielmehr beiden chinesischen Partnern aufgetragen.

Die Gratulation zu seinem gelungenen Besuch, die Reagan übers Telefon am letzten Tag in Shanghai aus Peking in Empfang nehmen durfte, spricht Bände. Die Chinesen mögen dem Präsidenten einige TV-Schaubilder verdorben haben – aber sie respektieren die Macht, die er vertritt, die auch eine Schutz-machtfunktion für sie selber stellt. Während sie ideologisch an der Herrschaft durch die Partei nicht rütteln lassen, öffnen sie gleichzeitig eine wirtschaftliche Schneise für jenen Optimismus, den Ronald Reagan als Grundvoraussetzung des unternehmerischen Fortschritts zu rühnen pflegt. Gegenüber der sowjetischen Bedrohung mag Peking neutral klingen, ist es aber nicht. Gegenüber der kapitalistischen Verführung hingegen läßt es eine Koketterie nach der anderen fallen.



# Solidarität ist der beste Verbündete der IG Metall

Die Metallarbeiter rüsten zum Streik für die 35-Stunden-Woche. Am Donnerstag beginnen die ersten Urabstimmungen. Die Meinungen über die Gewerkschaftsforderungen sind geteilt, aber Disziplin und Solidarität dürften die notwendige Dreiviertelmehrheit bringen.

Von GÜNTHER BADING

Aus, wer will scho' weniger arbeiten. Wenn's vorangeht, soll, da muas g'schafft werde. Nicht der ergraute deutsche Facharbeiter jener Generation, die nach dem Krieg Deutschland aus den Trümmern wieder aufgebaut hat und nun einmal auf Anpacken, auf Leistung und Wachstum setzt, spricht so. 28 Jahre sei er alt, sagt der junge Mann in Sindelfingen über das Bierglas hinweg. „Natürlich“ sei er bei Daimler-Benz. In der Fertigung. Mehr will er über sich nicht sagen; er will nicht identifiziert werden, wenn man aus dem Gespräch mit ihm zitiert. „Die Kollegen, wissen Sie“.

Er hält wie viele seiner Kollegen nicht viel von der 35-Stunden-Woche. Schön wäre es ja, weniger zu arbeiten, für's gleiche Geld. „Aber wie soll 'na des fonkschioniere?“

Zwischen Mannheim, Neckarsulm, Böblingen und Sindelfingen sind kurz vor der Urabstimmung im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden am Donnerstag und Freitag überall dieselben Töne zu hören. Es gibt nur wenige, die sich nachhaltig zur Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche bekennen. Allzuoft kommt die Antwort auf die Frage nach dem Warum auf Hochdeutsch und nicht im alemannischen Dialekt.

Es klingt angelesen, wenn ein Angestellter von Audi in Neckarsulm beinahe fletschend deklamiert: „Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sichert unsere Arbeitsplätze und schafft neue für die Millionen von Arbeitslosen.“ Alle vierzehn Tage kommt „metall“ ins Haus. Und „na weiß ma, wo's lang geht“.

Auf Unmut allerdings stoßen bei dem kleinen Ausschnitt der Gewerkschaftsbasis, den man bei einer

Rundreise durch den mittleren Neckarraum befragen kann, dezidierte Stellungnahmen von „Kollegen“ gegen die nun einmal von Gewerkschaftstag und Vorstand eingeschlagene Linie – wenn sie öffentlich vorgetragen werden. Man mag am Stammtisch und in der Kneipe aufmucken, dagegen sein im Gespräch mit Kollegen. Ich zeige den Abdruck des Briefes eines Betriebsrats aus Düsselndorf an den IG Metall-Vorstand herum, in dem „die starre Haltung“ und das „Festnageln“ auf die Wochenarbeitszeitverkürzung kritisiert wird. „So was gehört nicht in die Öffentlichkeit“, ist die Reaktion darauf.

Und dann folgt unvermittelt die Begründung, warum man selber trotz ähnlicher Bedenken gegen die 35-Stunden-Woche, gegen den damit verbundenen Verzicht auf den eigenen Lohnzuwachs doch mit der Gewerkschaft stimmen wird: „Du kannst nicht Jahre lang Mitglied der IG Metall sein und dann, wenn's darauf ankommt, nicht mitmarschieren.“

Und: „Wenn's den Arbeitslosen was hilft, dann müssen wir halt mitmachen.“ Einer meint lapidar: „Du kannst den Franz nicht hängen lassen.“ Der Franz, das ist hier nach wie vor ein Name, der respektvolles Kopfnicken hervorbringt. Denn Franz Steinkühler hat in seinen Jahren als Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart der Region zwischen Ulm und Mannheim seinen ganz persönlichen Stempel aufgedrückt. Nicht alle mögen ihn. Jetzt aber, wo er zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft und einer der Wortführer in Sachen 35-Stunden-Woche ist, da sollte ihn „sein“ ehemaliger Bezirk hängen lassen?

Nein, die Urabstimmung wird schon die erforderlichen 75 Prozent Zustimmung bringen. Desien ist man sich auch bei der Bezirksleitung sicher. Die Fragebogen sind schon vorbereitet. „Bist Du bereit, zur Durchsetzung unserer Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, einschließlich eines Streiks einzutreten?“ heißt die Frage bei der Urabstimmung am Donnerstag und Freitag. Die Forderungen sind auf dem Abstimmungszettel



Der 1. Mai im Zeichen der 35-Stunden-Woche. Der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Siegfried Pommerehne, unterstützt vor 50 000 Kundgebungsteilnehmern in Stuttgart die Forderungen der IG Metall. FOTO: MICHEL/DPA

noch einmal in Kurzform aufgeführt: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Freizeitausgleich für Überstunden, 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens jedoch 60 Mark.

Sowohl bei der Bezirksleitung in Stuttgart, wie auch beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt, versichert man, daß die Urabstimmung satzungsgemäß vorgenommen werde. Im Klartext heißt das, bei der IG Metall soll „sauber“ abgestimmt werden. Nicht die Prozentzahl der abgegebenen Stimmen zählt, wie bei der IG Druck und Papier. Nur wenn mindestens 75 Prozent aller Stimmberechtigten, die für den Arbeitskampf in Frage kommen, „Ja“ sagen, darf der Gewerkschaftsvorstand einen Streik ansetzen. Am Freitagabend wird der neue Bezirksleiter Ernst Eisenmann ein vorläufiges Endergebnis der Abstimmung vorlegen können.

In Hessen wird dann am Dienstag und Mittwoch nächster Woche abgestimmt. Am Donnerstag tagt der Vorstand der IG Metall dann in Frankfurt, um auf Basis der Ergebnisse über Arbeitskampf und über den Streikbeginn zu entscheiden.

Auch in Hessen, wo die Bezirksleitung ihre Mannen „kaum zurückhal-

ten“ zu können glaubt, ist von Aufbruchstimmung in einen Arbeitskampf nichts zu spüren. In Rüsselsheim, Sitz der Opel-Werke, lassen sich die Metallarbeiter ebenso wenig wie im Neckarraum gern auf Gespräche über die Tariffrage ein. Am Tresen einer „Opel-Kneipe“: Zwei Deutsche, zwei Jugoslawen, zwei Spanier. Diese beiden, jung, noch einer von ihnen in Deutschland geboren, sind kampflustig. Streik? Claro, bombe! Schließlich ist man Metalller, Kollege, Gewerkschaftsmitglied. Die anderen, durchweg älter, winken ab. „Mal sehen was bei der Abstimmung rauskommt.“ Auch in Hessen wird es bis zur Urabstimmung noch Mobilisierungsveranstaltungen der Gewerkschaft geben. Man hätte Hessen wohl nicht als zweites Tarifgebiet für eine Urabstimmung ausgesucht, wenn man sich nicht sicher gewesen wäre, auch hier die erforderliche Mehrheit für den Streik zu bekommen, heißt es beim Gewerkschaftsvorstand.

Ein völlig anderes Stimmungsbild zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen ab. Auch hier sind es nur die von gestandenen Gewerkschaftlern geringschätzig als „Jünke Träumer“ bezeichneten Metall-Beschäftigten, meist höherer Schulbildung, die sich

begeistern für den Kampf gegen das Kapital, die Unternehmer, gegen das Gesellschaftssystem oder doch zumindest die Machtverteilung darin. Die meisten der angesprochenen Arbeiter und Angestellten sind bedrückt. Sie haben Sorge, teilweise offen ausgesprochene Angst um den Arbeitsplatz. Die Stahl-Misere schlägt hier auch im Metallbereich voll durch. „Jetzt haben wir volle Auftragsbücher – und wir brauchen 40 Stunden in der Woche um die Aufträge zu erfüllen. Wenn wir nur noch 35 Stunden abreiten, und dann das selbe Geld bekommen sollen, dann muß die Firma doch rationalisieren.“ Das ist das Schlüsselwort: 35-Stunden-Woche gleich Rationalisierung gleich Verlust von Arbeitsplätzen lautet die Angst-Formel zwischen Essen-Nord und Gelsenkirchen-Schalker.

Angesprochen auf dieses Bild geringer Begeisterung für einen Arbeitskampf warnt IG Metall-Sprecher Jörg Barczynski vor Fehleinschätzung: Auch vor früheren Streiks sei das so gewesen. Denn die Entscheidung dafür falle den Arbeitern nicht leicht. „Schließlich geht niemand bei uns mit Hurra-Patriotismus in einen Arbeitskampf“.

der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und Japan so gut wie nicht. Die Bürger sind dagegen, „weil damit doch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden“.

Europa-Fighter Bangemann zeigt sich in einem ersten Resümee trotz dem optimistisch: „Die Wahlbeteiligung wird wieder bei 60 Prozent liegen.“ Vorsichtiger äußert er sich zu den FDP-Chancen: „Wir sind entweder gut 'drin' oder knapp draußen.“ Wenig hilfreich ist bisher die FDP-Bundestagsfraktion. Statt die „Straßburger“ massiv zu unterstützen, üben sich die „Bonner“ fast in Zurückhaltung. Es gibt eine Art Verärgerung über die Kritik der Basis an ihrer Arbeit, an der jedoch die Europa-Kollegen schuldlos sind. Wenn schon Politiker Schwierigkeiten haben, über „den Zaun“ zu gucken...

# Der Kampf des Paul Anastasi gegen „To Ethnos“

Die größte Zeitung Griechenlands „To Ethnos“ ist ein Propagandainstrument Moskaus. Das behauptet und belegt der Athener Mitarbeiter der „New York Times“ Paul Anastasi. Ein Gericht verurteilte ihn dafür „wegen Verleumdung“ zu zwei Jahren Gefängnis. Der zweitinstanzliche Prozeß wurde am Montag überraschend verschoben.

Von E. ANTONAROS

Die Berliner Mauer ist eine Mauer des Friedens, nicht der Schande. Sie wäre unnötig, wenn die Herrscher auf dem Westufer der Elbe und ihre Alliierten im Kalten Krieg jenseits des Atlantik nicht das permanente Ziel hätten, den sozialistischen deutschen Staat zu verschlingen und von da aus weiterzugehen, um „Lebensraum“ in der Tschechoslowakei, in Polen und gar in der Sowjetunion zu erobern. Dies ist nicht etwa aus dem SED-Organ „Neues Deutschland“, sondern der Athener Zeitung „To Ethnos“ entnommen, die seit gut zwei Jahren Griechenlands meistverkauftes Blatt ist.

Knapp 200 000 Griechen, die täglich das kleinformatige „To Ethnos“ (die Nation) am Zeitungskiosk kaufen, sind solche Sprüche gewohnt: Die Amerikaner werden als „Imperialisten“ abgestempelt, die unabhängige polnische Gewerkschaft „Solidarität“ wird als „verlängerter Arm der CIA und des Vatikans“ bezeichnet. „To Ethnos“ ist das schlagendste Beispiel sowjetischer Desinformationspolitik, das bisher im Westen aufgetaucht ist“, sagt der 33jährige Zypriote Paul Anastasi. Der Athener Mitarbeiter der „New York Times“ hat in seinem Buch „Parte to Ethnos sta Cheria sas“ (nehmt die Nation in die Hand)nachzuweisen versucht, daß „To Ethnos“ – so die Verlagswerbung – „in Zusammenarbeit mit der Desinformationsabteilung des KGB, des sowjetischen Geheimdienstes, publiziert wird“.

Solche Behauptungen, die mit einer Fülle von Dokumenten belegt worden sind, haben Anastasi eine Menge Unannehmlichkeiten eingebracht. Nach einem sehr paradox verlaufenen Prozeß wurde er im Dezember 1983 von einem Athener Strafgericht wegen Verleumdung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der zweitinstanzliche Prozeß steht bevor.

Anastasi ist sich seiner Sache sicher: „Die Operation dient der verdeckten Beeinflussung der griechischen öffentlichen Meinung und der Regierung. Diese angeblich unabhängige Zeitung soll außenpolitische Ziele der Sowjetunion durchsetzen und Griechenlands Anlehnung an den Westen unterminieren.“ 400 Tage lang hat er verschiedene Berichte von „To Ethnos“ mit der Berichterstattung anderer griechischer Zeitung verglichen und ist zum Schluß gekommen, daß die Zeitung Nachrichten im Sinne der Sowjets manipuliert oder verfälscht.

Anastasi hat sich freilich nicht nur ausschließlich mit der Textanalyse zufriedengegeben. Er ist auch der Vorgeschichte des Erscheinens von

„To Ethnos“ nachgegangen: Die Zeitung gehört einem früher als vollkommen unpolitisch geltenden Geschäftsmann, der inzwischen allerdings große Geschäfte mit den Sowjets macht. Georgios Bobolas hatte mit Hilfe des abgedienten kommunistischen Verlegers Yannis Yannikos im Jahre 1977 die ersten Kontakte zu den Sowjets geknüpft.

1978 fuhren die beiden nach Moskau und erwarben die Rechte an der großen sowjetischen Enzyklopädie für Griechenland. Anastasi: „An diesen ersten Gesprächen, die auf sowjetischer Seite vom damaligen Leiter der KGB-Desinformationsabteilung und heutigen Botschafter in Schweden Boris Pankin geleitet wurden, nahm teilweise auch der heutige Parteichef Konstantin Tschernenko teil.“ Als „To Ethnos“ im Herbst 1981, also rechtzeitig vor den Parlamentswahlen, als erstes kleinformatiges Blatt Griechenlands in handwerklich hervorragender Aufmachung mit einer Mischung aus Politik, Sport, Polizeiberichten und Lebenshilfe auf den Markt kam, war Yannis Yannikos allerdings als Partner verdrängt worden.

„Die Sowjets hatten in Bobolas einen viel wertvolleren Mitarbeiter gefunden“, sagt Anastasi.

Anastasi Ausführungen wurden von Bobolas und seinen führenden Journalisten mit einer Verleumdungsklage gekonnt. Gleichzeitig wurde Anastasi von „To Ethnos“ als ein „CIA-Agent“ und ein „griechischer Verräter“ gebrandmarkt, dessen Abschiebung aus Griechenland die Zeitung dringlich empfahl. Anastasi: „Am Vorabend einer der Prozeßtermine wurde einer meiner Anwälte am Telefon aufgefordert, das Mandat fallen zu lassen. Andernfalls werde ein ihm nahestehender Mensch politisch sehr darunter leiden.“ Schließlich konnte Anastasi feststellen, daß die Telefone in seinem Büro abgehört wurden. Als es schließlich im Dezember 1983 nach mehreren Verurteilungen zur Hauptverhandlung kam, erlebten Augenzeugen einen seltsamen Prozeß. Sechs Auslandskorrespondenten, die als Leumundszeugen für Anastasi auftraten, wurden von „To Ethnos“-Anwälten unbestraft als „miserable Individuen“ angeschwärzt. Das von den Anwälten – unter ihnen auch ein früherer Justizminister im Kabinett Papandreu – mit Zwischenrufen regelrecht eingeschüchterte Gericht ging nicht einmal der Frage nach, ob geschäftliche Querverbindungen zwischen Bobolas und den Sowjets überhaupt bestünden. Doch die größte Überraschung lieferte die Haltung des einstigen Bobolas-Partners Yannis Yannikos. Obwohl er vom Gericht vorgeladen worden war, erschien er auf dem Zeugenstand nicht und blieb unbestraft.

Zwei Wochen vor dem Prozeßtermin war der vierjährige Rechtsstreit zwischen den beiden mit viel Geld beiliegend worden. Anastasi: „Yannikos, der mein Hauptinformant war, hat eine Abfindung von 65 Millionen Drachmen (umgerechnet etwa 1,6 Millionen Mark) erhalten.“ Seine Informationen habe er, so Anastasi, vom Sohn des auf diese Art und Weise stumm gewordenen Ex-Partisanen Yannikos.

# „Dampf für Europa“ bringt den Wähler nicht in Fahrt

„Europa muß geschaffen werden“, das forderte schon Konrad Adenauer. Doch wer für Europa wirbt, hat es schwer, Interesse zu wecken. Das ist auch das erste Fazit der FDP-Kandidaten, die für die Europawahl am 17. Juni durchs Land reisen.

Von STEFAN HEYDECK

Der Dicke, Tante Mechthild, der Uli und auch mein Opa sollen wieder nach Straßburg. Das wünscht sich die achtjährige Melanie Jürgens in Schönschrift auf gelbbraunen Faltblättern. Der „dicke“ Martin Bangemann, „Tante“ Mechthild von Alemann, „Uli“ Ulrich Irmer und „Opa“ Heinrich Jürgens sind wieder die Spitzenkandidaten der Freien De-

mokraten für die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

Seit Beginn dieser Woche sind die vier mit einem Sonderzug quer durch die Bundesrepublik auf Stimmenjagd. Das Mammutprogramm sieht in fünf Wochen rund 1000 Einzelveranstaltungen in gut 100 Orten vor. Die Bundes-FDP gibt allein für diesen „rollenden Einsatz“ 250 000 DM aus. Der Betrag sei aufgrund der positiven Erfahrungen mit einem solchen Sonderzug im letzten Bundestagswahlkampf „gut investiert“. Schließlich können die Bürger selbst in kleinen und kleinsten Orten bekannte Liberale „zum Anfassen“ erleben. Andererseits geht praktisch keine Lokalzeitung an den Aufritten vorbei – und diese Berichte können werbewirksamer als teure Anzeigen sein.

Also sind die Freien Demokraten

dabei, „Dampf für Europa“ (so ein Slogan) zu machen. Das ist für die Matadore ein knochenhartes Geschäft. Zwar sind die Termine generalstabmäßig geplant. Doch die „Kundschaft“ ist nicht zu organisieren und – schlimmer noch – zu mobilisieren. So müssen die Wahlkämpfer sich nach lautstarken musikalischen Begrüßungen auf den Bahnsteigen an Informationsständen und in Sälen abplagen: Europa ist bei den Bürgern nicht sonderlich gefragt. Statt Zustimmung hören die deutschen Abgeordneten aus Straßburg Kritik, wenn sie es endlich geschafft haben, eine Handvoll Passanten in eine Diskussion zu verwickeln.

Da wird dann zum Beispiel in Wuppertal dagegen gewettert, daß die Bundesrepublik Deutschland zu viel Geld in die EG-Kassen zahlt. Davon würden doch nur Engländer und

Franzosen profitieren. Die aber würden „viel mehr streiken als wir“. Dann macht sich aber Einsicht breit, wenn die Europa-Parlamentarier auf die Exportabhängigkeit hinweisen. Doch so ganz überzeugt das die meisten nicht. Ähnlich ist es auch beim zweiten „Standardthema“, dem türkischen EG-Beitritt. Die Türken würden bei ihrer Rückkehr in die Heimat hohe fünfstelligen Beträge erhalten. Die eigenen Renten seien aber „unsicher“. So zeigt sich immer wieder eine Mischung aus Vorurteilen, Halbinformiertheit und Desinteresse gegenüber Europa. Bangemann: „Wir sind irgendwie exotische Vögel.“

Einmütigkeit gibt es praktisch nur bei innenpolitischen Themen. Da wird in Köln genauso wie in Siegen die 35-Stunden-Woche abgelehnt. Aber dabei „zieht“ der Hinweis der Europa-Abgeordneten auf den Erhalt

# Architekt Schubert will auch in seiner Freizeit hoch hinaus. Ob er das auch noch im Ruhestand kann?



Wenn Gottfried Schubert in einigen Jahren in Pension geht, braucht er an seinem Lebensstandard keine Abstriche zu machen. Denn er hat vorgesorgt. Da ist zunächst einmal seine vor langem bei uns abgeschlossene Lebensversicherung, die ihm zum 63. Geburtstag samt stättlicher Überschußbeteiligung ausgezahlt wird. Und außerdem hat Herr Schubert noch ein Investment-Anlagekonto. Was er da im Laufe der Zeit anspart, erhält er als Wertpapier-Rente mit Gewinn zurück – nach einem festen Auszahlplan. So gesehen, wird es für den Architekten a.D. keinen finanziellen Grund geben, seinem schönen Hobby ade zu sagen. Mit diesen interessanten Vorschlägen konnten wir Herrn Schubert bei der Absicherung seiner Altersversorgung weiterhelfen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn die

Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank

8 regionale Zentralbanken

8 Sparkassen Schwäbisch Hall

DG HYP Deutsche Hypothekendarlehenbank

OIFA Deutsche Immobilien Fonds AG

Münchener Hypothekendarlehenbank eG

R + V Versicherung

Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.



## Zum 1. Mai hat sich vieles stark verhärtet

Auseinandersetzung in Polen / Demonstrationen verstärkt

dpa, Hamburg  
Millionen Menschen in der ganzen Welt haben sich am Dienstag, dem internationalen Tag der Arbeit, mit zahlreichen Appellen, Kundgebungen und Demonstrationen für Arbeit, Frieden und Abrüstung eingesetzt. In den Ländern des Ostblocks - mit Ausnahme von Rumänien - fanden die offiziellen Mai-Paraden statt, die von den Partei- und Regierungschefs abgenommen wurden.

Die Kundgebungen verliefen überwiegend friedlich. Lediglich in Polen kam es bei Demonstrationen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ in mehreren Städten zu Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas einsetzte.

In Danzig drängten sich mehrere tausend Menschen im Anschluß an eine Messe in den offiziellen Mai-Umzug, um für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ zu demonstrieren. Die Gruppe, in der sich auch Arbeiterführer und Nobelpreisträger Lech Waleśa befand, marschierte an die Ehrentribüne, auf der die Vertreter der politischen Führung des Bezirks standen. Später kam es vor der Wohnung von Waleśa zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Polizisten nahmen mehrere Demonstranten fest.

In Warschau setzte die Polizei gegen einige tausend Menschen, die nach einem Gottesdienst ebenfalls für „Solidarität“ demonstrierten, Wasserwerfer ein. Die Innenstadt von Warschau war für den Verkehr gesperrt, der Weg für den offiziellen Mai-Aufmarsch streng bewacht. In Tschenstochau wurde eine Gegendemonstration ebenfalls mit Wasserwerfern und Tränengas durch die Polizei aufgelöst.

Der neue sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat in Moskau zum ersten Mal die traditionelle Mai-Parade abgenommen. Er begrüßte, von Ministerpräsident Nikolai Tichonow und Verteidigungsminister Dmitri Ustinow flankiert, Tausende von Menschen, die mit Luftballons, Papierhymnen und Transparenten über den Roten Platz zogen.

Die Sowjetunion hat zum 1. Mai an die „Völker Europas“ appelliert, den

„Kampf für den Abzug der neuen amerikanischen Raketen aus Westeuropa zu verstärken“. Gleichzeitig forderte die sowjetische Führung die Soldaten auf, ihre „militärische und politische Vorbereitung“ weiter zu verbessern.

In Budapest sprach sich der ungarische KP-Chef János Kádár bei den Mai-Feiern für die Wiederaufnahme von Abrüstungs-Verhandlungen aus mit dem Ziel, eine „vernünftige Vereinbarung zur Eindämmung des Rüstungswettbewerbs zu erreichen“. In Ungarn hatten die Mai-Aufmärsche mehr den Charakter eines Volksfestes. In Rumänien gab es wie bereits in den letzten Jahren - keine Mai-Aufmärsche. Am Montagabend wurde in Bukarest von der Parteiführung ein Maifest veranstaltet, an dem auch Partei- und Staatschef Nicolae Ceaucescu teilnahm.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat anlässlich des 1. Mai zur Beendigung der derzeitigen Tarifauseinandersetzungen aufgerufen. In einer Erklärung zum „Tag der Arbeit“ warnte Kohl, daß ein Arbeitskampf keine neuen Arbeitsplätze schaffe, sondern die wirtschaftliche Erholung verlangsamen würde. Die wirtschaftliche Erholung verlangsamen würde, dürfte ihn nicht behindern. „Wir dürfen uns jetzt keinen ideologischen Streit leisten“, erklärte Kohl.

Ohne direkt auf den gegenwärtigen Tarifstreit um Arbeitszeitverkürzungen einzugehen, vertrat der Kanzler die Ansicht, daß es noch „genug Raum für branchenbezogene, flexible und verantwortungsbewußte Lösungen“ gebe, die den Aufschwung nicht abwürgen und Arbeitsplätze nicht gefährdeten. Die Parole „weniger leisten und besser leben“ führe in eine Sackgasse. Niemand könne einen Rückfall in die Krise wolle, und er sei trotz der harten Kampfparolen überzeugt, daß das niemand wolle.

Kohl bezeichnete den 1. Mai 1984 als „Tag der Mahnung“, daß viele Mitglieder ohne Arbeit seien. Die Solidarität verpflichte zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Der 1. Mai müsse aber auch ein „Tag der Besinnung“ sein, wie es zu der Arbeitslosigkeit habe kommen können.

## In Salzgitter flogen Blüm Eier um die Ohren

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter  
Gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat sich gestern Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ausgesprochen. Auf der Mai-Kundgebung in Salzgitter plädierte der Minister statt dessen für eine kürzere Lebensarbeitszeit. Die von heftigen Tumulten geprägte Veranstaltung hatte bereits im Vorfeld für Schlagzeilen gesorgt, weil Blüm („Ich gehörte schon der Gewerkschaft an, als andere hier noch mit Bauklötzen spielten“) auf Drängen seitens der IG Metall als Redner wieder eingeladen werden sollte.

Nachdrücklich warnte der Minister vor dem drohenden „großen Arbeitskampf“. Dies sei das Schlimmste, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Bundesrepublik Deutschland geschehen könne. Um „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“, bedürfe es unverändert großer Anstrengungen aller Beteiligten. Gefragt sei Zusammenarbeit, nicht aber Klassenkampf.

Niemand, so Blüm, dürfe sich der Illusion hingeben, daß irgend jemand Patentrezepte aus der Tasche ziehen könnte, um die Arbeitslosigkeit schnell und drastisch abzubauen. Vielmehr seien viele Schritte notwendig, um den Zustand der Vollbeschäftigung wieder zu erreichen. Einer dieser Schritte sei das „Bekenntnis zum technischen Fortschritt“. Die Befürworter des „Null-Wachstums“ würden sich selbst als absurdum führen, weil es „nur dann etwas zu verteilen gibt, wenn vorher etwas verdient wird“. Auch der erzielte Zuwachs könne nur einmal verteilt werden, entweder auf den Lohn oder auf die Arbeitszeit.

### Appell an die „liebe Großindustrie“

In seiner von Eierwürfen und lautstarken Störungen begleiteten Rede verteidigte Blüm die Sparpolitik der Bundesregierung. Geordnete Staatsfinanzen seien die Grundlage für die Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die „liebe Großindustrie“ rief der Minister auf, sich bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen am Beispiel der kleinen und mittleren Betriebe zu orientieren. Wünschenswert ist nach seinen Worten eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Die Störungen durch einen Teil der rund 2000 Zuhörer auf dem Rathausplatz in Salzgitter wertete Blüm als „mangelnde Toleranz“. Die Frage der IG Metall auf einem Flugblatt, wenn der 1. Mai gehöre, lasse sich eindeutig beantworten: den Arbeitnehmern aus allen Parteien und nicht irgendwelchen Ideologen. Damit reagierte Blüm auf die Eingangsworte des

DGB-Sprechers, der die Querelen um die Einladung des Ministers „nicht als Kritik an seiner Person, sondern an seiner Politik“ gewertet wissen wollte.

Auch der SPD-Politiker Hans Wischnewski hatte in Salzgitter Mühe, angesichts des Pfeifkonzerts seine Rede zu Ende zu bringen. Wischnewski: „Durch eure Schreierei wird nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen.“ Er erinnere sich an Zeiten, als die Gewerkschaftsbewegung noch tolerant genug war, um auch Andersdenkende zumindest anzuhören.

### Ein „ernstes Wort“ von Wischnewski an Bonn

Wischnewski bezeichnete die Forderung der Gewerkschaften nach einer Verkürzung der Arbeitszeit als unverzichtbar. Dies gelte sowohl für die Wochen- wie für die Lebensarbeitszeit.

Ein „ernstes Wort“, so der SPD-Politiker, müsse er an die Bundesregierung richten, die in der bevorstehenden Arbeitsauseinandersetzung zu einseitig Stellung für die Unternehmerschaft bezogen habe. Ausdruck dafür sei die Beurteilung von Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als töricht und absurd bezeichnet hatte.

Begonnen hatte alles ganz harmlos: DGB-Kritik am lieben Herrn Arbeitsminister, in solch netter Form vorgetragen vom Vorsitzenden des Kreisverbandes, Schilder mit der Aufschrift „Wir vertrauen dir, Norbert“ oder „Willkommen in Salzgitter“ und sogar Beifall, als der Minister seine Rede begann. Doch nach fünf Minuten rückten die Gegendemonstranten an. Eier flogen und Blüms Appelle an Gewerkschaften und Arbeitgeber, seine Forderung nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen und natürlich auch sein Eintreten für eine kürzere Lebensarbeitszeit verhallen im Konzert von Trillerpfeifen und Trompeten.

Blüm, seit Jahren IG Metall-Mitglied und 1984 einziger Bundesminister auf einer DGB-Kundgebung, redete scheinbar unbeeindruckt weiter, denn, so meinte er später, diesen Demonstranten dürfe man nicht klein beigeben. Der Protestchor verstummte auch dann nicht, als der Minister schließlich nach einer Viertelstunde das Podium verließ, und ihm Hans-Jürgen Wischnewski folgte. Vertreter jener SPD, die sich seit Wochen demonstrativ an die Seite der Gewerkschaften stellt, wenn es um das Thema Arbeitszeitverkürzung geht.

## Gewerkschaften unnachgiebig

Im Druckgewerbe wie bei der IG Metall bleibt die Streikbereitschaft

XING-HU KUO/DW, Karlsruhe

In der laufenden Tarifauseinandersetzung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Position in der Diskussion um die 35-Stunden-Woche am 1. Mai weiter verschärft. So sagte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit in der zentralen Kundgebung seiner Gewerkschaft in Karlsruhe, die ersten Streiks hätten gezeigt, daß die Arbeitgeber „nicht mehr zu warnen“ seien. Deswegen gebe es nur noch einen Weg, nämlich die Urabstimmung.

Breit, der am Vorabend in einer Gewerkschaftsveranstaltung in Fellbach bei Stuttgart noch moderater gewesen war, sagte in Karlsruhe: „Jedes Ja in der Urabstimmung für Arbeitszeitverkürzung“ sei ein „Ja zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Er rief die Arbeitnehmer auf, sich an den anstehenden Urabstimmungen zu beteiligen, um „den Arbeitgebern die Zähne zu zeigen. Sie haben es nicht anders verdient“.

In Karlsruhe richtete Breit massive Angriffe auch in Richtung Bundesregierung. Mit einem „ideologischen Trommelfeuer ohne gleichen“ hätten Arbeitgeber und konservative Politiker ein Meinungsklima geschaffen, das nicht nur dem Sozialstaat abträglich sei, sondern auch dem Ziel diene, „diesen Sozialstaat sturmreif zu schießen“.

Der Bundesregierung warf Breit

vor, in einer „geschlossenen Front“ zusammen mit dem „Kapital“ in der tarifpolitischen Auseinandersetzung gegen die Gewerkschaften Stellung bezogen zu haben. Breit: Die Tarifautonomie solle 35 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes „unterlaufen“ werden. Zentrale Forderungen des DGB seien eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Sicherung des sozialen Netzes, die Aufrechterhaltung der Massenkaukraft und eine staatliche Beschäftigungspolitik.

Die harschen Worte des DGB am 1. Mai haben die Arbeitgeber in der Metall- wie in der Druckindustrie dazu veranlaßt, die Arbeitnehmer in der laufenden Tarifauseinandersetzung zum Nachdenken aufzufordern. Der Bundesverband Druck wie auch die Arbeitgeber in der Metallindustrie mahnten die Gewerkschaften, über die Konsequenzen eines Arbeitskampfes ernsthaft nachzudenken.

Im Tarifkampf der IG Metall verwies der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie in Baden-Württemberg, Hans Peter Stihl, darauf, die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche habe bei den Arbeitgebern einen „beispiellosen Solidaritätseffekt“ ausgelöst.

In den meisten Metallbetrieben in Nordwürttemberg/Nordbaden haben inzwischen die Unternehmensleitungen in Briefen an ihre Mitarbeiter die Auffassung vertreten, daß sie „bei der

Urabstimmung darüber entscheiden, ob durch einen Arbeitskampf eine verkürzte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erzwungen werden soll und somit Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet werden“. Stihl erklärte, wenn die IG Metall den Arbeitskampf wolle, „werden wir ihn durchstehen“. Er sagte, man könne davon ausgehen, daß ein Streik in der Regel mit der zulässigen Art der Abwehrraumperrung beantwortet werde. Nur so könnten die Arbeitgeber einen Arbeitskampf verkürzen.

Stihl warf den Arbeitnehmern vor, seit Monaten auf das „Ziel eines Arbeitskampfes hingearbeitet zu haben“. Die IG Metall sei zur Stunde „um keinen Millimeter von ihren Forderungen abgerückt“. Die Arbeitnehmer in der IG Druck wie in der IG Metall sind von den Arbeitgebern aufgefordert worden, über ihre Position nachzudenken.

Unabhängig davon bereitet die IG Metall die ersten Urabstimmungen in der Metallbranche über einen möglichen Streik vor. Die IG Druck sieht keine großen Chancen, daß das Spitzengespräch in der Druckindustrie heute zu einem Erfolg führen könnte.

Trotz der Kompromißbereitschaft der Arbeitgeber darf davon ausgegangen werden, daß es in den nächsten Tagen zu weiteren Streiks in der Druckindustrie kommt.

## Umfrage bei Druckern: Mehrheit gegen Streiks

Hensche unterstreicht politischen Charakter der Aktionen

GÜNTHER BADING, Bonn

Unmittelbar vor dem heutigen Spitzengespräch des Bundesverbandes Druck mit der IG Druck und Papier über die durch zahlreiche Streiks und Warnstreiks belastete Tarifrunde im Druckgewerbe haben sich von Infratest befragte Arbeitnehmer dieser Branche mit deutlicher Mehrheit gegen einen Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche ausgesprochen. Die im Auftrag des Arbeitgeberverbandes am 27. und 28. April durchgeführte Telefonumfrage ergab auf die konkrete Frage, ob ein Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich richtig oder falsch sei bei 66 Prozent die Antwort „falsch“.

68 Prozent der als repräsentativer Querschnitt befragten 504 Beschäftigten teilen die Meinung nicht, daß nur mit der 35-Stunden-Woche erfolgreich etwas gegen die Arbeitslosigkeit getan werden könne; 60 Prozent sehen in einem Streik kein sinnvolles Mittel zur Durchsetzung der Gewerkschaftsforderung. 60 Prozent teilen die Ansicht, die 35-Stunden-Woche sei nur bei entsprechend weniger Lohn möglich; 58 Prozent sehen in der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ein hohes Risiko für die Wirtschaft. 60 Prozent halten die Frühverrentung für attraktiver und

66 Prozent meinen, es gebe wichtigere Probleme zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten als die 35-Stunden-Woche.

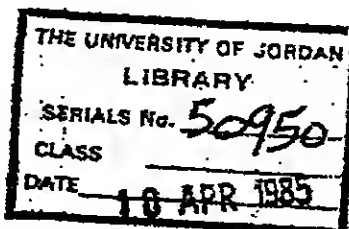
Die IG Druck, die mit unveränderter Maximalforderung in das Spitzengespräch geht, läßt keinen Zweifel daran, daß sie eine politische Auseinandersetzung sucht. Der stellvertretende Vorsitzende Detlef Hensche sagte im „Spiegel“, man „soll sich nichts vormachen“, diese Auseinandersetzung habe „zwangsläufig politischen Charakter“. Bundeskanzler Kohl und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff stünden in jedem Fall „auf der anderen Seite“. Es gebe darum die Menschen, „von den Fesseln der unternehmerischen Verfügungsgewalt zu befreien“. Zwar stehe die Entscheidung in einer tarifpolitischen Frage an, „dennoch strahlt sie auch auf die allgemeine politische Entwicklung aus“.

Gewerkschaftlicher Erfolg in einem Arbeitskampf habe „Auswirkungen auf das allgemeine Kräfteverhältnis“. Seine Gewerkschaft habe sich nie nur auf Tarifarbeit beschränkt. „Wir wollten auch stets Einfluß auf die Politik ausüben“. Wenn man die „Wende“ als Umkehr in der Sozialpolitik begreife, richte sich der Kampf um die 35-Stunden-Woche „auch dagegen“.

## Mit uns fugt's sich sicher - Bayer-Silicone

### Ein Beispiel von vielen:

Bayer-Silicone und die Idee der perfekten Sanitärabdichtung: Fugen werden dicht - Bayer-Silicone bleiben dauerhaft elastisch und sicher vor Rißbildungen.



Iran Bau von Bomben

ehr Bei

Bayer-Silicone für langen Erfahrung - erfahrene Informatiker Sie uns...



Kern:  
reiks  
der Aktionen

Nur wenige Wochen nachdem die Bundesrepublik Deutschland von der amerikanischen Zeitung "New York Times" beschuldigt worden war, durch die Lieferung von chemischen Anlagen in die Lage zu versetzen, Giftgas zu produzieren (WELT v. 31. März), hat jetzt die "Washington Post" Bonn in einem Leitartikel indirekt vorgeworfen, Iran zu helfen, eine nukleare Streitmacht aufzubauen. Anlaß ist die Hilfe deutscher Firmen beim Bau des Kernkraftwerkes Buschir.

Wörtlich schreibt das Blatt: "Ein westdeutsches Technikerteam ist gegenwärtig in Iran dabei, das noch unfertige Atomkraftwerk in Buschir zu überprüfen. Iran verfügt bereits über einen kleinen Forschungsreaktor, der unter internationaler Überwachung steht. Es besteht (jedoch) immer die Gefahr, daß ein Land, das im Rahmen solcher Überwachung große Reaktoren betreibt, die entsprechenden Abkommen plötzlich aufkündigt und die Atomkraft zu militärischen Zwecken nutzt."

DIE WELT (Ausg. 400-500) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S. & A. is US-Dollars 34.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

## Plant Iran den Bau von Atombomben?

Nur wenige Wochen nachdem die Bundesrepublik Deutschland von der amerikanischen Zeitung "New York Times" beschuldigt worden war, durch die Lieferung von chemischen Anlagen in die Lage zu versetzen, Giftgas zu produzieren (WELT v. 31. März), hat jetzt die "Washington Post" Bonn in einem Leitartikel indirekt vorgeworfen, Iran zu helfen, eine nukleare Streitmacht aufzubauen. Anlaß ist die Hilfe deutscher Firmen beim Bau des Kernkraftwerkes Buschir.

Wörtlich schreibt das Blatt: "Ein westdeutsches Technikerteam ist gegenwärtig in Iran dabei, das noch unfertige Atomkraftwerk in Buschir zu überprüfen. Iran verfügt bereits über einen kleinen Forschungsreaktor, der unter internationaler Überwachung steht. Es besteht (jedoch) immer die Gefahr, daß ein Land, das im Rahmen solcher Überwachung große Reaktoren betreibt, die entsprechenden Abkommen plötzlich aufkündigt und die Atomkraft zu militärischen Zwecken nutzt."

## Jansen: Mehr erreicht als zu erwarten war

**"Sicherheits-Seminar" mit Vertretern von SPD und SED**  
schw. Kiel  
Nach monatelangen Vorbereitungen kam es in der vergangenen Woche in Malente zum ersten Mal zu einem offiziellen Gespräch zwischen einem SPD-Landesverband (Schleswig-Holstein) und Vertretern der SED (aus den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und Rostock). Die Initiative zu diesem dreitägigen Treffen ging vom schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden, dem Bundestagsabgeordneten Günther Jansen aus.

Bei diesem "Seminar" über sicherheitspolitische Fragen wurde deutlich, meinte Jansen, daß es sich für die SED um eine Art Test-Gespräch handelte, um zu prüfen, ob Kontakte dieser Art zu positiven Ergebnissen führen könnten. Bei diesem Gedankenexperiment sei mehr herausgekommen, als wir erwartet hatten. Die Vertreter der SED hätten sich "bedeutend flexibler gezeigt", als man aus früheren Kontakten gewohnt gewesen sei, und bei aller ideologischen Unterschiedlichkeit der Argumentation hätte die SPD registrieren können, daß es für die sechs Vertreter der SED um ein westliches Sicherheitsbedürfnis geht, und daß nur unter Berücksichtigung dieses je-

## Kernenergie: Kooperation mit Peking

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China werden künftig auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie zusammenarbeiten. Ein entsprechendes Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung, Technologie, Sicherheit, Planung, Errichtung und Betrieb von Kernkraftwerken und Forschungseinrichtungen hat das Bundeskabinett am Montag gebilligt. Es ist die erste derartige Vereinbarung Chinas mit einem Nicht-Kernwaffenstaat.

Peking möchte über das Abkommen Zugang zu den deutschen Erfahrungen auf dem Gebiet der friedlichen Kernenergie-Nutzung erhalten. Nach dem Abkommen verpflichten sich die Bundesrepublik - die im Gegensatz zu Peking Mitglied des Atomwaffenvertrages ist - und Peking, daß ihre Zusammenarbeit nur friedlichen Zwecken dienen darf. In Bonn wurde vor allem hervorgehoben, daß auch beim schwierigen Punkt der Nichtverbreitung von kernwaffenfähigem Material eine befriedigende Lösung erzielt werden konnte. Von deutscher Seite gelieferte Technologie einschließlich Materialien darf nicht zur Kernwaffenherstellung in China oder anderen Staaten verwendet werden.

## Helsinki plagt sich mit Reformen

**Direktwahl des Präsidenten und eine vereinfachte Gesetzgebung vorgesehen**  
REINER GATERMANN, Helsinki  
Seit mehr als 20 Jahren wird in Finnland mehr oder weniger intensiv über eine Verfassungsreform beraten, in deren Mittelpunkt vor allem die Einführung der Volksabstimmung, die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk sowie eine Erleichterung des Gesetzgebungsverfahrens stehen.

Bisher war keine Regierung in der Lage, dem Parlament einen entsprechenden Entwurf vorzulegen; der jetzige Justizminister Christoffer Taxell hat sich aber dieses Ziel gesetzt. "Geht alles nach Plan, kann der Präsident erstmals 1988 direkt vom Volk gewählt werden", meint der Minister und stellt gleichzeitig fest, daß er die Verfassungsreform als Paket vorlegen und nicht - was einige Parteien fordern - unstrittige Fragen ausklammern werde.

Der Übergang des höchsten Staatsamtes von Urho Kekkonen auf Mauno Koivisto Anfang 1982 erleichterte es den Parteien, die kontroversen Verfassungsfragen wieder aufzunehmen und eventuelle Positionsänderungen zuzulassen. Erleichtert wurde dieser Prozeß durch die Bereitschaft des neuen Staatspräsidenten, auch sein Amt einer staatsrechtlichen Überprüfung unterziehen zu lassen und keine Einwände gegen die Stärkung von Parlament und Regierung auf Kosten seiner Befugnisse zu haben, vorausgesetzt, der außenpolitische Bereich, der fest in der Hand des Präsidenten liegt, bleibt unangetastet.

Obwohl erst 36 Jahre alt, ist Christoffer Taxell das Kabinettsmitglied, das am längsten, bisher fünf Jahre, ohne Unterbrechung dasselbe Ressort verwaltet. Nach seiner Ansicht wird es keine Schwierigkeiten bereiten, das Element der beratenden Volksabstimmung in die finnische Verfassung einzuführen. Bei der Präsidentenwahl scheint nun nach jahrzehntelangem Suchen ein Kompromiß gefunden zu sein.

Sozialdemokraten und Kommunisten haben ihre Forderung, das Staatsoberhaupt vom Reichstag (Parlament) wählen zu lassen, aufgegeben. Künftig soll es eine Mischung aus direkter Volkswahl und dem bisherigen Wahlsystem geben.

Bekommt ein Kandidat, der von den im Parlament vertretenen Parteien oder mindestens 20 000 Bürgern nominiert werden kann, mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, ist er gewählt, andernfalls müssen wieder die 301 Elektoren, die gleichzeitig mit der Stimmenabgabe für den Präsidenten gewählt werden, zusammenzutreten.

Es gibt noch genügend Kritiker, die dieses Verfahren als Scheinreform betrachten, denn in der Praxis dürfte es kaum einen Kandidaten geben, mehr als 50 Prozent der Stimmen zu bekommen. Dies schaffe nicht einmal Koivisto. Dagegen wird es die Möglichkeit, schwarze Pferde nicht mehr geben. Es sind dies Personen, die bei der Direktwahl nicht zur Debatte standen und erst nachträglich als Kompromisskandidaten "ausgegraben" wurden.

Dem Präsidenten wird in dem Reformvorschlag auch das Recht genommen, die Unterzeichnung eines Gesetzes abzulehnen. Er wird es künftig nur noch an das Parlament zurückverweisen können, um es dort in der folgenden Sitzungsperiode neu behandeln zu lassen. Dagegen wird das Staatsoberhaupt auch künftig für die Regierungsbildung zuständig bleiben und das Recht behalten, den Reichstag aufzulösen. Allerdings wird er nach der neuen Verfassung erst den Parlamentspräsidenten und Parteivorsitzenden hören müssen. Keine Mehrheit gibt es dagegen für

die häufig vertretene Auffassung, nur eine Wiederwahl des Staatsoberhauptes zuzulassen, also die Amtszeit auf höchstens zwölf Jahre zu begrenzen.

"Bei uns dürfte es schwieriger als in irgendeinem anderen europäischen Land sein, ein Gesetz zu verabschieden, betont der Justizminister aus der Schwedischen Volkspartei mehrfach. Das Hindernis liegt in dem extrem starken Minoritätenschutz - es gibt für den Einzug ins Parlament keine Sperrgrenze - und in dem gleichermaßen ausgeprägten und weitgefächerten Eigentums- und Integritätsbegriff. Die Einführung eines Preisstopps oder der Preiskontrolle sowie die Entnahme von Blutproben bei Alkoholverdacht sind demnach Verfassungsfragen und können nur auf zwei schwierigen Wegen durch den Reichstag gebracht werden.

Bei der ersten Abstimmung reicht die einfache Mehrheit. Dann müssen jedoch Neuwahlen stattfinden; in der zweiten Abstimmung ist dann eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Die Vorlage kann aber auch mit einer Fünftel-Mehrheit für "dringend" erklärt werden, dann müssen ihr in einem weiteren Votum zur Sache mehr als zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen. Darüber hinaus gibt es immer noch die Möglichkeit, daß ein Drittel des Parlaments oder 67 Mitglieder einen Gesetzentwurf "über Neuwahl" abschleppen können.

Die Reform sieht hier vor, daß zumindest für wirtschaftspolitische Vorlagen das Verfahren vereinfacht wird, und man sich mit einer einmaligen Zwei-Drittel-Mehrheit begnügt. Während Sozialdemokraten, Kommunisten und Konservative den Aufschub "über Neuwahl" völlig ablehnen wollten, halten die Parteien der Mitte, vor allem das Zentrum, daran fest, damit zu schnelle Veränderungen verhindert zu werden.

## Mehr Beispiele mit Bayer-Siliconen



für Kabelisolationen



für Kosmetikcremes



für Polymittel



für Kühlwasserschläuche



für Zahnabdruckmassen



für Fensterdichtungen



für Fugendichtungen



für Autolacke



für Zündschutzkappen



für Trennlacke



für Transformatoren



für Plakatabweiser



für Sanitärabdichtungen



für "gespritzte" Schichtmatten



für Walzenbeschichtungen



für Fassaden-impregnierung



für Korrosionsschutz-Lacke



für Konservierung biologischer Präparate

Was Bayer-Silicone für Sie tun können - mit der langen Erfahrung aus vielfältigen Anwendungen - erfahren Sie durch unser ausführliches Informationsmaterial.

Schreiben Sie uns, für welche Einsatzgebiete Sie sich besonders interessieren.

Wir bringen Sie auf Ideen.

Bayer AG  
Aktion „Silicon-Ideen“  
5090 Leverkusen

**Bayer**

## Die Autorität Numeiris schwindet

**Sudan im Ausnahmezustand / Bürgerkrieg im Süden / Ausländische Firmen ziehen ab**  
WOLFGANG KOVDT, Kairo  
Nach vor ein paar Tagen hatte sich der ägyptische Verteidigungsminister Abdelhalim Abu Ghasal im Gespräch mit dem Staatsminister im Bundesaußenministerium, Jürgen Möllemann, zuversichtlich über die Lage in Sudan geäußert. Bald, so zierte Möllemann den Minister, werde wieder Stabilität im größten afrikanischen Land einkehren, dessen Südtteil von einem Bürgerkrieg christlich-animistischer Rebellen gegen die moslemische Zentralregierung erschüttert wird.

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes durch den sudanesischen Staatspräsidenten Dschafar Numeiri in der Nacht zum Montag zeigt jedoch, wie verzweifelt die Lage für die Regierung geworden ist.

Der Ausnahmezustand räumt den Behörden umfassende Vollmachten ein: Alle Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten, die Verfassung teilweise suspendiert und die Post-Zensur nunmehr offiziell sanktioniert. Außerdem können die örtlichen Behörden nach eigenem Ermessen Ausgangssperren verhängen. Verstöße gegen die Notstandsregelung werden mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet, Urteile können nach jedem anderen Recht verhängt werden.

Die Rebellen der „Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung“ (SPLM) unter John Garang, einem ehemaligen Obersten der sudanesischen Armee, haben im Gegensatz zu der früheren Untergrundorganisation „Anyanya“ ihre Strategie geändert und die traditionellen Spaltungen in den Reihen der süd-sudanesischen Politiker überwunden. Die SPLM konzentriert ihre Angriffe auf ehrgeizige Entwicklungsprojekte, um die Wirtschaft des mit acht Milliarden Dollar verschuldeten Landes zu treffen. Die Entführung der 38-jährigen Hamburgerin Ursula Morson durch Rebellen im März war ein Beispiel für zahlreiche Anschläge auf ausländische Einrichtungen.

Den - ein Hinweis darauf, daß auch die geltende Strafgesetzgebung teilweise aufgehoben wurde.

Der Bürgerkrieg im Süden flammte nach der Einführung der Scharia, des islamischen Rechtes, in dem zu einem Drittel christlich-animistischen Land im September letzten Jahres wieder auf. Vorangegangen war im Juni die Aufspaltung des Südens in drei Regionen, ein klarer Verstoß gegen das Abkommen von Addis Abeba, mit dem Numeiri im Jahre 1972 den ersten Bürgerkrieg beendet hatte.

Die Rebellen der „Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung“ (SPLM) unter John Garang, einem ehemaligen Obersten der sudanesischen Armee, haben im Gegensatz zu der früheren Untergrundorganisation „Anyanya“ ihre Strategie geändert und die traditionellen Spaltungen in den Reihen der süd-sudanesischen Politiker überwunden. Die SPLM konzentriert ihre Angriffe auf ehrgeizige Entwicklungsprojekte, um die Wirtschaft des mit acht Milliarden Dollar verschuldeten Landes zu treffen. Die Entführung der 38-jährigen Hamburgerin Ursula Morson durch Rebellen im März war ein Beispiel für zahlreiche Anschläge auf ausländische Einrichtungen.

Die meisten ausländischen Firmen haben mittlerweile die Arbeit in Sudan eingestellt und ihre Mitarbeiter abgezogen. Den Rebellen ist es darüber hinaus gelungen, die Verkehrsverbindungen zwischen dem Norden und dem Süden praktisch vollständig zu unterbrechen. Vor drei Wochen kündigte Numeiri die Einrichtung einer Luftbrücke in den Süden an, um die Lebensmittellieferung der Provinzen aufrechtzuerhalten.

Doch die Opposition gegen den Staatschef, der 1969 in einem blutigen Putsch an die Macht kam und seitdem zahlreiche Umsturzversuche niederschlug, ist nicht mehr auf den Süden beschränkt. Ein Streik der Ärzte und Hebammen Anfang April, Unruhen an den Universitäten und Numeiris Erklärung, daß die verbotenen Parteien wieder aktiv würden, sind eindeutige Hinweise darauf, daß die Autorität des Regimes angeschlagen ist.

Offenbar versucht Numeiri, mit Zuckerbrot und Peitsche zumindest die Rebellion im Süden zu beenden. Angeblich auf ausländischen Druck erlaubte er unlängst dem Gouverneur der Südprowinz Bahr el-Ghasal, mit SPLM-Vertretern zu verhandeln. (dpa)

## Strauß schickt seinen Vertrauten Stoiber als Statthalter nach Bonn

PETER SCHMALZ, München  
Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat zumindest für absehbare Zeit kein Interesse mehr, Mitglied der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl zu werden. Der noch Ende 1983 in der CSU-Spitze erwogene Plan, den CSU-Vorsitzenden zur Durchsetzung einer konsequenteren Unionspolitik in der Bonner Regierung zu installieren, ist vorläufig aufgegeben.

Diese neue Haltung wird durch eine überraschende Personalüberlegung untermauert: Nach zuverlässigen Informationen der WELT wird Strauß nicht - wie erwartet - seinen Staatssekretär in der Staatskanzlei, den früheren CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber, zum Sozialminister ernennen. Dieser Posten muß Ende Juni neu besetzt werden, wenn der langjährige Amtsinhaber Fritz Pirl ins Europaparlament wechselt.

Für dieses Amt hatte Stoiber Interesse signalisiert, sich in den vergangenen Wochen jedoch auffallend zurückgehalten. Pirls Nachfolger soll nun der bisherige Bundesratsminister Peter Schmidhuber werden, der bereits als Favorit für das Amt des Wirtschaftsministers galt, falls Anton Jaumann seine politische Laufbahn beendet.

Stoiber aber soll Schmidhubers Nachfolger in Bonn werden. Damit hofft Strauß, auch ohne seine Präsenz stärkeren Einfluß in Bonn zu gewinnen. Stoiber genießt mehr Vertrauen des CSU-Vorsitzenden als die führenden Bonner CSU-Politiker wie Theo Waigel oder Friedrich Zimmermann. Mit diesen Coups könnte einerseits Strauß eine stärkere Kontrolle über die Bonner CSU gewinnen, andererseits käme Stoiber seinem lang gehegten Wunsch näher, einen Einstieg in die Bundespolitik zu finden.

Stoibers bisherigen Posten, den die meisten Ministerpräsidenten vor Strauß nicht besetzt hatten, will der bayerische Regierungschef nicht verweisen lassen. Er hat zu schätzen gelernt, daß ihn der von der Verfassung vorgesehene Staatssekretär im Vorzimmer einen erheblichen Teil der Arbeit abnehmen kann. Bei keinem seiner Vorgänger in der Staatskanzlei war die Flut von politischen und menschlichen Bitten und Wünschen, Terminen und Verpflichtungen so groß wie seit dem Amtsantritt von Strauß vor knapp sechs Jahren. Mit dieser Aufgabe, ihm dabei vertrauensvoll Hilfestellung zu leisten, will Strauß einen CSU-Nachwuchspolitiker beauftragen, eine Entscheidung über die Person ist jedoch noch nicht gefallen.

Auch die Nachfolge von CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu ist noch nicht entschieden. In der CSU-Führung hat man sich jedoch darauf eingerichtet, daß Wiesheu wegen seines Unfalls unter Alkoholeinfluß, bei dem ein Rentner getötet wurde, nicht mehr in die CSU-Parteizentrale zurückkehren kann. Dem überaus talentierten Wiesheu bleibt deshalb voraussichtlich nur die Genugtuung, daß sich die Partei sichtlich schwer tut bei der Suche nach einem neuen Mann. Gerold Tandler,

der das Generalsekretariat derzeit kommissarisch führt und der bekannt hat, er wolle die Doppelbelastung mit Parteizentrale und Fraktionsführung im Landtag bis höchstens zur Europawahl am 17. Juni auf sich nehmen, hat sich inzwischen damit abgefunden, zumindest bis in den Herbst hinein auch den Schreibtisch des Generalsekretärs weiter verwalten zu müssen.

Widerwillig nimmt er diese Bürde nicht auf sich, weiß er doch die bundespolitische Aufmerksamkeit, die ein CSU-Generalsekretär genießt, ebenso zu schätzen wie das Vertrauen von Strauß, das sich in dieser doppelten Berufung äußert.

Dennoch: Strauß und Tandler suchen gemeinsam nach einem Nachfolger für die Parteizentrale. Thomas Goppel, der Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten, scheint inzwischen kaum noch Chancen zu haben. Auch Georg von Waldenfels, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, hat neben beachtlichen Trümpfen einige schlechte Karten. Darunter sein Wohnsitz in der nördlichen Ecke Bayerns. Daß die bisherigen CSU-Generalsekretäre ausnahmslos südlich der Donau beheimatet waren, hat einen simplen Grund: Sie müssen auch in ihrer Freizeit unverzüglich verfügbar sein. Neben anderen könnte inzwischen der CSU-Landtagsabgeordnete Alois Glück erhebliche Chancen haben. Er wohnt in Oberbayern und hat sich als Umweltpolitiker einen Namen gemacht.



## Die Papst-Reise gilt dem ganzen koreanischen Volk

Vor 200 Jahren begann die katholische Missionierung

XING-HU KUO/DW. Rom/Seoul  
Papst Johannes Paul II. tritt heute seine Asien-Reise an. Auf dem Programm stehen Südkorea, Papua Neu-Guinea, die Salomon-Inseln und Thailand. Die Reise wird im Vatikan als Würdigung der an vorderster Front tätigen Missionare der katholischen Kirche verstanden.

Die mit vier Tagen längste und wichtigste Etappe, Südkorea, steht am Anfang. In Südkorea, wo der Katholizismus vor 200 Jahren Fuß fasste, leben heute 1,6 Millionen Katholiken, und ihre Zahl nimmt ständig zu. Wenige Tage vor seiner Abreise hat sich der Papst für die Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea ausgesprochen. In einer vom Vatikan veröffentlichten Botschaft an das koreanische Volk, die in Südkorea von Rundfunk und Fernsehen übertragen wurde, sagte er: „Ich bete mit meinem ganzen Herzen, daß ihr alle schon bald in einer liebevollen Familie wiedervereinigt sein werdet und in Harmonie und in Frieden leben könnt.“ In der Botschaft unterstrich der Papst, daß sein Besuch in Südkorea auch der nordkoreanischen Bevölkerung gelte. Er komme als Freund, „um die Leiden und Hoffnungen des gesamten Volkes der koreanischen Halbinsel zu teilen“.

Sowohl für das geteilte Land als auch für den hohen Gast selbst ist dieser Besuch von besonderer Bedeutung.

### 103 Märtyrer

Es ist der erste Besuch eines Papstes in Korea überhaupt, und die katholische Kirche in Südkorea wird gemeinsam mit dem Pontifex das 200-jährige Bestehen des katholischen Glaubens in diesem Land feierlich begehen. Höhepunkt während des viertägigen Aufenthalts wird neben Gesprächen mit Staatspräsident Chun Doo-hwan eine Massenveranstaltung in Seoul am kommenden Sonntag sein. Dort wird der Papst 103 Koreaner heiligsprechen, die als Märtyrer im Einsatz für die Kirche ihr Leben verloren haben.

Der Katholizismus kam über China nach Korea. Koreanische Delegationen, die Gesandten mit dem kaiserlichen Hof in China austauschten, machten Bekanntschaft mit westlichen und chinesischen Missionaren

und Gläubigen. 1784 kehrte der erste getaufte koreanische Katholik, Lee Sung-hoon, in seine Heimat zurück. Auch er wurde in China bekehrt.

Zu diesem Zeitpunkt begann die wechselvolle Geschichte der koreanischen Katholiken. In der Zeit von 1801 bis 1886 waren sie häufig Verfolgungen ausgesetzt, mehr als 10 000 Gläubige fielen ihnen zum Opfer. Durch einen Vertrag mit Frankreich im Jahre 1886 wurde die katholische Kirche in Korea zumindest geduldet.

### Unterdrückung im Norden

Völlig frei entfalten konnten sich die Katholiken erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zwar nur in Südkorea. Im kommunistischen Norden mußte die Kirche wie alle anderen religiösen Gruppen in den Untergrund gehen. Es wird erwartet, daß der Papst während des Südkorea-Besuches sich zur Religionsunterdrückung im Norden äußern und Pfingstang aufordern wird, zur Besserung der Lage beizutragen.

Das hohe Ansehen der katholischen Kirche in Südkorea ist nicht zuletzt das Ergebnis des starken Engagements im kulturellen und sozialen Bereich, so daß die Bedeutung des Katholizismus weit über seine zahlenmäßige Stärke hinausgeht. Es gibt acht Universitäten, 31 Oberschulen, sechs Grundschulen, 215 Kindergärten, deren Träger die katholische Kirche ist. Ihr hohes Niveau sorgt für große Beliebtheit vor allem bei den führenden Schichten des Landes. Im sozialen Bereich gibt es 26 katholische Krankenhäuser, 24 Kliniken und Ambulanzen, 25 Leprosen- und zahlreiche Behinderteneinrichtungen.

Obwohl die südkoreanische katholische Kirche selber unter Priester-mangel leidet, sind Koreaner inzwischen auch als Missionare im Ausland tätig, beispielsweise in Papua Neu-Guinea.

Im Rahmen der zahlreichen Aktivitäten zum 200-jährigen Jubiläum des Katholizismus in Korea hat die Kommission zur Vorbereitung dieser Feierlichkeiten dazu aufgerufen, unter dem Motto „Ein Licht für dieses Land“ alle Möglichkeiten auszu-schöpfen, auch die Glaubensbrüder im kommunistischen Norden mit der Botschaft der Kirche zu erreichen.

## „Volksbüro“ in London durchsucht

rtv/DW. London/Tripolis

Großbritannien und Libyen haben am Wochenende die verlassenen Botschaftsgebäude des jeweils anderen Staates in ihrer Hauptstadt durchsucht lassen. Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens mit Libyen waren die britischen Diplomaten ebenso wie die Angehörigen des libyschen „Volksbüros“ in ihre Heimat zurückgeflohen.

Nach dem Abzug des libyschen Personals aus dem „Volksbüro“ in London hatten britische Polizisten und Soldaten am Montag mehrere Stunden das verwaiste Gebäude im Zentrum Londons durchsucht und keine Sprengkörper gefunden. Die Polizei erklärte, daß im Gebiet um das Botschaftsgebäude „in diesem Stadium keine Gefahr für die Öffentlichkeit“ bestehe. Die Durchsuchung des „Volksbüros“ war zeitweilig unterbrochen worden. Es wurde berichtet, daß die Libyer vor dem Verlassen des Gebäudes Bomben versteckt haben könnten.

Die britische Polizei war durch eine Hintertür in das Gebäude am St. James Square eingedrungen. Bombenexperten der Armee wurden hinzugezogen. Von der Untersuchung des „Volksbüros“ erhofft sich die Polizei Aufschluß darüber, wer die britische Polizistin Yvonne Fletcher aus dem Botschaftsgebäude heraus erschossen und mehrere libysche Demonstranten durch Schüsse verletzt hatte.

Unter der Beschuldigung, daß Großbritannien „alle internationalen Gesetze und Normen“ verletze, durchsuchten libysche Stellen am gleichen Tag das verlassene britische Botschaftsgebäude in Tripolis. Nach einem Bericht der amtlichen libyschen Nachrichtenagentur Jana sei die Botschaft auf gegenseitiger Basis durchsucht worden.

Der italienische Botschafter in Libyen, Alessandro Quaroni, bestätigte, daß 15 bis 20 Personen unter Führung eines hohen Beamten des libyschen Außenministeriums das verlassene britische Botschaftsgebäude betreten hätten. Die USA haben andere Staaten dazu aufgefordert, ihre Haltung gegenüber Libyen zu überprüfen. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, daß auch andere Regierungen sich entschlossen hätten, der libyschen Politik „wirksame Opposition“ entgegenzusetzen.

## Im traditionell linken Katalonien schob sich der Bürgerblock nach vorn

Von ROLF GÖRTZ

Wie im Baskenland, so setzte sich auch bei den Landtagswahlen am Sonntag in Katalonien die bürgerliche Rechte durch. Die in Madrid regierenden Sozialisten blieben weit abgeschlagen auf Platz zwei.

Mit den Stimmen des von der sozialistischen Regierung enttäuschten Kleinbürgertums konnte die bürgerliche Konvergenzpartei (CiU) ihren Stimmenanteil gegenüber den Bundeswahlen 1983 von 26 Prozent auf 46,6 Prozent erhöhen. Sie erhielt mit 72 von 135 Sitzen die absolute Mehrheit im katalanischen Landtag in Barcelona.

Die Sozialistische Partei (PSOC/PSOE) kam zwar mit 30,6 Prozent wesentlich weiter als bei den ersten Landtagswahlen 1980; gegenüber den Bundeswahlen von 1982 aber verlor sie 9,4 wichtige Prozentpunkte (41 Sitze). Enttäuscht zeigte sich aber auch die konservative Volksallianz (CP) der Madrider Oppositionssprecher Fraga Iribarne. Sie profitierte kaum von den Verlusten der Sozialisten und verfehlte die angestrebten 12 Prozent. Die katalanische Version der Volksallianz mußte sich mit nur 7,7 Prozent und 11 Sitzen im Parlament begnügen.

Auch die prosozialistische Kommunistische Partei Kataloniens (PSUC) hoffte vergebens, unzufriedene Sozialisten – des linken Flügels – auf ihre Seite ziehen zu können. Sie erhielt mit 5,9 Prozent Stimmenanteil 6 Sitze. Die Uneinigkeit im kommunistischen Lager Spaniens wird die Partei auf lange Zeit hinaus lähmen. Die republikanische Katalanen-Partei ERC pendelte sich auf 4,3 Prozent und 5 Sitze ein. Die Beteiligung der 4,4 Millionen Wähler Kataloniens entsprach mit 64 Prozent den Landtagswahlen.

Das Wahlergebnis in Katalonien läßt klare Ermüdungserscheinungen der sozialistischen Regierung in Madrid erkennen. Obwohl die PSOE ihre erste Garnitur aus Madrid in den Wahlkampf schickte und obwohl ein kämpferischer Ministerpräsident (Felipe González) das Risiko einging und sich gewissermaßen selber auf den Prüfstand stellte, blieben die Sozialisten weit unter ihrem gesteckten Ziel. Die vom sozialistischen „Wechsel“ Enttäuschten wählten den Weg des pragmatisch-bürgerlichen Landesmi-

nisterpräsidenten Jordi Pujol. „Das ist unsere Stunde! Jetzt müssen wir Madrid auffordern, seine Politik gegenüber den autonomen Regionen Spaniens zu ändern“, jubelte in seiner Landeshauptstadt Vitoria der vor kurzem ebenfalls wiedergewählte Ministerpräsident des Baskenlandes – auch er ein bürgerlicher Pragmatiker.

Aber während die baskische Nationalistenpartei PNV – der Name spricht für ihr Programm – die separatistische Los-von-Madrid-Bewegung meint, sieht sein katalanischer Kollege Jordi Pujol im Durchbruch der CiU zunächst einmal den Sieg des bürgerlichen Lagers.

Der Nationalismus der Katalanen sieht wesentlich gemäßigter aus. Wenn Jordi Pujol von einer „Katalanisierung Spaniens“ spricht, dann will er damit die Charaktereigenschaften der Katalanen – Geschäftssinn und bürgerliche Strebsamkeit – dem historischen, oft pessimistischen Idealismus Kastiliens entgegenhal-

ten. Ganz im Gegensatz zum baskischen Lendakari (Landesministerpräsident) Garikotxea spricht Jordi Pujol von einer Landespolitik „auch zum Wohle von ganz Spanien“.

Der Bankier Pujol repräsentiert die gemäßigte rechte Mitte. Sein überraschend hoher Wahlsieg bedeutet eine historische Absage an die Linke in einer Region Spaniens, die bisher eigentlich immer links wählte. Damit sind nach Ansicht vieler Beobachter aber auch die Weichen für die Entwicklung der bürgerlichen Opposition in ganz Spanien gestellt. Die Alianza Popular Fragas (AP), mit Abstand die stärkste bürgerliche Partei Spaniens, kann ohne die bürgerlichen Parteien des Baskenlandes und Kataloniens niemals die sozialistische Regierung in Madrid ablösen (nächste allgemeine Wahlen 1986). In der politischen Praxis wird sich die Fraga-Partei deshalb auf die liberalen „Reformisten“ des katalanischen Politikers Roca als Bindeglied zum katalanischen Bürgertum einstellen müssen. Im Madrider Parlament wurde Roca Koalitionsmitglied von den mehr konservativen Kräften der Alianza Popular bisher abgelehnt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die katalanische Landtagswahl den sozialistischen Vormarsch in Spanien stoppte, deshalb aber nicht die entschieden konservativen Rechte begünstigte. Der Wähler sprach sich mehr für ein gemäßigtes Bürgertum aus. Auf diesen neuen Trend hatte sich die rechte Opposition der Volksallianz schon vor den katalanischen Wahlen eingestellt und ihrerseits eine Politik der rechten Mitte betrieben. Sie wird also nicht ihr politisches Programm ändern, sondern Umstellungen in ihrer Führung vornehmen.

Politiker und Kommentatoren sowohl der Rechten als auch der Linken sind sich einig, das gespannte Verhältnis zwischen Bund und Ländern in Spanien neu zu regeln. Die „historischen“ Autonomiegebiete, also Katalonien, das Baskenland und Galicien, werden gegenüber den 14 anderen Ländern – ähnlich wie man es in Italien regelte – eine Sonderstellung einnehmen. Madrid wird ihnen tunlichst aber nicht mehr Kompetenzen zugestehen als sie bereits erhielten, sondern vielmehr versuchen, die Kompetenzen der übrigen Länder zu beschränken. (SAD)

### SPANIEN



Jordi Pujol, Ministerpräsident von Katalonien  
FOTO: CAMERA PRESS

## Shamir: Wir werden weiter siedeln

RS-DW. Jerusalem

Nach der Aufdeckung eines Attentats-Plans gegen mehrere Omnibusse eines arabischen Fuhrunternehmens durch die israelische Polizei, ist das Verhältnis Israels zu den besetzten Gebieten, insbesondere die Frage der jüdischen Besiedlungen, wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion im jüdischen Staat getreten. Der Wahlkampf zur Knesset verschärft die Auseinandersetzungen.

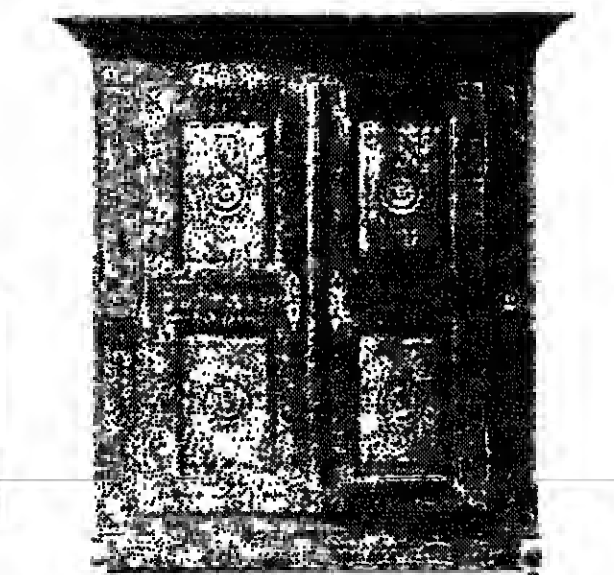
Ministerpräsident Shamir hat die Verletzung der Anschläge gewürdigt und zugleich jedoch deutlich gemacht, daß diese Ereignisse keineswegs Einfluß auf den Ausbau der Siedlungen in den besetzten Gebieten haben werden. Das Siedlungsprogramm werde ohne Abstriche durchgeführt, sagte der Premier. Auch Oppositionsführer Shimon Peres ist nicht bereit, die bestehenden jüdischen Siedlungen in Judäa, Samaria und im Gazastreifen aufzugeben. Während einer Wahlkampfrede im Jordan-Tal sagte Peres, dieses Gebiet sei für Israel von strategischer Bedeutung. Internationale Grenzen müßten noch ausgehandelt werden.

Die geplanten Anschläge auf die arabischen Busse haben in Israel Befürchtungen über eine Radikalisierung des politischen Klimas verstärkt. Nach Angaben der Polizei befinden sich insgesamt 15 verdächtige Israelis in Haft. Sie werden beschuldigt, an der Vorbereitung der Anschlagserie beteiligt gewesen zu sein. Nach einer Meldung des israelischen Fernsehens soll sich ein hochrangiger Verantwortlicher für die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten unter den Festgenommenen befinden. Nach Presseberichten soll zumindest ein Teil der Festgenommenen der Siedlungsbewegung Gush Emunim angehören.

Nach Angaben der Tageszeitung „Ma'ariv“ soll der israelische Nachrichtendienst der Terrorgruppe schon seit Jahren auf der Spur sein. Der bevorstehende Anschlag habe zum sofortigen Handeln und damit zur Festnahme eines Teils der Gruppe nötigt gemacht.

Jüdische Siedler in den besetzten Gebieten bezeichneten die Festnahmen als Provokation. Dadurch soll nach ihrer Meinung die gesamte Siedlungstätigkeit diskreditiert werden.

### Handwerkliche Möbel aus massiver Eiche nach historischen Vorbildern



Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14 bis 18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)

**Eichenmöbel Wilmsen**  
4400 Münster-Anschlüssen, Gewerbegebiet Möhlenfeld  
Schadowstraße, Telefon 025 61 / 5 80 88

## Heißer Tip für Ihre Zukunft

Können Sie als Dipl.-Ing. hervorragendes Wissen auf dem Gebiet der Wärmetechnik nachweisen? Dann können Sie vielleicht schon bald Ihrer Karriere ordentlich einheizen. Denn eine namhafte deutsche Engineering-Gesellschaft sucht einen erfahrenen Fachmann als Abteilungsleiter Industriefenbau.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 5. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT: Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

### DIE KAPITALANLAGE

#### Gut vermietete Eigentumswohnungen in Bad Lippspringe.

Das sollten Sie sich nicht entgehen lassen. Direkt am Teutoburger Wald bieten wir Ihnen attraktive Eigentumswohnungen zu einem Preis, der kaum zu unterbieten ist.

**Z. B.: 2-ZW, 74 m², für DM 114 000.-**

Wir können Ihnen eine hervorragende Finanzierung vermitteln, ohne zusätzliche Kosten. 5 % Zinsen, 5 Jahre fest, 93,75 % Auszahlung ohne Eigenkapital bis 100 % möglich.

Die Bundesrepublik Deutschland als sicherer Mieter. Sichern Sie sich Ihr Refugium für später: In einem anerkannten Kurort. Bis dahin profitieren Sie von den Mieteinnahmen.

Wir informieren Sie gerne. Besichtigung täglich möglich.

Wohnbau Bad Oeynhausen Grundstücksges. mbH & Co. KG  
- Frau Garen-Gr. Heide 31, 4970 Bad Oeynhausen 2  
Telefon: 05731/61103, auch Sa./So.

### Holland

zu verkaufen auf ruhiger geleg. Bungalowgelände: ein geräumiges LUXUS-LANDHAUS mit Garage und Reetdach, nahe IJsselmeer und Jachthäfen. Auf 1500 m² Eigengrund m. schön Garten u. Swimmingbad.  
Ausk.: Inst. Buro C. de Visser B. V., Nijlsteil. 25, NL-8211 AJ LELYSTAD

### SICHERE

## ANLAGE

Steuern sparen durch den Erwerb verm. Wohnungseigentums in 1. Lagen Hamburgs, z. B.:

ME bis DM 11,20/m²	
Hamburg 74, Bj. 63, 1 Zi., 37 m²	Kaufpreis DM 96 000.-
Hamburg 76, Bj. 69, 3 Zi., 69 m²	Kaufpreis DM 162 800.-
Hamburg 78, Bj. 69, 4 Zi., 61 m²	Kaufpreis DM 218 000.-
Hamburg 19, Bj. 71, 2 Zi., 48 m²	Kaufpreis DM 115 000.-
Hamburg 19, Bj. 71, 3 Zi., 63 m²	Kaufpreis DM 151 000.-

Nur junge, gesunde Bausubstanz ist von beständigem Wert.

Zinshäuser, junge Substanz, z. B. Bj. 71, 717 m² Wfl., Kaufpreis DM 1,58 Mio, Dachgeschoss (ca. 130 m² Wfl.) ausbaufähig.

Bitte ausführliche Informationen anfordern, Finanzierungsvermittlung bis 100%.

Aus Eigenbestand, daher keine Courtage!

**DOMIZIL Immobilien GmbH**

Ballindamm 38, 2000 Hamburg 1, Tel. 32 20 77

### SOLE-HEILBAD BAD RAPPENAU

im Neckar- und zwischen Neckar- und Stuttgart  
• Rheuma • Asthma  
• Psoriasis • Krampfadern  
Idealer Ruheort  
• Ideale Lage, Halbbau-Präzedenz  
• Sanatorium und Gellings  
• (auch vermietet)

**ETW am Kurpark und Finkenstraße**  
1½- bis 3-Zi.-Wg. ab DM 112 500.-

**Einfamilienhaus**  
124 m², Doppelgarage, DM 366 000.-

**Wohnbau H. Schrezenmaier GmbH & Co.**  
H. Schrezenmaier, 6620 Bad Rappennau

### KAPITALANLAGE IN DER SCHWEIZ

Wir bieten:  
- Sichere und risikolose Anlage  
- Sicherheit in Form von Liegenschaften  
- Mindestbetrag sfr 50 000.-  
- Laufzeit 5 Jahre  
- Zinssatz 8½ % fest, ab sfr 200 000.- auf Anfrage  
- Abwicklung durch ein renommiertes Anwalts- und Notariatsbüro  
- Überwachung durch eine in der ganzen Schweiz tätige Treuhandorganisation  
Auskunft erteilt:  
H. Schaad, Finanzberater  
Dornbaldenstr. 51  
CH-3627 Heimbühl  
Tel.-Nr. 00 41 35 37 89 13

**Baden-Baden**  
Neubau, 4-Fam.h. mit Fahrstuhl, Fertigstellung Ende 84, direkt am Centrum. Im Umkreis von 500 m Casino, Theater, Tennisanlage und Bäder, nur noch 2 Einheiten frei, 3 Zi., 124 m², 222 400.-, 2 Zi., 124 m², 222 400.-  
TREFFTE IMMOBILIEN BDM  
Tel. 041 93 / 78 02 oder 041 93 / 78 88

**Partnerschaftsinvestitionen**  
mit amerikanischen Bauunternehmen vermitteln wir eine faire und gewinnorientierte Immobilieninvestition.  
Laufzeit ca. 18-36 Monate.  
Dr. Gorbahn GmbH, Hauptstr. 102  
2896 Oyten, Tel.: 0 42 07 / 3 58  
Telefax: 0 42 07 / 3 58  
Partner für Kapitalanlagen seit 1976

Ingrid Maria Yabke: Vermögensberatung  
Interessenten: Vorkurs  
Zuschreibung unter 3 02/4 an  
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

**Bad Herrenalb**  
Bauplatz 8,90 ar, in schöner Hanglage zu verkaufen.  
Treuhandbüro  
BÜCKLE/BÜCKEL  
7100 Heilbronn, Berliner Platz 6  
Tel. 0 71 31 / 6 88 71

### SOLE-HEILBAD BAD RAPPENAU

im Neckar- und zwischen Neckar- und Stuttgart  
• Rheuma • Asthma  
• Psoriasis • Krampfadern  
Idealer Ruheort  
• Ideale Lage, Halbbau-Präzedenz  
• Sanatorium und Gellings  
• (auch vermietet)

**ETW am Kurpark und Finkenstraße**  
1½- bis 3-Zi.-Wg. ab DM 112 500.-

**Einfamilienhaus**  
124 m², Doppelgarage, DM 366 000.-

**Wohnbau H. Schrezenmaier GmbH & Co.**  
H. Schrezenmaier, 6620 Bad Rappennau

### KAPITALANLAGE IN DER SCHWEIZ

Wir bieten:  
- Sichere und risikolose Anlage  
- Sicherheit in Form von Liegenschaften  
- Mindestbetrag sfr 50 000.-  
- Laufzeit 5 Jahre  
- Zinssatz 8½ % fest, ab sfr 200 000.- auf Anfrage  
- Abwicklung durch ein renommiertes Anwalts- und Notariatsbüro  
- Überwachung durch eine in der ganzen Schweiz tätige Treuhandorganisation  
Auskunft erteilt:  
H. Schaad, Finanzberater  
Dornbaldenstr. 51  
CH-3627 Heimbühl  
Tel.-Nr. 00 41 35 37 89 13

**Baden-Baden**  
Neubau, 4-Fam.h. mit Fahrstuhl, Fertigstellung Ende 84, direkt am Centrum. Im Umkreis von 500 m Casino, Theater, Tennisanlage und Bäder, nur noch 2 Einheiten frei, 3 Zi., 124 m², 222 400.-, 2 Zi., 124 m², 222 400.-  
TREFFTE IMMOBILIEN BDM  
Tel. 041 93 / 78 02 oder 041 93 / 78 88

**Partnerschaftsinvestitionen**  
mit amerikanischen Bauunternehmen vermitteln wir eine faire und gewinnorientierte Immobilieninvestition.  
Laufzeit ca. 18-36 Monate.  
Dr. Gorbahn GmbH, Hauptstr. 102  
2896 Oyten, Tel.: 0 42 07 / 3 58  
Telefax: 0 42 07 / 3 58  
Partner für Kapitalanlagen seit 1976

Ingrid Maria Yabke: Vermögensberatung  
Interessenten: Vorkurs  
Zuschreibung unter 3 02/4 an  
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**  
Luxuriöses Penthouse im Moisanette-Stil sofort beziehb., komplett möbliert - 140 m² Wfl., 100 m² Terrasse - 3 Schlafzimmer - 2 Badezimmer - Wohn-/Arbeitszimmer - Küche - Hotel-service  
CENTRAL HOTEL MÜNCHEN  
Schwanthalerstr. 111  
Tel. 0 89 / 50 60 81  
Telefax 5 21 60 31

**Baden-Baden**







## ENNIS

Faßbender soll  
bundestrainer der  
Damen werden

H.-J. POHMANN, Bonn  
Mal trainiert der deutsche Frisör im panischen Marbella, mal geht er in die badische Provinz, um Zuschauer in seinen Bundesliga-Klub TC Karlsruhe-Rüppur zu werben. Dann trainiert er die besten Herren des Landesverbandes Baden für deutsche Meisterschaften oder spielt den Umherirrer für Kunden seiner Verlagsfirma FILA im Laver-Bacquet-Lub in Delray-Beach Florida. Ein Jansdampf in allen Gassen, dieser Jürgen Faßbender (35), einer der besten Tennisspieler des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) nach dem Kriege. Jetzt erwartet ihn eine neue Aufgabe: Als Coach und Kapitän soll er die deutsche Damen-Nationalmannschaft beim Federation-Cup, der inoffiziellen Mannschaftsweltmeisterschaft, in São Paulo (16. bis 22. Juli) betreuen.

Ohne Zweifel, das ist ein kluger Schachzug des DTB, obwohl er aus einer Art Hilfslosigkeit entstand. Am 5. April hatte sich der Sportausschuß des Verbandes in Hannover getroffen, um über den Nachfolger des ehemaligen Damen-Bundestrainers Klaus Hofstätt zu sprechen. Mehr oder weniger durch Zufall fiel der Name Faßbender. Er sei ein Spieler, der über große Routine und Erfahrung verfüge und den man einmal in die Verantwortung nehmen kann. Also setzte sich Sportdirektor Günter Sanner als Telefon und sprach mit dem Doppel-Spezialisten (zusammen mit dem Autor dieses Berichts 1975 im Halbfinale des Turniers von Wimbledon, d. Red.).

Faßbender sagte spontan zu, die deutschen Damen erhalten einen qualifizierten Betreuer. So trainierte faßbender in seiner aktiven Zeit auch war, so hat trainiert er heute mit seinen Schülern. Überbittelt hat er seine Trainingspartner mit Methoden über den Platz, die er anderthalb Jahrzehnte lang auf allen Turnierterrassen in der Welt kennengelernt hat. Dabei hat er sich ein Tenniswissen angeeignet, das die oft zitierten „neuen hochwissenschaftlichen Tenniskenntnisse“ wie Comics erscheinen läßt. Auch sein spielerisches Können reicht immer noch aus, die Damen halb aus dem Stand im Karussell herumlaufen zu lassen.

Der DTB scheint einen Glücksgriff getan zu haben, obwohl Sanders bisher lediglich mit der sechsten im Meniskus operierten Eva Pfaff über die Verpflichtung Faßbenders gesprochen hat. Doch hier will der DTB, so Sanders „im Zukunftswissen eine harte Linie fahren und nicht mehr um die Zustimmung jedes Aktiven buhlen“. Dennoch ist noch eine Frage offen: Sanders hat mit Faßbender noch nicht über die finanziellen Konditionen gesprochen. Der Sportdirektor geht noch davon aus, daß Faßbender die Trainingswoche vor dem Cup-Wettbewerb in São Paulo kostenlos absolviert. Denn schließlich „steigt der Wettbewerb von Faßbender durch die Aufgabe mit dem DTB nicht unerheblich“ (Sanders). Eine zweifelhafte Einstellung. Warum sollte Faßbender, dessen Terminkalender über das ganze Jahr ohnehin gefüllt ist, seine Dienste dem DTB umsonst anbieten?

## STANDPUNKT

## Lächerlich

Der Deutsche Tennis-Bund – ein Verband der unsinnigen Extreme? Die Funktionäre haben recht, wenn sie Spieler kritisieren, die nur den Ehrgeiz kennen, vorab zu rufen, um dann erst so langsam mit der sportlichen Arbeit zu beginnen. Das ist eine Ursache dafür, daß es hierzulande keine Weltklassenspieler gibt. Aus dieser Kritik aber ableiten zu wollen, ein Trainer habe erst einmal umsonst eine deutsche Mannschaft zu betreuen, ist unsinnig. Was von Faßbender erwartet wird, kann nur Kopfschütteln hervorrufen. Noch dazu, weil es hier um die deutschen Damen geht. Die sind nämlich Weltklasse. Ein Trainer, der für Wert beifunden wird, sie zu betreuen, kann nicht wie Hobby-Trainer vom TC Kleinkleckersdorf behandelt werden.

Die Baukosten von etwa 81 Millionen Mark werden etwa zu gleichen Teilen vom Bund und vom Land Rheinland-Pfalz getragen, das mit 90 Prozent Anteilen neben dem Landkreis Ahrweiler auch der Träger der neuen Nürburgring GmbH ist. Obwohl die neue Gesellschaft von der öffentlichen Hand getragen wird, hat die strenge Auflage, kostendeck-

## FUSSBALL / Mönchengladbach im Pokalfinale – 5:4-Sieg über Bremen

Neun Tore, Verlängerung und fast  
Abbruch wegen Tränengasbomben

DW, Mönchengladbach  
Ist es wirklich Glück in einer nun schon fast ungläublichen Häufung? Oder haben die Fußball-Profis von Borussia Mönchengladbach sich zu Weltmeistern von Treffern in letzter Minute entwickelt? Was im Halbfinale des deutschen Pokals gestern in Mönchengladbach geschah, sucht seines gleichen: 3:1 führte die Mannschaft von Jupp Heynckes bereits gegen Werder Bremen in der 76. Minute. Innerhalb von vier Minuten erreichten die Bremer eine 4:3-Führung. Und in der letzten Minute schaffte Crüzens dann den Ausgleich, erzwang mit seinem Treffer eine Verlängerung, in der er dann auch der Sieger zum 5:4 wurde. So ist Mönchengladbach der erste Teilnehmer des Pokalfinales, das am 31. Mai in Frankfurt ausgetragen wird. Der Gegner wird heute abend (20.00 Uhr) im Spiel zwischen Schalke 04 und Bayern München ermittelt.

Dieses kaum hochklassige, aber dramatische Spiel stand in der 65. Minute kurz vor dem Abbruch. Da flog eine Tränengasbombe – geworfen offensichtlich aus einer Gruppe Bremer Fans – auf das Spielfeld. Als sich der Rauch verzogen hatte, lagen die Gladbacher Sude und Rahn sowie der Bremer Sida am Boden, sie konnten für kurze Zeit nichts mehr sehen. Auch die Zuschauer waren betroffen. Nach einer Pause von fünf Minuten ließ Schiedsrichter Hontheim weiterspielen.

Mönchengladbach, immer noch ein Anwärter auf die Meisterschaft dank seiner Tore in den letzten Minuten (gegen Frankfurt, Mannheim und Kaiserslautern) tat sich schwer gegen ein Bremer Team, das ohne die Stammspieler Voller (gesperrt), Pezzey (Spiel mit der österreichischen Nationalmannschaft) und Okudera (verletzt) antreten mußte. So kam der

fast 40 Jahre alte Klaus Fichtel noch einmal zum Einsatz – und auch Assistententrainer Kamp (37), nachdem sich Gruber in der 18. Minute verletzt hatte.

Der Mann des Spiels, in dem die Mönchengladbacher zum dritten Mal nach 1960 und 1973 ein Pokalfinale erreichten, war zweifellos Franz-Jörg Crüzens, der die beiden wichtigsten Treffer seiner noch jungen Karriere als Auswechselspieler erzielte.

Mönchengladbach: Sude – Bruns – Ringels, Hannes, Herlovsen – Matthias, Rahn, Schäfer (80. Borowka), Frontzeck – Mill, Lienen (80. Crüzens). – Bremen: Burdack – Fichtel – Schaaf, Gruber (18. Kamp / 78. Ordenszewitz), Otten – Möhlmann, Sida, Siegmann, Meier – Reinders, Neuberth – Schiedsrichter: Hontheim (Trier). – Zuschauer: 34 500 (einsverkauft). – Tore: 1:0 Matthias (40.), 1:1 Meier (42.), 2:1 Ringels (44.), 3:1 Rahn (76.), 3:2 Möhlmann (77.), 3:3 Sida (80.), 3:4 Reinders (81.), 4:4 Crüzens (85.), 5:4 Crüzens (112.). – Gelbe Karten: Ringels – Siegmann.

## RADSPORT

Anderson ein  
großer Sieger  
in Frankfurt

KLAUS BLUME, Frankfurt  
Der holländische Teamchef Peter Post hat am Abend vor dem Rennen gesagt: „Seit der Flandern-Rundfahrt hat unsere Mannschaft nicht mehr gewonnen. Es wird Zeit, daß es bei einem wichtigen Rennen wieder klappt.“ Vor 300 000 Zuschauern auf den 227 Kilometern des deutschen Welpokal-Rennens „Rund um den Henninger Turm“ klappte es für das holländische Panasonic-Team. Mit 25 Sekunden Vorsprung vor dem gesamten Feld siegte der lebende Australier Phil Anderson. Zweiter wurde im Sprint sein junger belgischer Teamkollege Eric Vanderaerden vor dem großen irischen Favoriten Sean Kelly. Doppelsieger also für das Post-Team und ein großer Sieger am Henninger Turm, denn der Australier gehört mittlerweile seit drei Jahren zu den besten Radprofis der Welt.

Es war aber auch das Rennen dieser Männer: Leon Nevels (22) und Gerard Verschollten (24) aus Holland. Am Vormittag, auf der ersten Fahrt durch den Tannus, hatte sich Nevels vom kleinen holländischen Team „Auto Brabant“ ganz allein auf die Fahrt über die steilen Berge gemacht. Auf dem fast 800 m hohen Feldberg lag links und rechts der Straße noch Schnee als Nevels seine einsame Parforce-Jagd absolvierte. Beinahe zehn Minuten Vorsprung hatte Nevels. Nach 80 Kilometern Alleinfahrt wurde er wieder eingeholt.

„Vielleicht sorgen wir noch einmal für Unterhaltung“, sagte der holländische Teamchef Peter Post, als es bei Sonne aber mitunter kräftigem Gegenwind durch die Rheinebene ging, und die Attacken vor den nächsten steilen Tannusbergen begannen. Gerard Verschollten, ein 24-jähriger Holländer aus dem Team von Post, versuchte nun sein Glück in einer Alleinfahrt. Zweieinhalb Minuten Vorsprung hatte der junge Mann, bevor es auf den gefährlichen Mammelsbühner Berg ging, wo 150 m lang eine extreme Steigung von 25 Prozent überwinden werden mußte. Das war zuviel für Gerard Verschollten und das Ende seiner Flucht.

Der Belgier Claude Criquelion (24), im Vorjahr Weltmeisterschaftsfünfter und beim Henninger-Rennen 1983 Elfter, attackierte nun vehement, doch auch er kam nur bis an die Stadtgrenze von Frankfurt und wurde dann vom Feld wieder geschluckt. Die Stadtgrenze von Frankfurt war auch das Ende aller Bemühungen des einzigen deutschen Weltklasse-Fahrs Gregor Braun. Über Funk wurde der Materialwagen seines Teams „La Redoute“ gerufen, um einen Vorderradschaden zu beheben. Doch kein Mannschaftskollege wartete auf den Fahrer, um ihn auf dem holprigen Pfister der Mainzer Landstraße wieder an das schnell entleerte Feld heranzuführen.

Winter Schlittenhunde-Rennen und während der Woche etwa 30 Fahrerlehrgänge pro Jahr. Fest geplant ist ein Automobilmuseum, in Aussicht genommen die Einrichtung eines Bundesleistungszentrums Motorsport.

Brix wies Kritik am Verkauf von bisher neun Kurven der Rennstrecke an Firmen zurück. Die Kurven sollen künftig den Namen der Firmen führen. Dies sei ein Teil der Bemühungen, ohne Steuergelder und dennoch zuschauerfreundlich zu kalkulieren. Ein Beispiel: Beim Großen der Mai kostet die Eintritts-Mark. Darin sind zwei Marktbühnen enthalten, die aus organischen Gründen nicht mehr kassiert werden soll.

## „Vor dem Sturm“: Serie nach Fontanes Roman

## Die Geburt einer Idee

Theodor Fontanes Roman „Vor dem Sturm“ wurde nach einem Drehbuch von Herbert Asmodi und unter der Regie von Franz Peter Wirth („Die Buddenbrooks“) in einen anderen künstlerischen Aggregatzustand versetzt – den des Fernsehspiels. Unnötig zu sagen: unter beträchtlichem finanziellen und zeitlichem Aufwand. Fontane gab seinem Manuskript den Untertitel „Roman aus dem Winter 1812 auf 13“. Ein historisches Ereignis bildete den Hintergrund.

Um die Jahreswende 1812 ging Napoleons „große Armee“ auf ihrem Winterrückzug aus Rußland zugrunde. General York, Befehlshaber eines preussischen Hilfskorps, miß-

aus der das Buch erwuchs“, in der Fernsehadaptation zur Geltung?

Franz Peter Wirth: „Ich glaube, wir sind Fontane treu geblieben. Der Roman ist für uns viel mehr gewesen als nur der Ausgangspunkt für eine Serie, die sich mehr oder weniger selbstständig. Wir konnten von der präzisen Handlungsführung und den klar gezeichneten Figuren profitieren. Daß angesichts eines 640-Seiten-Romans einige Handlungsstränge ausgelassen und Nebenfiguren reduziert werden mußten, ist klar.“

Nach Fontanes Ansicht sollte ein historischer Roman ein getreues Abbild jener Zeit sein, der wir selbst angehören, zumindest aber die Widerspiegelung eines Lebens, an dessen Grenze wir noch gestanden haben. Erzählerische Genauigkeit war ihm durch Autorenphantasie nicht ersetzbar. Als er 1866 die ersten Entwürfe zu „Vor dem Sturm“ verfaßte, konnte er sich noch auf Augenzeugenberichte stützen.

Wie kann man einem heutigen Zuschauer Begriffe wie Treue, Vaterland, Dienen und Gehorsam im damaligen Selbstverständnis nahebringen? Franz Peter Wirth: „Fontanes Erzählweise verdankt die Figuren eine solche Lebensnähe und Lebendigkeit, daß diese Begriffe nicht wie aufgesetzte Phrasen wirken, sondern glaubwürdig in ihrer Haltung verwurzelt sind. Mit Hilfe dieses Autors gelingt ein Rückgriff auf deutsche Geschichte ohne das verlogene Heldentum des späteren Historismus. Bei Fontane gibt es keine glänzenden Siege. Der Überfall auf Frankfurt an der Oder scheitert. Fontane weiß sehr genau zu differenzieren: Einerseits respektiert er ehrenhafte Motive, die zu bestimmten Handlungen führen, andererseits zeigt er, mit welchen Opfern der Krieg verbunden war.“

Appropo Frankfurt an der Oder. Die Dreharbeiten fanden in der Umgebung von Prag und in den Barrandov-Filmstudios der CSSR statt. Bei der Osterfilmer DEFA boten sich zum

Verfilmung wohl einverstanden gewesen wäre? Dieter Meichner, Produktionsleiter des NDR, der in Koproduktion mit stern tv und in Zusammenarbeit mit Technisonor Paris das Werk ermöglichte: „Wenn der Reichtum an deutscher Literatur, den wir besitzen, sich in einer immer kleiner werdenden Anzahl von Köpfen spiegelt, wäre das verhängnisvoll. Der Impetus all unserer Bemühungen bleibt: aus Zuschauern Leser zu machen.“ GERDA H. LOTTMANN



Schwärmt vom Heldentum: Daniel Wozniak als Lewin FOTO: TELERUK

erwünschten Zeitpunkt keine Realisierungsmöglichkeiten. So mußte mit einer etwas schmal geratenen Oder und einer auf Glas gemalten Stadtsilhouette des alten Frankfurt vorliegend genommen werden. Nach 102 Drehtagen, wovon 30 den Einsatz des Spritzwagens zur Herstellung von Kunstschnee nötig machten, fiel die letzte Klappe. Sechzehn deutsche, drei französische, neunzig tschechische Darsteller sowie 2300 Komparsen hatten mitgewirkt, sechzig Mitarbeiter zählte der Drehstab, 6,5 Millionen DM betrug der Etat.

Ob Fontane mit dieser Literaturverfilmung wohl einverstanden gewesen wäre? Dieter Meichner, Produktionsleiter des NDR, der in Koproduktion mit stern tv und in Zusammenarbeit mit Technisonor Paris das Werk ermöglichte: „Wenn der Reichtum an deutscher Literatur, den wir besitzen, sich in einer immer kleiner werdenden Anzahl von Köpfen spiegelt, wäre das verhängnisvoll. Der Impetus all unserer Bemühungen bleibt: aus Zuschauern Leser zu machen.“ GERDA H. LOTTMANN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.25 Sessantstraße 11.00 Topgeschau 11.05 Folge Gesellschaft – Beschränkte Koffnung Sittliche Komödie	11.45 Ueckman 12.10 Liebesheute oder Notete? 13.00 Topgeschau
14.00 Topgeschau 14.10 Holmoway Leben neben dem Krater Reportage über die isländische Westmännerinsel 10 Jahre nach dem Vulkanausbruch Rainer Hoffmann flog im Sommer 1982 auf die zu den südöstlichen Westmännerinseln (Vestmannaeyjar) gehörende Insel Holmoway. Im Januar 1973 war die kleine Insel und die 5300 Einwohner-Gemeinde Vestmannaeyjar von einem plötzlichen Vulkanausbruch überrascht worden.	14.00 heute 14.04 Interview Peter kämpft mit den Halbwürmern anschl. heute-Schlagzeilen 14.05 Kompass Ein Lexikon mit Bildern und Berichten – Oberflächen (I) 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Miniatur Zu Gast: Die Gruppe Le Clou 17.50 Briefwechsel Die acht Schwärmer des Donau Eine kleine Varietétruppe kommt nach Sweetwater und sorgt in dem Städtchen für Aufregung. Die Artisten mieten sich in Movericks Saloon ein, um dort ihre Vorstellungen zu geben. Der Zauberkünstler Molloy überredet durch seine verblüffenden Tricks das Publikum, heute-Schlagzeilen
17.50 Topgeschau 18.00 Regionalprogramme 21.00 Topgeschau 21.15 Vor dem Sturm (I) Von Theodor Fontane Nach einem Drehbuch von Herbert Asmodi In Berlin-Berwitschungen geht es hoch her; es gibt nur ein Thema: Die „Große Armee“ ist in Rußland geschlagen worden; ihre armenigen Reste, Hungernde, Versetzte, kehren aus dem eigenen Osten zurück. Die Zeit scheint reif, sich vom russischen Joch zu befreien. Am Sturmtag fächeln die Bürger, Nebenbarn, im studentischen Zirkel „Kastoff“, debattieren sich schweigend über die Politik und die Literatur und schmiedet Pläne für das bevorstehende Weihnachtsfest.	17.50 heute 18.00 Topgeschau 18.15 Megazilla SED-Forderungen unakzeptabel! Washington: Abrüstungspolitik! Aus Ost-Berlin über Afghanistan in die Freiheit Moderator: Gerhard Löwenthal 21.00 Der Donner-Club Das Gift der Kobra 21.45 heute-journal 22.00 heute-journal – 7 aus 88 22.10 Heute sehen Laski – der katholische Blindenzentrum in Polen. Film von Gerhard Müller 22.55 Haus Exzellenz Von Nenad Djapic Kenn, der „Held“ dieses Films, ist polnischer Aristokrat, dessen Verbrechen noch nicht abgeschlossen ist. Zusammen mit vielen anderen Männern aus allen Teilen der Welt, die sich wie er im gleichen Schwebezustand zwischen Abschiebung und Anerkennung befinden, wurde er vom Staat in einer Art Pension untergebracht.
21.45 Bräunpunkt Loreley in Tokio – Deutsche Leistungsschau in Japan 22.30 Topgeschau 22.50 Brigitte Bardot – So wie sie ist (5) 2.00 Topgeschau	21.00 heute 21.15 Megazilla SED-Forderungen unakzeptabel! Washington: Abrüstungspolitik! Aus Ost-Berlin über Afghanistan in die Freiheit Moderator: Gerhard Löwenthal 21.00 Der Donner-Club Das Gift der Kobra 21.45 heute-journal 22.00 heute-journal – 7 aus 88 22.10 Heute sehen Laski – der katholische Blindenzentrum in Polen. Film von Gerhard Müller 22.55 Haus Exzellenz Von Nenad Djapic Kenn, der „Held“ dieses Films, ist polnischer Aristokrat, dessen Verbrechen noch nicht abgeschlossen ist. Zusammen mit vielen anderen Männern aus allen Teilen der Welt, die sich wie er im gleichen Schwebezustand zwischen Abschiebung und Anerkennung befinden, wurde er vom Staat in einer Art Pension untergebracht.

## Gegendarstellung

In Ihrem Bericht vom 31. 10. 1983: „BR: Wie sich eine verpetzte Drehreise zum Politikum entwickelte“ stellen Sie verschiedene Tatsachenbehauptungen auf, die falsch sind.

So behaupten Sie u. a.: „Redakteur Dieter Kuhr... überwarf sich vor Ort mit seinem Regisseur Helge Cramer, daß er die Reise kurzfristig abbrach.“

Diese Behauptung ist unwahr. Tatsache ist, daß ich nicht als Regisseur des Herrn Kuhr engagiert, sondern als Autor des Beitrages an den Dreharbeiten beteiligt war.

Unrichtig ist weiter die Behauptung, daß die Dreharbeiten aufgrund eines Zerwürfnisses mit mir von Herrn Kuhr abgebrochen wurden. Vielmehr ist der Abbruch darauf zurückzuführen, daß Herr Kuhr sich dem ortsansässigen Mitarbeiter des Projekts (Fahrer, Dolmetscher, blinde) ablehnend gegenüberstellte. Das ist das, was ich als Autor des Beitrages feststellen möchte.

Sie behaupten: „Noch weiter links als Kuhr plazierte, hat er in der Nürburger Hausbesetzerzone eine dubiose Rolle gespielt.“ Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ich Opfer

zungen führte, daß die übrigen Mitarbeiter ihre Mitarbeit einstellen.

Sie behaupten weiter: „Soweit sich aus den Äußerungen... Cramers herauslesen läßt, hat sich Kuhr über einen deutschen Professor geäußert, der in dem westafrikanischen Staat als Regierungsberater aufgetreten war und etliche Änderungen des Drehbuches forderte.“

Diese Behauptung ist falsch. Aus keiner meiner Äußerungen läßt sich herauslesen, daß Herr Kuhr sich über einen deutschen Professor deswegen ärgerte, weil dieser Änderungen des Drehbuches forderte. Vielmehr habe ich in meinen Äußerungen eindeutig festgestellt, daß der Ärger zwischen Herrn Kuhr und dem als orts- und sachkundigen Wissenschaftler von der Redaktion um Unterstützung gebetenen Professor darauf zurückzuführen war, daß dieser die Einhaltung fest vereinbarter Interviewtermine mit iverischen Ministern forderte, die Herr Kuhr nicht zugestehen wollte.

Sie behaupten: „Noch weiter links als Kuhr plazierte, hat er in der Nürburger Hausbesetzerzone eine dubiose Rolle gespielt.“ Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ich Opfer

einer Hausbesetzung geworden bin. In der Hausbesetzerzone habe ich nie eine Rolle gespielt.

Sie behaupten weiter: „(er hat) in Nordrhein-Westfalen für politischen Wirbel gesorgt, als er mit einem Team in ein dortiges Gefängnis zog, um die Nürburger Massenverhaftungen nachzustellen.“

Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ich bei meinen Aufnahmen in der JVA Heinzberg in Nordrhein-Westfalen nicht die Nürburger Massenverhaftungen „nachgestellt“, sondern den alltäglichen Vorgang der Strafvollzugsbeurteilung eines Inhaftierten aufgenommen habe.

Sie behaupten schließlich weiter: „Nun profitiert er vom aufgestauten Ärger gegen Kuhr, der seinen Mitarbeiter fristlos feuern wollte.“

Diese Behauptung ist falsch. Herr Kuhr wollte mich nicht fristlos feuern und wäre dazu auch nicht berechtigt gewesen. Herr Kuhr hat lediglich erklärt, daß er mich in der ihm unterstellten Abteilung nicht mehr beschäftigen wollte. Über meine Tätigkeit in anderen Abteilungen hat Herr Kuhr nicht zu bestimmen.

Helge Cramer

## MOTORSPORT / Der Nürburgring soll die „beste und schönste Rennstrecke der Welt werden“

## Die strenge Auflage: Kostendeckend arbeiten

der, Mainz  
Nach sieben Jahren Planung und zweieinhalb Jahren Bauzeit wird am 12. Mai die neue, verkürzte Nürburgring-Rennstrecke eröffnet. Sie ist genau 4542 Meter lang und hat 14 Kurven (sechs links, acht rechts) und elf Geraden, auf denen Geschwindigkeit bis zu 283 km/h möglich sein werden.

Die Baukosten von etwa 81 Millionen Mark werden etwa zu gleichen Teilen vom Bund und vom Land Rheinland-Pfalz getragen, das mit 90 Prozent Anteilen neben dem Landkreis Ahrweiler auch der Träger der neuen Nürburgring GmbH ist. Obwohl die neue Gesellschaft von der öffentlichen Hand getragen wird, hat die strenge Auflage, kostendeck-

end zu arbeiten. Zuschüsse aus Steuergeldern hat sie also nicht zu erwarten. „Man stelle sich die Reaktion etwa der Umweltschutzverbände vor“, sagte in Mainz Staatssekretär Wolfgang Brix, der Aufsichtsratsvorsitzende der GmbH, „wenn der Staat auch noch Autorennen subventionieren würde.“ Die Investition sei gemacht worden, um dem strukturschwachen Eifelraum zu helfen.

Das Ziel, den Nürburgring wieder zu einer internationalen Attraktion zu machen, soll nicht nur dadurch erreicht werden, daß man die Sicherheitsforderungen der Formel-eins-Fahrer (die seinerzeit die Krise des alten Nürburgrings hervorgerufen hatten) erfüllt hat. Der Ring soll darüber hinaus „die beste und schönste

Rennstrecke der Welt werden“ (Brix). Sein Vorteil: Für Veranstaltungen kann sowohl die neue Rennstrecke als auch die alte große Nordschleife, in Einzelfällen sogar beide zusammen, genutzt werden.

Die erste Großveranstaltung nach der Einweihung wird der Große Preis von Deutschland für Motorräder (25. bis 27. Mai) sein. Höhepunkt dieses Jahres verspricht dann der Große Preis von Europa des AvD für die Formel-1-WM (5. bis 7. Oktober) zu werden. Die Gesellschaft rechnet pro Jahr mit etwa einem Dutzend internationalen Großveranstaltungen und mehreren Dutzend nationalen Wettbewerben. Dazu können aus der Leichtathletik der Nürburgringlauf, Radsporthöhe, Veranstaltungen, im

Winter Schlittenhunde-Rennen und während der Woche etwa 30 Fahrerlehrgänge pro Jahr. Fest geplant ist ein Automobilmuseum, in Aussicht genommen die Einrichtung eines Bundesleistungszentrums Motorsport.

Brix wies Kritik am Verkauf von bisher neun Kurven der Rennstrecke an Firmen zurück. Die Kurven sollen künftig den Namen der Firmen führen. Dies sei ein Teil der Bemühungen, ohne Steuergelder und dennoch zuschauerfreundlich zu kalkulieren. Ein Beispiel: Beim Großen der Mai kostet die Eintritts-Mark. Darin sind zwei Marktbühnen enthalten, die aus organischen Gründen nicht mehr kassiert werden soll.

Marka von Ahrweiler







## Erste private Hochschule für Manager

AP, Koblentz

Die erste private „Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung“ der Bundesrepublik Deutschland soll am 1. Oktober in Koblentz mit 60 Studenten ihren Lehrbetrieb aufnehmen. Nach den Vorstellungen des „Stiftersverbandes Private Universität Koblentz“ sollen die Absolventen des Studienganges den Bedarf der Wirtschaft nach „verantwortlichen Führungspersönlichkeiten“ decken und „im positiven Sinne eine Elite darstellen“.

Der Verband unterhält die „Managerschule“ mit einem Stiftungskapital, das in der Endphase 25 Millionen Mark, ausschließlich aus Privatmitteln, betragen soll. Das Projekt wird zudem von der Industrie- und Handelskammer Koblentz finanziell gefördert. Der Antrag auf Genehmigung der Hochschule soll Anfang Mai dem Kultusministerium in Mainz vorliegen.

## Ausbildungsplätze: Kauf ist verboten

dpa, Bonn

Der Kauf von betrieblichen Ausbildungsstellen ist nach dem Berufsbildungsgesetz verboten. Darauf hat jetzt das Bundesbildungsministerium hingewiesen. Es reagiert damit auf das Vorgehen mancher Eltern, die über Zeitungsanzeigen Lehrstellen für ihre Kinder suchen und dafür bis zu einigen tausend Mark bieten.

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist jede Verpflichtung zur Zahlung eines Lehrgeldes oder einer Entschädigung an den Ausbildungsbetrieb für die Ausbildung rechtsunwirksam und nichtig. Etwa bereits gezahlte Beträge könnten, notfalls mit gerichtlicher Hilfe, zurückgefordert werden.

## Steuerreform: Entlastung schon im Jahr 1986

SPD fordert Schaffung von Arbeitsplätzen

GISELA REINERS, Bonn

Gut fünf Stunden tagte gestern das CDU-Präsidium im Bonner Kanzleramt, um über die von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegten Pläne für eine Steuerreform zu beraten. Anschließend beriet ein kleiner Kreis von Koalitionspolitikern noch mit Stoltenberg weiter. Heute werden der CDU-Fraktionsvorstand und die Fraktionen von CDU/CSU und FDP beraten, ehe sich morgen eine große Koalitionsrunde zur Erörterung der Vorhaben zusammenschießt. Es wird in Bonn davon ausgegangen, daß auf jeden Fall ein Programm zur steuerlichen Entlastung der Familien 1986, also noch vor Ende der Legislaturperiode, in Kraft treten wird.

Stoltenbergs Pläne für eine Reform sind nicht unumstritten, weder in seiner Fraktion noch in der FDP, von den Interessengruppen ganz zu schweigen. Die SPD-Opposition hat sich dafür ausgesprochen, die Reform der Lohn- und Einkommensteuern auf zugunsten eines Beschäftigungsprogramms drei Jahre aufzuschieben. Das wurde nach einer gemeinsamen Sitzung von SPD-Vorstand und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AGA) am Montag erklärt. Zwar sei eine Reform „unverzichtbar“, die gerade bei den Arbeitnehmern kommen die Progressionskurve abflacht“, doch sei es das „Gebot der Stunde“, die zur Verfügung stehenden Mittel in ein Programm zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu stecken.

Als wichtigste Aufgabe der Steuerpolitik sieht es AGA, mehr Steuergerichtigkeit zu schaffen. Auch müßten Schritte überlegt werden, „wie man das Versprechen aller Parteien, Zeiten der Kindererziehung in der Rentenversicherung zu berücksichtigen, verwirklichen kann“. In der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ bezeichnete

nete der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel Stoltenbergs Vorschläge als „Bükkettenschwindel“. Sie verletzten krasse die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit. Ihre Verwirklichung würde bedeuten, „daß derjenige, der monatlich 10 000 Mark verdient, um 600 Mark entlastet würde, daß aber ein Familienvater mit einem Einkommen von 2500 Mark nur um 61,50 Mark besser wegkäme“.

Die FDP reagierte schnell auf den AGA-Vorschlag. Der Abgeordnete Hans H. Gattermann warf der SPD vor, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nichts dazugelernt zu haben. Sie ignoriere die in der Vergangenheit gewonnene Erkenntnis, daß „Ausgabenprogramme keine nachhaltige Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bringen können“. Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) meldete sich vor den Beratungen noch einmal zu Wort. Er forderte „dringlich“ die Beseitigung der überhöhten Steuerbelastung mittlerer Einkommen, wobei Tarifreform und verbesserter Familienlastenausgleich in einem Schritt verwirklicht werden müßten. Da durch eine Fortführung der konsequenten Sparpolitik die Steuereinnahmen ohnehin steigen würden, solle auf eine Erhöhung anderer Steuern zur Finanzierung der geplanten Reform verzichtet werden. – Auch die AGA lehnt eine Anhebung von Verbrauchs- oder Mehrwertsteuern ab.

Stoltenberg hatte vorgeschlagen, ein Entlastungspaket von rund 25 Milliarden Mark ab 1986 fast zur Hälfte durch eine Herabsetzung von Tabak-, Brennwein- und Mineralölsteuer oder der Mehrwertsteuer um einen Punkt zu finanzieren. Ein 12-Milliarden-Paket ohne Kompensation könne schon 1986 in Kraft treten.

## Abriegelung des Wendlandes nicht gelungen

dpa, Lichow

Rund 4000 Kernenergiegegner aus dem gesamten Bundesgebiet haben am Wochenende an der vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg verbotenen Wendland-Blockade der Zufahrtsstraßen in das Gebiet Gorleben/Dragehn aus Protest gegen eine dort geplante Lagerung von Atommüll teilgenommen und den Verkehr für zwölf Stunden erheblich gestört. Insgesamt hatten die 1500 eingesetzten Beamten seit Beginn der Straßenblockaden am Montag Morgen mehr als 700 Menschen in Gewahrsam genommen – rund 500 Atomkraftgegner bereits im Morgengrauen aus einem Zeltlager in Gildes – sie in bis zu 30 Kilometer entfernte Orte gebracht und dort auf freien Fuß gesetzt. 25 Menschen wurden wegen Widerstandes und Nötigung vorläufig festgenommen, am Abend jedoch wieder freigelassen.

Der Blockadeausschuß der „Republik Freies Wendland“ betonte am Abend, mit dem stundenlangen „Katz- und Mausspiel“ sei die Absicht voll erfüllt worden, auf die Gefahren der Lagerung des Atommülls in Gorleben und der Wiederaufbereitungsanlage in Dragehn aufmerksam zu machen. Die Polizei erklärte hingegen, es sei nicht gelungen, das Wendland zwölf Stunden hermetisch abzuriegeln. Die Fraktion und der Landesverband der Grünen in Bremen bezeichneten die Gewahrsamnahme von 500 Kernkraftgegnern als „Massenverhaftung“.

Die Aktionsgemeinschaft Energie-sicherung und Kerntechnik hat die Blockade verurteilt. Die Blockade stelle in höchsten Maße einen Eingriff in die persönlichen Freiheiten der Bürger dar und habe nichts mehr mit dem verbrieften Demonstrationsrecht zu tun, hieß es. Seite 2: Baum ab – ja bitte!

## Für den Präsidenten war der „freie Markt“ eine Enttäuschung

ANDREW GLASS, Xian

Nach seinen Gesprächen mit führenden Politikern der Volksrepublik China am Ende vergangener Woche schlüpfte der amerikanische Präsident Ronald Reagan am Sonntag in die Rolle des Touristen. Begleitet von seiner Frau Nancy, flog er nach Xian, um die Wiege der chinesischen Kultur zu sehen und um einen Markt zu besuchen, auf dem die Händler ihre Waren, – betrifft von den Zwängen kommunistischer Wirtschaft – verkaufen dürfen. Der archaische Aspekt der Reise war ein großer Erfolg, aber der Vorstoß in den Kapitalismus chinesischer Provenienz ließ zu wünschen übrig.

Zuerst besichtigten die Reagans die etwa 7 000 lebensgroßen Statuen einer Armee, welche fünf Meter unter der Erdoberfläche begraben und vor rund zehn Jahren aus Tageslicht geholt worden waren. Geschaffen als Leibgarde für den Kaiser Qin Shi Huang, der das Land im dritten vorchristlichen Jahrhundert geeinigt hatte, wurden die Tonfiguren gemeinsam mit dem Kaiser begraben. Hatten die vorhergehenden Kaiser ihre Leibwachen mit in den Tod genommen, so bewachte Qin Shi Huang seine Leibwache vor diesem Schicksal. Stattdessen ließ er die 10 000 Kunsthandwerker, die die Statuen geschaffen hatten, töten und begraben. Robert McFarlane, der Berater des Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit und ein früherer Angehöriger der Marines, kommentierte das kaiserliche Gebaren so: „Dies (die Tonfiguren) stellte so etwas wie eine Verbesserung dar.“ Er begründete die Rettung der kaiserlichen Leibwache mit möglichen Rekrutierungsschwierigkeiten bei der früheren Praxis.

## Kaufinteresse gering

Die wenigen Meter zu dem Markt unter freiem Himmel, der direkt vor dem Tor aufgebaut worden war, legte das Präsidenten-Ehepaar in einer kugelsicheren Limousine zurück. Beim Kauf hielten sich die Reagans trotz des Angebotes, das unter anderem beschädigte Tonfiguren, handgenähte Westen, Windglockenspiele und Marionetten umfaßte, vorerst noch zurück. Auch die Begleitung des amerikanischen Präsidenten zeigte zu Anfang wenig Interesse an den Waren. Erst als die Fernsehreporter des Journalisten-Pools eintra-

fen, die in einer chinesischen Boeing die rund 1 000 Kilometer von Peking nach Xian zurückgelegt hatten, begann der Einkauf.

Als einer der ersten erwarb James Baker, der Stabschef des Weißen Hauses, eine kleine rote Weste für seine siebenjährige Tochter zu einem Preis von umgerechnet 7,50 Dollar. Da Baker kein chinesisches Geld hatte, halfen ihm zwei Reporter aus. Sie bekamen prompt ihr Wechselgeld zurück, als Richard Darman, der Sachbearbeiter des Präsidenten für Innenpolitik, das letzte Fünf-Cent-Stück dazu gab, da Baker nur eine Fünf-Dollar-Banknote und zwei Ein-Dollar-Scheine bei sich hatte. Auch sogenannte „Kunden“, die den Vorgang beobachtet hatten, eilten herbei. Aber chinesische Beamte beorderten sie auf ihre Positionen auf einer in der Nähe aufgebauten Bühne zurück.

## Marktszenen gedreht

Außenminister George Shultz und Arthur Hummel, der US-Botschafter in China, schlenderten gemeinsam mit ihren Ehefrauen über den Markt und kauften hier und da einige Kleinigkeiten. Ein Hauch von Markatmosphäre kam auf, als der US-Botschafter einen Stand verließ, ohne die Ware bezahlt zu haben. Aufgeschreckt durch das „He“ eines chinesischen Händlers, kehrte Hummel zurück und bezahlte. Ein Filmteam, das einen „Dokumentarfilm“ für die Wahlkampagne der Republikaner drehte, der auf dem Konvent der Republikaner im August in Dallas gezeigt werden soll, nahm die „Marktszene“ auf.

Das Präsidenten-Ehepaar besuchte alle Stände, zeigte aber erst Kaufinteresse, als sie den Stand des „Westenhändlers“ erreichten. Wo die Kameras aufgebaut waren, wie schätzten Sie den Kapitalismus in China ein?“, wollte ein Reporter von Ronald Reagan wissen. Die trockene Antwort des Präsidenten: „Er floiert“. „Glauben Sie, daß der Kapitalismus in China Zukunft hat?“, Reagan blieb die Antwort schuldig. Er zuckte nur mit den Schultern, als wollte er andeuten, daß er unter den gegebenen Umständen bereits zu weit gegangen sei.

„Warum kaufen Sie nichts?“ wollte ein anderer Reporter wissen. Die Antwort Nancy Reagans: „Das werden wir tun.“ Und auf die Frage, was

sie mit in die Vereinigten Staaten nehmen werde, erwiderte Nancy Reagan: „Etwas für den Weihnachtsbaum.“ In den Besitz des amerikanischen Präsidenten-Ehepaares gingen schließlich einige handgefertigte Ornamente aus Seide über. Der Präsident bezahlte mit einer kleinen Rolle chinesischer Banknoten, die er aus der Hosentasche fischte. Das Wechselgeld lehnte er ab.

Auf die Frage, welchen Eindruck er von den Leibwächern aus Ton habe, erklärte Reagan: „Es ist schwer, das alles auf einmal aufzunehmen. Ich werde daran noch sehr lange denken.“ Außerdem bemerkte der Präsident, daß die ebenfalls aus Ton gefertigten Pferde so realistisch ausgesehen hätten, daß man sie fast hätte satteln können. Als Reporter wissen wollten, wie sich die Pferde angefühlt hätten, antwortete Nancy Reagan: „Hart“. Und ihr Ehemann fügte hinzu: „Sie fühlen sich solide an.“

## Hilfe im Cockpit

Während der 80minütigen Autofahrt zum 58 Kilometer entfernten Flughafen Xian gab sich die Bevölkerung, die an Straßenrand stand, reserviert. Chinesische Beamte hielten die Menschen von der Strecke zurück.

Später, an Bord der Airforce One, erklärte Larry Speakes, der Sprecher des Präsidenten, daß mit der Rundreise der Airforce One zwischen Peking und Xian zum erstenmal ein Flugzeug eines amerikanischen Präsidenten auf einer innerchinesischen Strecke fliegen durfte. Präsident Richard Nixon nahm 1973 ein chinesisches Flugzeug nach Hangzhou und Shanghai. Präsident Gerald Ford hielt sich 1975 vier Tage nur in der Hauptstadt auf.

Speakes erklärte weiter, daß ein chinesischer Navigator und Funker im Cockpit ausgeholfen hätten. Im übrigen flog der Präsident mit einer Erstmaschine der Air Force zurück, weil die Amerikaner davon ausgegangen waren, daß eine ausreichende Wartung der Airforce One auf dem chinesischen Militärflughafen in der kurzen Zeit nicht hätte erfolgen können. Und zu dem Marktbesuch enthielt Larry Speakes, das Weiße Haus habe gehofft, daß der Präsident einen wirklich freien Markt in der Gegend hätte besuchen können, dies von den Chinesen aber abgelehnt worden sei.

## Leerung der Briefkästen nur noch mittags

dpa, Bonn

Die Post will die Leerung der Briefkästen auch am Vormittag weitgehend einstellen, nachdem der Wegfall der Nachlieferung bereits praktiziert wird. Ein Sprecher des Bundespostministeriums betonte, daß damit keinerlei Auswirkungen auf die Laufzeit der Briefsendungen verbunden sei. 90 Prozent aller Briefe träfen weiterhin einen Tag nach ihrer Einlieferung beim Empfänger ein.

Die Sortierung erfolge generell erst am Mittag, der Transport nachmittags und abends. Vormittagsleerungen sollten nur dort beibehalten werden, wo dies aus Betriebsgründen notwendig sei. Nach Angaben des Sprechers werden zwischen 9 und 12 Uhr bisher ohnehin nur an wenigen Orten der Bundesrepublik Deutschland Briefkästen geleert, und zwar in erster Linie, um Überfüllung zu vermeiden. Der Sprecher betonte, daß die Einstellung der Nachlieferung der Post jährlich 20 Millionen Mark Einsparungen brächte. An Bahnhöfen und Postämtern werde es jedoch auch weiterhin Nachlieferung geben.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Paterna sagte zu den Mittellungen des Postministeriums, die Dienstleistungen der Post würden durch die neuen Maßnahmen verschlechtert und die Laufzeit der Sendungen verlängert. Er will die Maßnahmen im Postausschuß des Bundestages und im Postverwaltungsrat zur Sprache bringen.

Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) hat in einem Gespräch mit dem „Kölner Stadtanzeiger“ angekündigt, die Post werde ihr Monopol für den Hauptanschuß beim Telefon aufgeben, sobald das geplante neue Übertragungsnetz für alle Fernmeldedienste ISDN (Integrated Services Digital Network) eingeführt sei. Dieser für Telefon, Computer, Bildkopierer und Fernschreiber gleichzeitig benutzbare Anschluß soll von 1987 an schrittweise in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden.

Die Postkunden könnten künftig ihre Telefonapparate auch bei privaten Unternehmen mieten oder kaufen. Der Anschluß werde jedoch nach wie vor von der Post bereitgestellt. Sie behalte das Übertragungsnetz. Das Telefon werde daran nicht mehr fest angeschlossen sein.

## Bekommt Genscher wegen Brodeßer „Denkzettel“?

Designer Generalsekretär in der FDP umstritten

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einen Monat vor dem FDP-Parteitag gibt es innerhalb der Freien Demokraten zunehmend Unmut über die Regelung der Nachfolge der nicht mehr für das Amt des Generalsekretärs kandidierenden Irmgard Adam-Schwartz. Für diesen Posten will Hans-Dietrich Genscher, der nach der Satzung als Parteichef das alleinige Vorschlagsrecht hat, Friedrich-Karl Brodeßer nominieren. Doch für die 400 Delegierten, die in Münster tomorrow eine neue FDP-Spitze wählen müssen, ist Brodeßer weitgehend ein Unbekannter. Bis heute hat es Genscher nämlich versäumt, seinen Kandidaten zumindest parteiintern bekanntzumachen.

Aber auch der ehemalige Staatssekretär im Düsseldorfer Innenministerium hat selbst praktisch noch keinen Kontakt zu den FDP-Gliederungen gesucht. Dabei hatte Genscher bereits vor einem Vierteljahr, am 29. Januar auf einer Vorstandsklausur in Heilbronn, die Nominierung des 52-jährigen offiziell angekündigt. Ironisch war bereits gefragt worden: Ist Brodeßer wie der legendäre Ministerialdirektor a.D. Edmund Friedemann Dräger vom Auswärtigen Amt nur ein Phantom?

## Vordenker gefragt

Vor diesem Hintergrund wird bei den Liberalen nicht ausgeschlossen, daß Genscher auf dem Parteitag einen „Denkzettel“ erhält. Seine Wiederwahl mit einem deutlich besseren Ergebnis als auf dem Berliner „Kampfparteitag“ im November 1982 nach dem Bonner Koalitionswechsel gilt zwar quer durch die Lager als sicher. So wird erwartet, daß Genscher problemlos die 70-Prozent-Marke erreicht. Vor zwei Jahren hatte er mit 222 Stimmen gerade etwas mehr als 50 Prozent erhalten. Aber aus gegenwärtiger Sicht kann Genscher Ärger bekommen, wenn er Brodeßer vorschlägt.

Insider halten es für möglich, daß der Kandidat des Parteichefs ein ähnlich schlechtes Ergebnis wie der nach der „Wende“ zur SPD übergewechsene frühere Generalsekretär Günter Verheugen erhält. Der hatte 1978, nachdem Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bei den Wahlen zum Präsidium am linken Flügel gescheitert war, nur nach einem Kraft-

akt („Mit der Faust in der Tasche“) des rechten Lagers mit knapper Not die erforderliche Mehrheit erhalten.

Bekannt ist und als unbestritten gilt, daß Brodeßer ein „hervorragender Verwaltungsfachmann“ (so zum Beispiel der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch) ist. Aber, so heißt es skeptisch, die FDP brauche neben dem bisherigen Bundesgeschäftsführer Rolf Berndt nicht einen zweiten für die Parteiorganisation zuständigen Fachmann. Benötigt werde vielmehr ein politischer und programmatischer Vordenker.

## Kritik der Julis

Hier hatte es in der Vergangenheit bereits Vorbehalte gegen Brodeßers Vorgängerin Irmgard Adam-Schwartz gegeben, die sich wegen des desolaten Zustands der FDP nach der Wende in erster Linie um eine Stabilisierung der Partei kümmern mußte. Bemängelt wird aber auch, daß der Rechtsanwalt aus Siegburg selbst in seinem Kreisverband Köln-Bonn praktisch so gut wie nicht in Erscheinung getreten ist.

Angesichts dieser Situation haben insbesondere die Jungen Liberalen (Julis) als FDP-Nachwuchsorganisation bereits mehrfach deutliche Kritik geübt. Sie kündigten schon öftentlich ihren Widerstand gegen einen „Ober-Bundesgeschäftsführer ohne politische Kompetenzen“ an und wandten sich gegen eine „programmatische Versorgungsmentalität“. Es dürfe nicht nur die Aufgabe des FDP-Chefs sein, Impulse für die innerparteiliche Diskussion zu geben.

Mehr noch: Die Julis haben Genschers Kandidaten bereits wiederholt schriftlich und telefonisch um eine erste Aussprache und ein Kennenlernen gebeten. Brodeßer hatte zwar seine „prinzipielle“ Bereitschaft bekundet, ein Gespräch aber von der Zustimmung des FDP-Chefs abhängig gemacht. Auf einen Brief vom 16. April, in dem der Juli-Vorsitzende Guido Westerweide Genscher deshalb darauf aufmerksam machte, daß „noch ihr Einverständnis nötig“ sei, hat dieser bisher nicht reagiert. So hieß es bei den Julis, die Innenminister als zehn Prozent der Delegierten in Münster stellen, bereits veräußert. Wenn der Brodeßer vor der Wahl nicht kennenlernen, wird er nicht gewählt.



Finanzieren Sie Ihren Bau mit uns. Dann haben Sie bereits beim Richtfest gute Gründe, stolz zu sein.

### Ihr persönlicher Geldberater empfiehlt:

Der wichtigste Grundstein Ihres Bauvorhabens ist die richtige Finanzierung. Deshalb sollten Sie rechtzeitig die Vorteile des Sparkasse-Baukredit-Programms und der Finanzierung aus einer Hand nutzen. Mit günstigen Konditionen und optimaler Nutzung von Steuervorteilen bieten Sparkassen und LBS einen kompletten Service.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse









## UNGARN

## Weniger Wirtschaftslenkung

**WOLFGANG FREISLEBEN, Wien**  
Einen weiteren Schritt in Richtung Marktwirtschaft setzte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Ungarn während seiner letzten Sitzung vor wenigen Tagen mit dem Beschluß, ab 1985 weitere Wirtschaftsreformen durchzuführen. Damit hat sich neuerlich jene Gruppe innerhalb der Parteiführung durchgesetzt, die eine Fortsetzung der zunächst schon

sollen die Konsumentenpreise allmählich durch den Abbau von staatlichen Subventionen entzerrt werden. Eine Korrektur der Lohnregulierung soll verhindern, daß nicht jene Unternehmen mit hohen Gewinnsteuern bestraft werden, die infolge höherer Effizienz ihre Löhne überdurchschnittlich erhöhen könnten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Unternehmen bei weitem kostenorientierter arbeiten als bisher. Dazu gehört auch, daß zwar die Gewinnsteuern gesenkt, dafür aber die Sozialversicherungsbeiträge angehoben werden, um einen sparsamen Arbeitskräfteinsatz zu erreichen.

In den Unternehmen schließlich soll mit einer neuen Unternehmensverfassung die Macht der von den zuständigen Ministerien eingesetzten Direktoren durch Mitsprache von Aufsichtsräten beschnitten werden. Für kleinere Unternehmen mit weniger als 300 Beschäftigten ist an die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung gedacht. Generell gilt künftig die Dezentralisierung und damit auch die Zerschlagung der vorhergehenden großen Unternehmensseinheiten als wirtschaftspolitische Zielsetzung.

Vorangegangen war in den letzten Jahren bereits eine Duldung der Privatinitiative, die zum Teil sogar gesetzlich abgesichert wurde. So arbeitete beispielsweise rund 8000 Arbeitsgemeinschaften in den Staatsbetrieben nach dem offiziellen Betriebschluß auf eigene Rechnung weiter. Neben den bestehenden privaten Einzelhandelsgeschäften ist es seit 1981 auch möglich, staatliche Geschäfte und auch Gaststätten zu pachten, und schließlich erbringen die im Nebenerwerb betriebenen privaten Hofwirtschaften der Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereits rund ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Dies vor allem in der arbeitsintensiven Schweine- und Kleintierzucht sowie im Gartenbau.

1966 beschlossenen Abkehr von der strengen Planwirtschaft propagierte. Eine erste entsprechende Reform ab 1968 hatte aber vorerst 1972 ein Ende gefunden, erst 1979 war dann die strenge Wirtschaftslenkung wieder gelockert worden.

Wenngleich die Details erst ausgearbeitet werden müssen, so stehen doch jetzt schon die Grundzüge des neuen Reformpakets fest. Demnach

## FÜHRUNGSKRÄFTE / Vermögensbildung ist wichtiger Punkt auf der VDF-Jahrestagung

## Wieder Gesetz über Sprecherausschüsse gefordert

**HANS BAUMANN, Essen**  
Gleich vier heiße Eisen will der Verband der Führungskräfte in Bergbau und Energiewirtschaft (VDF) auf seiner Jahrestagung, die morgen in Dortmund beginnt, anpacken:

- Die Frage der Sicherheitsverantwortung für leitende Angestellte.
- Vermögensbildung über Beteiligungserwerb.
- Satzungsänderung zugunsten des Beitritts von Jungingenieuren, die noch nicht außer Tarif bezahlt werden.
- Klärung der Frage, ob bei Einführung der 35-Stunden-Woche die Leitenden überbelastet oder unterbezahlt sind.

Selbstverständlich wird im Mittelpunkt der Tagung die fast zum Trauma gewordene Forderung nach gesetzlicher Verankerung der Sprecherausschüsse in den montanbetriebenen Unternehmen stehen. Der Verband ist zuversichtlich, daß noch in diesem Jahr ein entsprechender Gesetzestext auf dem Tisch liegen wird.

Als „positiv“ werden die Gesprä-

che bezeichnet, die mit der CDU und mit der FDP geführt werden. Aber auch mit der SPD wird über den Anspruch der Führungskräfte auf Mitbestimmung außerhalb der Betriebsräte gesprochen, wenn auch nur „informativ“.

Die Anerkennung der Sprecherausschüsse durch den Gesetzgeber würde die Diskriminierung der Führungskräfte in den Montanbetrieben beenden. In den übrigen sechs Verbänden der Leitenden, die in der Union der Leitenden Angestellten (ULA) - 40 000 Mitglieder - zusammengeschlossen sind, wählen sie bereits aus ihren Reihen Vertreter in den Aufsichtsrät.

Wie dornig der Weg zur gesetzlichen Anerkennung der Sprecherausschüsse ist, zeigt der Rattenschwanz von rund 400 Verfahren bis hinauf zum Bundesarbeitsgericht. In diesen Verfahren soll geklärt werden, wer „Leitender“ ist, wer also wählen und gewählt werden darf. Klassisches Beispiel: Die umstrittene Frage, ob der Fahrsteiger im Bergbau trotz sel-

ner Stellung als außerrariflich Bezahlter Führungskraft ist, oder nicht.

Umstritten ist auch, ob der Obersteiger und der Betriebsführer in die Klasse der Leitenden gehören. Umstritten ist selbst das Standing der Vorstandsmitglieder der Ruhrkohle AG. Auch hier wollen die Betriebsräte die Arbeitsgerichte klären lassen, ob jene Leitenden den hohen Ansprüchen des Gesetzgebers an Führungskräfte gerecht werden. Die VDF gibt sich keinen Illusionen hin. Ehe nicht diese Abgrenzungsproblematik geklärt ist, wird es keine gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse in den Montanbetrieben geben.

Spätestens die Kohlerunde '83 hat den Verband der Führungskräfte aus seinem Dornröschenschlaf ins politische Licht gerückt. Hier wurde plötzlich entdeckt, daß dieser Verband alle relevanten Energiearten abdeckte - mit hohem Sachverstand. Das Gas ebenso wie die Kohle und die Elektrizität. Geradezu klassisches Arbeitsfeld ist ein Haus wie das RWE, wo unter einem Dach Probleme der

Kernenergie, der Braunkohle und der Steinkohle zu Hause sind.

Die hohe Sicherheitsverantwortung der Führungskräfte dokumentierte sich in der gesamten Prozessantwortung etwa im Streit um das Kernkraftwerk Grundremmingen, bei Bergbau- oder Gaskatastrophen. Aber auch die Probleme des Umweltschutzes fordern die Leitenden. Sie erwarten von der Bundesregierung, daß sie bei der Formulierung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung Augenmaß bewahrt und die sicherheitstechnischen Aspekte nicht vernachlässigt.

Dennoch schaffen es die Leitenden bisher nicht, weite Felder im allgemeinen politischen Raum zu besetzen, was nicht zuletzt darauf zurückgeführt wird, daß gerade die Techniker unter den Leitenden nur wenig Sinn entwickeln für gesellschaftspolitische, energiepolitische Aufgaben und auch für allgemeine Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier soll am 3. Mai in Dortmund die Wende eingeleitet werden.

## SOZIALPLÄNE

## Bonn: keine schnelle Regelung

**HEINZ STÜWE, Bonn**  
Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes zu dem Sozialplan-Ansprüchen im Konkurs wird in Bonn nicht mit einer schnellen gesetzlichen Regelung dieser Frage gerechnet. Entsprechende Initiativen der SPD stoßen bei der Regierungskoalition auf Ablehnung. Die jüngste dieser Art - ein Antrag des Landes Hamburg im Bundesrat - wird in dieser Woche im Rechts-, Arbeits- und Sozialausschuß der Länderkammer behandelt. Sie zielt darauf ab den Arbeitnehmeransprüchen aus Sozialplänen im Konkursfall gesetzlich Vorrang einzuräumen, so daß sie noch vor den Forderungen der öffentlichen Hand befriedigt werden müßten. Einen Gesetzesentwurf mit dieser Zielrichtung hatte die SPD-Bundestagsfraktion bereits vor einem Jahr vorgelegt. Damit soll die in früheren Entscheidungen vom Bundesarbeitsgericht befürwortete sogenannte Rangfolge Null vom Sozialplan ab Ansprüchen gesetzlich abgesichert werden. Einen nur auf die Rechtsprechung gestützten Vorrang hatte das Bundesverfassungsgericht am 10. Oktober 1983 für verfassungswidrig erklärt.

Die Koalitionsfraktionen wollen - so sieht es der bisherige Zeitplan vor - zunächst einmal die Empfehlungen der unabhängigen Sachverständigenkommission zur Reform des Insolvenzrechts, die im Juli ihren Bericht vorlegen wird, abwarten und sich danach über ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Obwohl die aktuelle Rechtslage überwiegend als unbefriedigend empfunden wird, gehen auch in den Regierungskoalitionen die Meinungen darüber auseinander, ob vor der Gesamtreform eine Übergangsregelung für Sozialpläne notwendig ist. Einig ist sich das Regierungslager in der Ablehnung der SPD-Initiative. Die CDU hält eine vorgezogene Vorrangregelung allenfalls dann für denkbar, wenn die Sozialplanansprüche der Höhe nach begrenzt werden. Ein solches Modell wird die Sachverständigenkommission vorschlagen. Danach soll das Sozialplanvolumen der Summe von 1,5 Bruttomonatsverdiensten der auscheidenden Arbeitnehmer entsprechen. Der so errechnete Betrag soll andererseits einen bestimmten Prozentsatz der freien Masse - gedacht ist an 25 Prozent - nicht übersteigen.

## FRANKREICH / Von Dollar-Hausse profitiert

## Mehr Auslands-Touristen

**JOACHIM SCHAUFUSS, Paris**  
Die französische Reiseverkehrszahl erreichte 1983 nach den jetzt vorliegenden offiziellen Regierungszahlen einen Devisenüberschuß von 21,5 Mrd. Franc (ca. 7 Mrd. DM) gegenüber erst 12,1 Mrd. Franc 1982. Diese spektakuläre Verbesserung war vor allem auf den verstärkten Besuch ausländischer Touristen zurückzuführen. Deren Devisenausgaben stiegen um 8,3 Mrd. Franc oder um 18 Prozent.

Frankreich profitierte damit noch stärker als andere europäische Ferienländer von der Dollar-Hausse und damit von amerikanischen Gästen. Wegen der zusätzlichen Franc-Abwertung vom März 1983 wurde es preislich aber auch für Touristen aus der EG, insbesondere der Bundesrepublik, interessanter.

Nicht zuletzt aber, so erklärte der Staatssekretär für Tourismus, Roland Carraz, habe sich die sehr aktivierte Auslandswerbung der Regierungstellen ausbezahlt. Sie soll deshalb in diesem Jahr weiter verstärkt werden,

um das Vorjahresergebnis der Tourismusbilanz - das beste seit zehn Jahren - zu „konsolidieren“. Das wird allerdings deshalb nicht ganz einfach sein, weil in diesem Jahr wieder mehr Franzosen ins Ausland reisen dürfen, nachdem die Verschärfung der Devisenkontingentierung inzwischen aufgehoben wurde.

Infolge der im März 1983 verfügten Begrenzung der Kontingente auf grundsätzlich nur 2000 Franc pro Person und Jahr waren etwa ein Prozent weniger Franzosen als 1982 ins Ausland gereist. Ihre Devisenausgaben verminderten sich um rund 1 Mrd. Franc auf 32,8 Mrd. Franc.

Der starke Ausländerbesuch hatte wesentlich dazu beigetragen, das Defizit der französischen Leistungsbilanz zu vermindern. Gegen Ende letzten Jahres wurde diese Bilanz zum erstenmal seit langer Zeit sogar aktiv. Im 1. Quartal dieses Jahres geriet sie allerdings wieder in die roten Zahlen, was vor allem der verschlechterten Handelsbilanz zuzuschreiben war.

## GROSSBRITANNIEN / Immer mehr freie Mitarbeiter

## Für Firmen von Vorteil

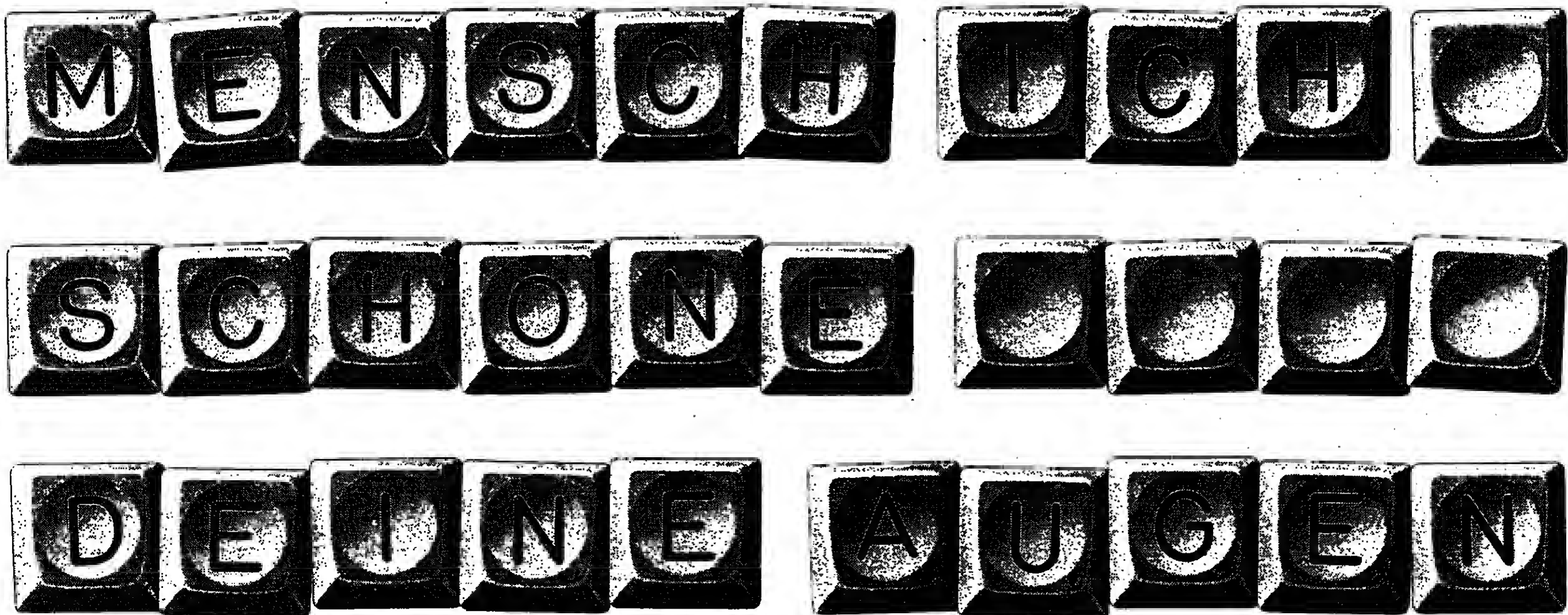
**WILHELM FURLER, London**  
Firmen, die Heimarbeiter und freie Mitarbeiter einsetzen, schneiden ertragsmäßig im Schnitt deutlich besser ab als jene, die von der Möglichkeit nicht Gebrauch machen. Im übrigen setzt sich diese Art des Arbeitskräfte-Einsatzes in Großbritannien immer stärker durch. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die vom britischen Arbeitsministerium angefertigt wurde.

Darin heißt es weiter, daß die durch diese Art von Arbeit erzielte Flexibilität selbst ein bedeutender Faktor für die Expansion eines Unternehmens sein kann, oder auch ganz einfach dessen Chancen verbessert, eine Rezessionsphase zu überstehen. Während Heimarbeiter noch immer in erheblichem Umfang in der schrumpfenden britischen Textilindustrie anzutreffen sei, greife sie sowie der Einsatz freier Mitarbeiter immer rascher auch auf expandierende Wirtschaftsbereiche über. Das gelte ganz besonders für die Informations-Technologie, aber auch für die Büroarbeit

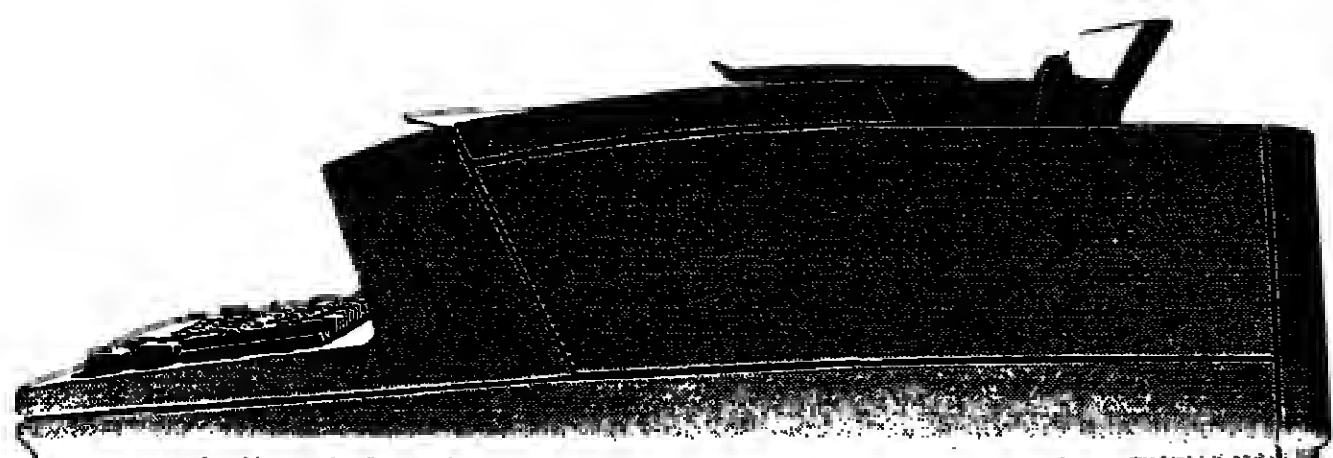
allgemein und sogar für Posten im Management-Bereich.

Den Statistiken des Arbeitsministeriums zufolge arbeiten gegenwärtig knapp 1,7 Millionen Briten als Heimarbeiter oder freie Mitarbeiter. Das sind rund sieben Prozent aller britischen Arbeitskräfte. Ende der sechziger Jahre lag diese Zahl noch bei geschätzten 1,1 Millionen. Zunächst war man davon ausgegangen, daß sich die rund eine Million deutlich verringern würde, da die Bereiche, auf die diese Arbeitsform konzentriert war, schrumpften.

In der Studie wird allerdings auch eingeräumt, daß Bezüge und Sozialleistungen für aufstehende Arbeitskräfte grundsätzlich und zum Teil erheblich unter denen für fest Angestellte liegen. Im übrigen sei nur ein geringer Teil von ihnen gewerkschaftlich organisiert. Gegenüber kurzfristigen Schwankungen im Arbeitskräfte-Bedarf seien sie besonders anfällig, da sie generell als „zweite Arbeitskräfte“ angesehen würden.



DEINE STARTYPE



Von Olympia gibt es jetzt eine Schreibmaschine, die ist die reinste Medizin für die Augen. Weil sie blendfreie Tasten und das Display im richtigen Blickwinkel hat. Aber auch die Finger, den Rücken und die Ohren macht die neue Startype alles andere als krank. Das liegt an den leichtgängigen Tasten, dem körpergerechten Gehäuse und dem extrakleinen Druckwerk. Und daran, daß wir unsere gesamten Erfahrungen eingebaut haben. Bitte ver-

ordnen Sie Ihrer Mitarbeiterin die neue Startype. Sie ist leider nicht auf Krankenschein zu haben, aber gegen ein paar Geldscheine bei Ihrem Fachhändler. Nähere Informationen über die neue Startype schicken Ihnen auch gern die Olympia Vertriebsgesellschaft mbH. Hahnstraße 41, 6 Frankfurt/M. 71.

OLYMPIA



**PLANE**  
**keine**  
**lle Regelung**  
HEINZ STÜWE, Bonn  
Den in der Umweltechnik enga-  
gierten deutschen Anlagenbauern  
winken gute Geschäfte. Dies gilt vor  
allem für den gesamten Bereich der  
Luftreinhaltung. Die Einigung der  
Umweltministerkonferenz, nun auch  
für die Stickoxide in den Abgasen  
von Kohlekraftwerken einen verbind-  
lichen Grenzwert von 200 Milligramm  
pro Kubikmeter Rauchgas für Kraft-  
werke über 300 Megawatt vorzu-  
schreiben, versetzt vor allem die  
Elektrozitruswerke in Aufregung. Sie  
fühlen sich in der Endphase ihrer Pla-  
nung für die Kraftwerksentschwe-  
fung gestört. Denn am 30. Juni läuft  
die Erklärungsverordnung im Rahmen der  
Großfeuerungsanlagenverordnung ab.  
Für die Industrie geht es nun dar-  
um, schnellstens marktfähige Ent-  
stickungsanlagen anbieten zu können.  
Nach vorsichtigen Branchenschät-  
zungen wird für Maßnahmen der  
Luftreinhaltung in Zukunft minde-  
stens zwei Mrd. DM aufgewendet  
werden. K. Arras, in der Geschäfts-  
führung der Frankfurter Ingenieurfir-  
ma Lung GmbH für den Emissions-  
schutz zuständig, sieht hier „auf je-  
den Fall einen wachsenden Markt“.  
Der große Nachrüstungsbedarf bei  
der Entschwefung, den die Strom-  
versorger mit 12 bis 15 Mrd. DM bis  
1988 angeben, habe sich bisher all-  
erdings kaum in Aufträgen niederge-  
schlagen. Engineeringfirmen und An-  
lagenbauer haben derzeit alle Hände  
voll zu tun, um die eingehenden An-  
fragen zu bearbeiten. Die eigentli-  
chen Bestellungen werden dann im  
nächsten Jahr eintreffen.  
„Wir rechnen mit beträchtlichen  
Aufträgen“, meint Wolfgang Spieker,  
Vorstandsmitglied der Walther & Cie  
AG, Köln. Möglichen Kapazitätseng-  
pässen will die Krupp-Tochter, die im  
letzten Jahr 130 Mrd. DM umsetzte,  
von vornherein vorbeugen: Anlagen-  
bauer in anderen Konzernfirmen war-  
ten nur darauf, einspringen zu kön-  
nen.  
Mit einer Anlage, die Rauchgase  
zugleich entschweft und entstickt,  
will Walther, Neuling auf dem Markt,  
die Großen wie Steinmüller und Bab-  
cock das Führen lehren. Als we-  
sentlichen Vorteil stellen die  
Walther-Experten heraus, daß ihr  
Verfahren abwasserfrei arbeitet und  
als Sekundärprodukt statt Gips der  
Stickstoffhaltige Ammoniumsulfat  
anfällt. Überdies: Es handelt sich um  
eine Eigenentwicklung, während die  
meisten Entstickungsanlagen auf  
japanischen oder amerikanischen Li-  
zenzen basieren.  
In umgekehrter Richtung fließt das  
Know-how im Bereich der Entstaub-  
ung. „Die deutsche Elektrofilter-  
Technik liegt eindeutig vor der in Ja-  
pan und den USA“, gibt sich Arras  
sehr selbstbewußt. Chancen eröffnen  
sich seiner Ansicht nach vor allem im  
Ausland.  
BRITISH LEYLAND / Erster Betriebsgewinn seit 1978

**UMWELTECHNIK / Anlagenbauer sind gefordert**  
**Lukrative Luftreinhaltung**  
HEINZ STÜWE, Bonn  
Den in der Umweltechnik enga-  
gierten deutschen Anlagenbauern  
winken gute Geschäfte. Dies gilt vor  
allem für den gesamten Bereich der  
Luftreinhaltung. Die Einigung der  
Umweltministerkonferenz, nun auch  
für die Stickoxide in den Abgasen  
von Kohlekraftwerken einen verbind-  
lichen Grenzwert von 200 Milligramm  
pro Kubikmeter Rauchgas für Kraft-  
werke über 300 Megawatt vorzu-  
schreiben, versetzt vor allem die  
Elektrozitruswerke in Aufregung. Sie  
fühlen sich in der Endphase ihrer Pla-  
nung für die Kraftwerksentschwe-  
fung gestört. Denn am 30. Juni läuft  
die Erklärungsverordnung im Rahmen der  
Großfeuerungsanlagenverordnung ab.  
Für die Industrie geht es nun dar-  
um, schnellstens marktfähige Ent-  
stickungsanlagen anbieten zu können.  
Nach vorsichtigen Branchenschät-  
zungen wird für Maßnahmen der  
Luftreinhaltung in Zukunft minde-  
stens zwei Mrd. DM aufgewendet  
werden. K. Arras, in der Geschäfts-  
führung der Frankfurter Ingenieurfir-  
ma Lung GmbH für den Emissions-  
schutz zuständig, sieht hier „auf je-  
den Fall einen wachsenden Markt“.  
Der große Nachrüstungsbedarf bei  
der Entschwefung, den die Strom-  
versorger mit 12 bis 15 Mrd. DM bis  
1988 angeben, habe sich bisher all-  
erdings kaum in Aufträgen niederge-  
schlagen. Engineeringfirmen und An-  
lagenbauer haben derzeit alle Hände  
voll zu tun, um die eingehenden An-  
fragen zu bearbeiten. Die eigentli-  
chen Bestellungen werden dann im  
nächsten Jahr eintreffen.  
„Wir rechnen mit beträchtlichen  
Aufträgen“, meint Wolfgang Spieker,  
Vorstandsmitglied der Walther & Cie  
AG, Köln. Möglichen Kapazitätseng-  
pässen will die Krupp-Tochter, die im  
letzten Jahr 130 Mrd. DM umsetzte,  
von vornherein vorbeugen: Anlagen-  
bauer in anderen Konzernfirmen war-  
ten nur darauf, einspringen zu kön-  
nen.  
Mit einer Anlage, die Rauchgase  
zugleich entschweft und entstickt,  
will Walther, Neuling auf dem Markt,  
die Großen wie Steinmüller und Bab-  
cock das Führen lehren. Als we-  
sentlichen Vorteil stellen die  
Walther-Experten heraus, daß ihr  
Verfahren abwasserfrei arbeitet und  
als Sekundärprodukt statt Gips der  
Stickstoffhaltige Ammoniumsulfat  
anfällt. Überdies: Es handelt sich um  
eine Eigenentwicklung, während die  
meisten Entstickungsanlagen auf  
japanischen oder amerikanischen Li-  
zenzen basieren.  
In umgekehrter Richtung fließt das  
Know-how im Bereich der Entstaub-  
ung. „Die deutsche Elektrofilter-  
Technik liegt eindeutig vor der in Ja-  
pan und den USA“, gibt sich Arras  
sehr selbstbewußt. Chancen eröffnen  
sich seiner Ansicht nach vor allem im  
Ausland.  
BRITISH LEYLAND / Erster Betriebsgewinn seit 1978

**KREDITGEWERBE / Großbanken und Sparkassen-Organisationen haben im letzten Jahr Marktanteile verloren**  
**Gewinner waren die Genossenschafts-Institute**  
CLAUS DERTINGER, Frankfurt  
Die Großbanken und die Gruppe  
der Sparkassen und Girozentralen ha-  
ben 1983 Marktanteile verloren, die  
übrigen privaten Geschäftsbanken  
haben ihre Position im wesentlichen  
behalten, und die genossenschaftli-  
che Bankengruppe sowie die Real-  
kreditinstitute gewonnen weiter  
Marktanteile hinzu. Das sind die we-  
sentlichen Entwicklungslinien im  
deutschen Kreditgewerbe im letzten  
Jahr, das für viele Institute das ex-  
pansionsschwächste nach der Wäh-  
rungsreform war.  
Das Geschäftsvolumen aller Kre-  
ditinstitute in der Bundesrepublik  
(ohne Auslandsfilialen) wuchs 1983,  
wie aus Statistiken der Bundesbank  
hervorgeht, lediglich um 6,3 Prozent  
auf 2881 Mrd. DM nach einer Zunah-  
me um 6,4 Prozent im Vorjahr. Die  
Kredite an Nichtbanken, die wichtig-  
ste Bilanzposition, erhöhten sich um  
6,5 Prozent auf 1903 Mrd. DM, eben-  
falls nur relativ wenig. Darin spiegelt  
sich die erste Phase eines konjunk-  
turellen Aufschwungs typische be-  
sere Finanzierungssituation der Wirt-  
schaft. Höhere Umsatzerlöse und Ge-  
winne verringerten die Abhängigkeit  
der Unternehmen vom Bankkredit  
bei der Finanzierung von Investiti-  
onen, die überdies erst im Laufe des  
Jahres anzulaufen begannen.  
Das haben vor allem die Großban-  
ken gespürt, zu deren Kundschaft tra-  
ditionell die großen, am wenigsten  
auf Bankkredite angewiesenen Un-  
ternehmen gehören. Ihr Anteil an den  
vom gesamten Kreditgewerbe an  
Nichtbanken gegebenen Krediten, der  
schon 1982 von 8,8 auf 8,4 Prozent  
gesunken war, ging 1983 weiter auf  
8,3 Prozent zurück. Am Geschäftsvol-  
umen aller Institute waren sie nur  
noch mit 8,2 Prozent beteiligt nach 8,6  
Prozent im Jahr zuvor.  
Die übrigen Institute des privaten  
Kreditgewerbes, also die Regional-  
und sonstigen Kreditbanken, die  
Zweigstellen ausländischer Banken  
und die Privatbankiers haben ihre  
Marktposition insgesamt behauptet.  
Einschließlich der Großbanken hielt  
die in der Bundesbankstatistik als  
Kreditbanken bezeichnete private  
Bankengruppe einen Anteil von 21,8  
(22,2) Prozent am Geschäftsvolumen  
und von 21,1 (20,9) Prozent an den  
Nichtbankenkrediten des gesamten  
Gewerbes.  
Der gleiche abwärts gerichtete  
Trend wie beim Geschäftsvolumen  
ist in dieser privatwirtschaftlichen  
Bankengruppe auch im Einlagenge-  
schäft mit der Nichtbankenkund-  
schaft zu erkennen. Hier sank der  
Marktanteil von gut 21,4 auf knapp  
20,9 Prozent, besonders geprägt  
durch den mit dem Aktivgeschäft  
einhergehenden Rückgang des  
Marktanteils der Großbanken von  
reichlich 10,6 auf gerade noch zehn  
Prozent.  
Die Gruppe der Sparkassen und  
Landesbanken hat zwar auch 1983 ih-  
re Position als traditionell stärkste  
Gruppierung der deutschen Kredit-  
wirtschaft behauptet; aber auch sie  
mußte einen leichten Terminverlust  
hinnehmen. Ihr Anteil am Geschäftsvol-  
umen aller Kreditinstitute ging  
von gut 38,2 auf knapp 37,9 Prozent  
zurück, und bei den Krediten ermä-  
ßigte sich der Marktanteil von fast 59  
auf 58,5 Prozent, was auf die schwä-  
chere Kreditexpansion der Landes-  
banken zurückzuführen ist, während  
die Sparkassen allein im Kreditge-  
schäft (22,7 Prozent) noch etwas Bo-  
den gewannen. Im Einlagengeschäft  
hat die öffentlich-rechtliche Gruppe  
ihre Führungsposition weiter von  
42,1 auf 44,1 Prozent ausgebaut; der  
Sparkassenanteil allein wuchs von  
fast 36,5 auf 38,3 Prozent.  
Gewinner im Wettbewerb war die  
schon seit Jahren überdurchschnitt-  
lich expansive genossenschaftliche  
Bankengruppe, die mittlerweile fast  
16 (Vorjahr 15,6) Prozent beim Ge-  
schäftsvolumen und 13,3 (13,2) Pro-  
zent bei den Krediten erreicht. Die  
Impulse kamen hauptsächlich von  
den Volks- und Raiffeisenbanken, die  
ihren Marktanteil am Geschäftsvolu-  
men von weniger als 11,4 auf reich-  
lich 11,5 Prozent hochschauerten und  
bei den Nichtbankenkrediten von  
11,4 auf 11,6 Prozent. Ein überdurch-  
schnittliches Gewicht hat die genos-  
senschaftliche „Basis“ vor allem im  
Einlagengeschäft mit 18,7 Prozent  
Marktanteil.  
Der lebhafteste Wohnungsbau hat die  
Marktstellung der Realkreditinstitute  
weiter gefestigt. Sie vereinten Ende  
letzten Jahres 14,7 (14,5) Prozent des  
Geschäftsvolumens und 19,1 (18,9)  
Prozent aller Nichtbankenkredite auf  
sich.

**DEUTSCHE FACTORING BANK / Umsatzplus**  
**Position weiter ausgebaut**  
W. WESSENDORF, Bremen  
Die Aufwärtsentwicklung unseres  
Unternehmens hat sich in diesem  
Jahr fortgesetzt, betonen die beiden  
Geschäftsführer der Deutsche Facto-  
ring Bank (DFB) in Bremen, Her-  
mann Ehrenberger und Friedrich Wil-  
helm Höche. Der Gesamtumsatz im  
ersten Quartal sei um 32 Prozent auf  
273 Millionen DM gestiegen. Damit  
konne 1984 die Milliardengrenze er-  
stmals erreicht werden. Höche: „Wir  
werden unsere Position als eine der  
führenden Factoring-Gesellschaften  
der Bundesrepublik weiter festigen.“  
Das vergangene Jahr habe im Zel-  
chen kräftiger wirtschaftlicher Erho-  
lung gestanden, hieß es zum Ge-  
schäftsbericht 1983. So verdoppelte  
sich das orientierende Betriebsergebnis  
auf 2,4 Mrd. DM; der Gesamtumsatz  
kletterte um 11 Prozent auf 932 Mrd.  
DM. Höche: „Das deutlich verbesserte  
Betriebsergebnis versetzte uns in die  
Lage, die noch bestehenden Affa-  
ren bis auf einen Spitzenbetrag von  
rund 600 000 DM zu tilgen.“  
Trotz der schwierigen gesamtwirt-  
schaftlichen Situation im vergange-  
nen Jahr hätten sich die Forderungs-  
anfälle in Grenzen gehalten. Das ha-  
be zum einen an der breiten Streuung  
der Risiken, zum anderen an deren  
Überwachung gelegen. Neben den  
üblichen Kreditinformationen bezie-  
he die DFB aus dem Zahlungsverhal-  
ten der Debitoren wichtige Bonitäts-  
hinweise, die beispielsweise den Kre-  
ditversicherern nicht zur Verfügung  
stünden.  
Über 90 Prozent des Debitorenli-  
mits liegen unter 20 000 DM; die Ge-  
samtsumme aller gezeichneten Debi-  
torenlimits beträgt rund 800 Millio-  
nen DM. Die DFB hat jetzt rund  
120 000 Debitorenkonten in ihrem  
Bestand. Im Berichtsjahr wurden  
62 000 Auskünfte eingeholt, geprüft  
und daraufhin 61 000 Debitorenlimits  
gezeichnet. Nach Angaben von Eh-  
renberger bedienen sich speziell die  
Möbel- und Textilbranche, die Nah-  
rungsmittelindustrie und der Metall-  
handel sich des Factoring.

**DRESDNER BANK**  
**Gegenanträge angekündigt**  
dpa/VWD, Frankfurt  
Die Gesellschaft für Wertpapierin-  
teressen (GfW), Frankfurt, hat zur  
Hauptversammlung der Dresdner  
Bank AG am 25. Mai in Stuttgart Ge-  
genanträge angekündigt. Sie will die  
Entlastung von Vorstand und Auf-  
sichtsrat verweigern, weil der Bilanz-  
abschluß die Sorgfalsbeachtung or-  
dentlicher, gewissenhafter Bankauf-  
leut vernachlässigt. Unter anderem  
beantragte die GfW, die die Interes-  
sen von Kleinaktionären vertritt, vor-  
genommene Wertberichtigungen und  
den Erwerb der Mehrheitsbeteiligung  
an der AG Dresdner Bank (Altbank)  
sowie die Löschung der Altbank, die  
am 28. April auf Antrag der GfW vom  
Landgericht Frankfurt aufgehoben  
wurde.  
Der Vorstand der Dresdner Bank  
hält die Gegenanträge für unbegrün-  
det. Es sei unrealistisch, jeden Wert-  
berichtigungsbedarf ausschließen zu  
wollen. Die Erhöhung des Anteilsbe-  
sitzes an der Altbank habe wesentlich  
dem Ziel gedient, unabhängig vom  
Lösungsverfahren allen Spekula-  
tionen über einen Mehrheitserwerb  
Dritter die Grundlage zu entziehen.  
**KONKURSE**  
Konkurs eröffnet: Bad Neuenahr-  
Abweiler: Pet. Jos. Hub, Brogitter,  
Weingut u. Weinhandlung, Inh. Paul  
Brogitter; Bad Schwalbach: Nachl. d.  
Peter Wrobel, Schlangenberg-  
Georgenborn; Braunschw. Oskar  
Hoh; Gabriele Hoh; Donsauwörth:  
Nachl. d. Josef Kasper, Kraftfahrzeug-  
mechanikermeister, Neuburg/Donsau;  
Düsseldorf: Kulturpolitisches Bil-  
dungswerk d. Vereins f. d. Deutschum  
i. Ausland e.V. (VDA) im Lande Nord-  
rhein-Westfalen; Wanda Balde, Inh. d.  
Fa. Hans Balde; May-Dörrenberg  
GmbH & Co. KG; Duisburg: „Hepa“  
Wege, Tief- u. Kabelbau GmbH, Mü-  
hlheim/Ruhr; Essen: Manfred Stein,  
Malermeister; Esslingen: H. Schmid  
GmbH; Baltmannsweiler;  
Frankfurt/Main: dep. Verwaltungs-  
GmbH & Co. KG, Brennstoffhandel;  
Nachl. d. Wanda Liponski geb. Weso-  
lowska; Georg Huppert, Tief- u. Stra-  
ßenbau GmbH & Co. KG; Kehl: Klaus  
Sommer; Länderscheid: Carl-August  
Schmale GmbH, Kierspe; Mainz: Kröll  
- Zahntechnik GmbH, Mainz-  
Gonsenheim; Mönchengladbach:  
Strohdieck Sanitärinstallations  
GmbH, Erkelenz; Nürnberg: Fa. Ha-  
stürk Lebensmittelvertriebs-GmbH;  
Schlewig: Gerda Lilienthal, Kauf-  
frau, Inh. d. Fa. Johannes Lilienthal  
Bedachung u. Sanitärtechnik; Tet-  
sang: Erika Schmidt geb. Straub,  
Kaufrau, Friedr. Chahen.

# Frankfurt Airport.

# Rolls Royce

# ready for take off.

Cathay Pacific fliegt - durchwegs mit 747 mit Rolls-Royce-Triebwerken - mittwochs, freitags, sonntags um 13.45 Uhr von Frankfurt nach Hong Kong. Pünktlich.

CX 380	FRANKFURT	HONG KONG
MI., FR., SO.	13.45	9.40*
CX 281	HONG KONG	FRANKFURT
DI., DO., SA.	22.30	7.30*

\*Ankunft am nächsten Tag

Wenn Sie Einzelheiten über unsere Flüge von Frankfurt nach Hong Kong und das Anschlußnetz inner-  
halb Fernost wissen wollen, fragen Sie Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an: 06 11 - 72 09 00. Anschrift:  
Cathay Pacific Airways Ltd., Feuerbachstraße 26, 6000 Frankfurt 1.

CATHAY PACIFIC. IM GEISTE MARCO POLOS.

Vor 700 Jahren war Marco Polo der erste Geschäftsreisende zwischen West und Ost. Er vereinigte  
westliche Effizienz mit fernöstlicher Lebenskunst. Heute gibt es diese glückliche Verbindung wieder.  
Als Fluglinie.

## CATHAY PACIFIC

The Swire Group

ABU DHABI, ALASKA, BAHRAIN, BANGKOK, BOMBAY, BRISBANE, DHAHRAN, DUBAI, FRANKFURT, FUKUOKA, HONG KONG, JAKARTA,  
KOTA KINABALU, KUALA LUMPUR, LONDON, MANILA, MELBOURNE, OSAKA, PENANG, PERTH, PORT MORESBY, SEOUL, SHANGHAI, SINGA-  
PORE, SYDNEY, TAIPEI, TOKYO, VANCOUVER.

Cathay Pacific und Lufthansa sind Partner auf der Strecke Frankfurt-Hong Kong. Beide Flugpläne zusammen bieten Ihnen 8 Flüge in der Woche.  
Jeden Tag - 11 tägig. Tarif: DM 2.992,-



**emc**  
 Los Angeles  
 Sie sind  
 Change  
 Institute  
 Training und  
 Beratung mbH  
 München, Berlin  
 2



DM

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Spanisches Immobilienunternehmen

im Besitz von Gebäuden, Luxuswohnungen und -apartements in Palma de Mallorca und Molago (Sponien), wünscht Verbindung zu deutschen Immobilienmaklern, die auf den Verkauf obiger Objekte spezialisiert sind.

Offerten auf Englisch oder Spanisch an:

URPESA, S.p.A.  
c/Antonio Maura, 20 - E-Madrid 14 (Spanien)

BELEUCHTUNGSINDUSTRIE

Wir sind ein seit Jahrzehnten bekannter Hersteller von Leuchtentwürfen, der seine Beziehungen im gesamten Bundesgebiet zu bestehenden und neuen Verbindungen vertiefen will. Wenn Sie gute Kontakte zur Beleuchtungsindustrie haben und dort oft vor Ort sind, könnten Sie unsere Produkte leicht mit ins Gespräch bringen. Für unsere problemlosen Erzeugnisse werden Sie sehr wenig Zeit aufbringen müssen, mindestens über Ihre Kosten für das teure Reisen erheblich mindern. Sie sind interessiert? Dann sagen Sie uns mit Kurz-Info, wer Sie sind, wen Sie vertreten und welches Gebiet Sie bereisen. Wir melden uns postwendend.

Angab. erb. u. X 6277 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Achtung! Einmalige Gelegenheit!

Wenn Sie Handwerksbetriebe, Vereine, Verbände, Ärzte oder Firmen mit eigenem Emblem besuchen, helfen wir Ihnen einen neuen phantastischen Mitnahmeartikel für Sie Kunden und Ihre Provisionen sind selbstverständlich.

Auskunft und Informationsmaterial vom Exklusivlieferanten:  
ZEITNER Versand GmbH, Postfach 21 81 50, 8900 München 21  
Tel. 0 89 / 7 60 37 37, Telex 5 214 722

Auch Sie wollen Geld und Zeit sparen?

Nutzen Sie, wie schon viele Geschäftskunden, unser z. Zt. in Bonn entstehendes Büro-Service in Form eines modernen Sekretariats zur Abwicklung ihrer Geschäfte. Wir bieten: ein Full-Service-Büro - Einzelbüros - Telefonbetreuung für Sie - Postservice - Schreibdienst - kalkulierbare Festkosten und vieles mehr. Wir beraten Sie gerne.

Der Zeit vorwärts mit Ihrem Bonus Büro-Service  
M. Schulze, Postfach 20 05 51, 5300 Bonn 2

Produkte zur Lagerung / Auslieferung gesucht

Dynamisches Unternehmen aus dem Bereich Lebensmittel (Waren u. technische Geräte) mit guten Verbindungen zu Industrie und Gewerbe hat größere klimatisierte Lagerhallen u. Werkstatthallen in Dortmund errichtet. Zur weiteren Auslastung werden noch Produkte zur Lagerung/Auslieferung gesucht. Fachpersonal und Fahrzeuge stehen jederzeit zur Verfügung.

Kontaktaufnahme erbeten an:  
ADG, 7668, Wertheimer Hof, Heide Scholz  
Wagenfeldstr. 11 B, 4600 Dortmund 1

Deutsche Baufirma

mit geschulten Fachkräften nimmt Aufträge jeder Größenordnung an, auch Kleinaufträge für Reihenhäuser, Bungalows u. Industriehäuser, Altbauunterkellerung, Rohbau, Kosten pro Quadratmeter umbaubarer Raum inkl. Material 110,- DM, schlüsselfertig zu preisgünstigen Bedingungen.

Tel. Frankfurt am Main 06 11 / 50 15 64

Großes Mannequin-Fotomodell

Dressmanstudio (über 200 m² groß) in NRW, exklusive, moderne Ausstattung und Einrichtung, zentral gelegen, umständehalber von Privat zu verkaufen.

Abstandsnummer: 30 000,- DM. Interessenten melden sich bitte unter: M 6290 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

50% mehr UMSATZ

erziele der wertbesten Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu begeistern. Jeder Betrieb könnte die auch exzellente Wirt sein Sie an bei CAD/CAS, 45 Essen 15, Niederwinger Str. 46, Tel. 02 01 - 48 00 24

Teilhaberschaft

mit evtl. späterer Übernahme eines abgewiesenen Fachbetriebes (Elektronik) im Raum Düsseldorf zum 1. 8. 1984 oder später geboten. Fester Kundenstamm, großzügige Lagerung, guter Materialbestand.

Kontaktaufnahme u. WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Service/Reparatur

für den Raum Stuttgart. Werkstatt vorhanden.

Ang. erb. u. N 6291 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Stiller od. tätiger Teilhaber

z. Nachschub i. Baunver-Zentrum gesucht. Nicht unter 150.000,-. Zuschr. u. Z 6324 an WELT-Verlag, Pz. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsagentur

mit internationalen Verbindungen vermittelt kostengünstige technische Produkte (Konsumenten).

Anfr. bitte an: KO-Handelsagentur, Postf. 1333, D-2118 Buchholz i. d. N.

Innen- und Außenputz

mit deutschen Fachkräften zu preisgünstigen Bedingungen, auch andere Gewerke, sehr preisgünstig.

Tel. Frankfurt am Main 06 11 / 50 15 64

Spezialist

z. schwierigen Kurieraufträgen u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsvolle, Einzelsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter Z 664 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir lagern Ihre Aktien AKTEN-LASER

SERVICE... weil Schriftführer/Verwaltungssache (id. Tel. 0 43 7 5 43 67 81, A. L. S. H. Reider, Berner Heerweg 117a, 2000 Hamburg 72.

Vertriebsprofi gesucht

für Hotel in SO-Asien, Ind. Ozean. Angab. erb. u. V 6275 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

LATEINAMERIKA

Exporteur u. ausgearbeiteten Lieferantinnen des Kapazitäten frei. Vertretung, Abwicklung, Inkasso. Für persönlichen Einsatz demnachst vor Ort. Zuschr. erb. u. PR 17087 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 20.

Die Chance für Direktverkäufer

in den PLZ-Gebieten 1-6

Wir haben: geschulte Handl. für die Warenpräsentation im Einzelhandel, leichtverständliches Sprachniveau, unbegrenzte Absatzpotenzial, beständiges Design, hoher Verdienst, Verkauf auf eigene Rechnung oder Provisionsbasis.

Wir suchen: Einzelk., Kleing., Umsatz

TTB GmbH - 4040 Neuss 21 Tel. 0 21 07 06 10

Suche Aufträge aus Industrie u. Wirtschaft für

mittleren Osten Bin als Aufhänger f. arab. Großunternehmen tätig. Tel. 04 51 / 50 13 02

Ich suche die Position des Marketingleiters bzw. GF Marketing/Vertrieb in mittl. bis größerem intern. Unternehmen.

Zuschriften unter G 6286 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

AKF Leasing

Die AKF Gruppe - Bankinstitut und Leasinggesellschaft - ist auf moderne Finanzierungssysteme spezialisiert. Dabei nimmt Leasing eine bevorzugte Stellung ein. Unser Leasing-Geschäft hat hohe Zuwachsraten. Deshalb suchen wir zum nächstmöglichen Termin je einen qualifizierten

Berater

für unsere

Zentrale Wuppertal und unser Büro Hamburg.

Erfahrene und erfolgreiche Kenner des Leasingmarktes finden bei uns einen interessanten und entwicklungsfähigen Arbeitsbereich. Was Sie auf jeden Fall mitbringen müssen sind Überzeugungskraft, Sachlichkeit, betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Verhandlungsgeschick im Verkauf von Leistungen und die Fähigkeit, zu überzeugen.

Wenn Sie interessiert sind und die Voraussetzungen erfüllen, dann senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Foto und Einkommensvorstellung an die Geschäftsleitung, z. Hd. Herrn Dipl.-Wirtsch.-Ing. G. Preschel. Er wird kurzfristig mit Ihnen Verbindung aufnehmen.

AKF Kreditbank GmbH & Co AKF Leasing GmbH & Co

5600 Wuppertal 1 (Elberfeld) - Friedrich-Ebert-Straße 90

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Postfach 10 03 07 - Telefon (02 02) 39 91 05

Führungspersönlichkeit

42. langj. Geschäftsführer eines mittelständ. Unternehmens. Schwerpunkt: Bau-/Verf. Org. Planung, Wirtschaftsprüfung, auch entspr. Aufg. in Ind. Handel, Immobilienbranche od. Wein- u. R. Kell. u. Bohn. Rhein / Mosel / Ahr. Ausführl. Kontaktaufn. u. Y 6278 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BERLIN

Private Krankenpflege

übernimmt junger arbeitsloser Arzt. Zuschriften erb. u. PE 4757 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 38

Bankkaufmann/

Versicherungskaufmann

sucht für sofort oder später neuen Wirkungskreis. Außendienst-erfahrung, spez. Kenntnisse Kreditwesen u. Immobilien. Zuschr. u. Z 6284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt (grad.)

Spez.-Kfm. 35 J. verb. Ausbildererf. Mehrjährige Exp. in Orga-nisation/EDV (kein Programmierer). Z. in ungen. Stellung verwas. u. Orga-nisation, sucht ab 10. 8. 84 neuen Wirkungskreis. Interessenten od. Linienfunktion im Bereich Orga-nisation. Angab. erb. u. Z 6213 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Angestellte

40. unverh. verlässliche, einsatzf. verantwortungsb. Führer, sucht z. i. i. gut dot. Position als Assistent (germ. u. Publikaumsverkauf) od. als Privatskretärin in Hamburg. Angab. erb. u. PO 417 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 46

Experienced

in international service (fem., early 40s) seeking temporary 3-6 months assignment (also abroad) with multination. or national firm. English & French fluently, German mother tongue. Please contact P 6270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche f. einige Wo. Vertrauensst.

gleich u. Art, zeitl. ungeb. 51 J. Angab. u. R 6271 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werbeaufhänger

43. Prakt. f. d. ganze Werbung i. Einzel- u. Versandhandel, kreativ u. kfm. u. neue Aufg. i. Raum Hamburg. Kontaktaufn. erb. u. PB 4705 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 35

Junge exam.

Gymnastiklehrerin

sucht passenden Wirkungskreis zum 1. 8. 1984 oder später. Angab. u. C 6282 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kunststoff-Ingenieur

Extrusionstechniker mit einschlägiger Berufserfahrung, sucht verantwortungsvolle Aufg. Angab. u. K 6281 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Der Uhr braucht

Unser Hilfe

Informapp. für 3.50 DM (Briefmarken) anfordern! Aktion zur Wieder-einbürgerung des Uhren-Herzwegs 13 5650 Solingen

STELLENGESUCHE

Marketing-Fachmann

Dipl.-Betriebswirt

39 Jahre

17 Jahre Praxis. PM, Verkaufsförderer, Marketing-Manager. Konzern, mittelst. Industrie. Markenartikel, chem.-techn. Produkt, Dienstleistung. Verh., Sprachen, intern. orientiert. Wohnsitz NRW.

Ich suche die Position des Marketingleiters bzw. GF Marketing/Vertrieb in mittl. bis größerem intern. Unternehmen. Zuschriften unter G 6286 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Materialwirtschaft/Einkauf

37 Jahre, Betriebswirt (VWA), Elektronik-Techniker. Konsequente Sicherstellung der Produktion bei abgestimmtem Kapitaleinsatz sowohl Gestaltung des Materialflusses gehören ebenso zu den Erfahrungen wie kostengünstige Beschaffung und EDV-Kenntnisse. Sehr gute Kenntnisse vom Elektronik-Bauteile-Markt. In ungekündigter Anstellung mittel- bis kurzfristige Veränderung in den Großraum Freiburg.

Kontaktaufnahme erbeten unter F 6285 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alleingeschäftsführer (Praktiker)

einer Filialkette Dienstleistungen Handel, 39 Jahre, äußerst renditeorientiert (Zielgröße Umsatz), erfolgreich. Stelliger Jahresumsatz, 800 Mitarbeiter, möchte sich mittelfristig neuen Aufgaben stellen. Gern auch Teilhaber/Nachfolger. Angebote unter U 6274 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft

Personal- und Verwaltungsleiter, 33 Jahre, Ausbildung: Speditionskaufmann, Diplom-Betriebswirt. Langjährige Erfahrungen im Personalwesen (Personalplanung, -planung, -betreuung sowie -einstellung und -entlassung). Gute Kenntnisse auch im Bereich allgemeine Verwaltung (Büroorganisation und -betrieb, einschließlich Sach- und Kraftverkehrsversicherungen, Werbung sowie Einkauf von Waren und Dienstleistungen) möchte sich neuen Aufgaben widmen.

Zuschr. erb. u. T 6273 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Technische Führungskraft

44 Jahre, Maschinenbau-Ing., langjährige Führungspraxis in der Fertigungsorganisation, Industrial Engineering, Produktion und Produktentwicklung, überwiegend metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, gute Englisch-Kenntnisse, sucht Position als Betriebsleiter oder „rechte Hand der Geschäftsleitung“. Norddeutschland bevorzugt. Angebote unter B 6281 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

35 J., techn. Verständnis, außergewöhnliche Allround-

Führungspersönlichkeit

zu. Herausforderung als Geschäftsführer oder Leiter einer Niederlassung. Zur Zeit in mittelständischem Unternehmen verantwortlich für Marketing und Vertrieb, Personal, Organisation, Materialwirtschaft, Controlling, EDV.

Zuschr. erb. u. D 6283 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Logistiker

Lager - Versand - Fuhrpark Anf. 40, sehr belastbar, Praktiker u. flexibel, z. Zeitung Importeure mit Stell. Umsatzzahl, ungekündigt, sucht neue Wirkungsstätte. Ang. erb. u. T 6295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baumasschneidemann/Kaufmann

43 J., mit ca. 20jähriger Vertriebs-erfahrung (überregionaler Einsatz) mit entsprechenden Verkaufserfolgen, leitende Position, sucht sich entsprechend zu verändern. Angab. erb. u. Z 6279 an WELT-Verlag, Pz. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing.

39 J., langjährige Erfahrung in Ein-satz und Anwendung von Prozess-leistungs- u. in der Papierindustrie, sucht neuen Wirkungskreis, auch Ausland. Ang. u. S 6272 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

37 J., Betriebswirt, lang. Exp. i. Ant.-Ausland u. Leihung v. Filialisten/Verkauf/Vertrieb u. Reise-tätigkeit. Angab. erb. u. PM 4784 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Kaufmann

Auslandes- u







## Der Maler im Spiegel

P.D. - Die Überschrift war vielversprechend. „Ein künstlerisches Werk, in dem sich unser Neubeginn spiegelt“, hatte das „Neue Deutschland“ einen Artikel überschrieben, der sich mit einer Ausstellung zum 80. Geburtstag von Hermann Buse beschäftigte. Drei Spalten und ein Bild räumte die Parteizeitung dieser Würdigung ein. Aber ein richtiges Bild von dem Maler und seiner Zeit entsteht trotzdem nicht.

Man erzählt zwar, daß Buse zu erst Fabrikarbeiter und bald auch KPD-Mitglied war, daß er in der Nazizeit mit Malverbot belegt und später wegen seiner Mitarbeit in einer kommunistischen Untergrundgruppe zum Tode verurteilt, jedoch durch das Kriegsende gerettet wurde. „Nach dem Kriege setzte er sich nicht nur mit seinen künstlerischen Fähigkeiten für die neue Ordnung ein. Unermüdet war er an der Seite sowjetischer Kulturoffiziere gesellschaftlich tätig“, heißt es weiter. Und dann wird stolz berichtet, welche Werke man erst jüngst wiederentdeckt habe.

Warum es dieser „Wiederentdeckung“ bedürfe, verrät das „Neue Deutschland“ nicht. Es verschweigt, daß Buse sich - wie viele andere Künstler - nach 1948 dem Vorwurf des „Formalismus“ ausgesetzt sah. „Ein tragischer Fall ist z.B. Hermann Buse, 1903, kurz vor seinem Tode, veröffentlichte er eine Selbstkritik, in der er sein für uns wichtiges Nachkriegsschaffen - unter dem Druck der Szene - selbst in Frage stellte. Das Leben dieses Kommunisten endete mit einer subjektiv negativen Bilanz“, konnte man dazu vor knapp zwei Jahren in der Ostberliner „Bildenden Kunst“ lesen. Aber dieser Anfall von Ehrlichkeit und Geschichtstreue wiederholte sich nicht. Längst wird die Wahrheit wieder verdrängt. Wie früher in Beiträgen über John Heartfield, Wilhelm Glöckner, Sella Hass, Hermann Glöckner und andere tut man auch bei Buse so, als seien diese Künstler niemals von der Partei und gedemütigt worden.

Die Überschrift im „Neuen Deutschland“ ist trotzdem richtig. Nur der Artikel genügt ihr nicht, weil er unterschlägt, daß sich dieser „Neubeginn“ durch dogmatische und unkünstlerische Bevormundung auszeichnete; die Künstler wie Buse in Dilettantismus und Resignation trieb.

## Bhagwan und das Grundgesetz: Zur Psychologie der Weltanschauungen

# Wenn Meinung Religion wird

Es kann sein, daß ein scheinbar so abstrakter Gegenstand wie die „Psychologie der Weltanschauungen“ bei uns schon ziemlich bald zu einem sehr ernsthaften Diskussions-thema wird, wobei dann schließlich wohl das Bundesverfassungsgericht die Frage zu beantworten haben dürfte, was denn überhaupt eine Weltanschauung sei. Das liegt am Artikel 140 des Grundgesetzes, den wir aus der Weimarer Verfassung von 1919 (Art. 137, Abs. 7) übernommen haben. Danach werden „den Religionsgemeinschaften... die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen“. Diese Gleichstellung hat der Gesetzgeber außerdem in Art. 4 (Abs. 1) vollzogen, der „die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ für unverletzlich erklärt, sowie in Art. 33 (Abs. 3), demzufolge „niemandem... aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen darf“.

Es geht im Artikel 137 der Weimarer Verfassung vor allem um den Status von „Körperschaften des öffentlichen Rechts“, der den Vereinigungen auf Antrag zu gewähren ist, „wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“ (Abs. 5), und um die Berechtigung, „auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben“ (Abs. 6). Daß sich viele sogenannte „Sekten“ und Teile der Psychobewegung ebenso wie die ökologische Bewegung und Gruppen der Alternativen - vielleicht sogar einzelne Richtungen der Frauenbewegung - hier angesprochen fühlen könnten, ist gewiss nicht auszuschließen.

Sofort man ihnen entgegenhalten wollte, daß sie in erster Linie an Aktionen interessiert seien, nicht aber an der Entwicklung der geistigen Strukturen eines Weltbildes, ist mit dem Hinweis auf das soeben erschienene Buch des Mainzer Psychologieprofessors Helmut Benesch (Jahrgang 1924) zu rechnen: „Und wenn ich wüßte, daß morgen die Welt unterginge, zur Psychologie der Weltanschauungen“ (Beltz Verlag, 39,80 Mark). Benesch unterscheidet fünf Gruppen von Weltanschauungen, von denen eine ausdrücklich als die Gruppe der aktionalen Weltanschauungen... mit dem Zentralwert der verändernden Handlung“ bezeichnet wird.

Die „ökologischen Weltanschauungen“ werden ausdrücklich einbezogen. Im einzelnen zählt der Verfasser zu dieser Gruppe Pazifismus, Radikalismus, Nihilismus und Anarchismus; seltsamerweise allerdings auch den Rationalismus eines Descartes und den Pragmatismus von William James, den er recht eigenwillig auf Machiavelli zurückzuführen versucht.

Sehr allgemein definiert Benesch Weltanschauungen als „gedankliche Verarbeitungen von dem - und Auseinandersetzungen mit dem - worauf Menschen als Welt insgesamt bezogen sind“. Die „wesentlichen Anforderungen“, die an solche Gebilde gestellt würden, seien: „Eine Weiterklärung im eigenen Sinn, eine Handlungsstrategie zu eigenem Nutzen, (und) eine Moralvorschrift nach eigener Auffassung“.

Auch das Grimm'sche Wörterbuch von 1955 belegt Verwendungen des Begriffs Weltanschauung „weniger... als eine bestimmte Weltanschauung oder Weltvorstellung als solche, als... die damit verbundene seelisch-geistige Grundhaltung und Einstellung gegenüber Welt und Leben“. Für Benesch gehört deshalb zu einer Weltanschauung „nicht nur ein Wissen, sondern ein Durchdrungen sein“, sie muß „den Menschen etwas abverlangen“.

Die ersten vier Gruppen von Weltanschauungen teilen sich für ihn in diejenigen mit dem Selbst oder der Gemeinschaft als oberstem Prinzip (individuelle und kommunikale Weltanschauungen), in die zukunftsbezogenen Weltanschauungen in innerweltlicher und außerweltlicher Ausprägung (finale und transzendente Weltanschauungen).

Da sich die Unterscheidungsmerkmale überschneiden, kann es natürlich zum Beispiel auch kommunale Weltanschauungen mit einer Ausrichtung auf innerweltliche („finale“) Ziele geben, die entweder eher den Aktionen zuneigen - wie der revolutionäre Kommunismus - oder mehr der Kontemplation und Kritik, z.B. dem Erinnern von Utopien. Seinem Ansatz entsprechend müßte Benesch daher eigentlich acht - und nicht bloß fünf Gruppen unterscheiden.

In der Gruppe der transzendentalen Weltanschauungen finden sich die großen Religionsgemeinschaften, denen nach Auskunft der Statistik „der größte Teil der Menschheit“ angehört. Demgegenüber wird der Psychologe allerdings „des Verfalls transzendentaler Bedeutungen für

viele Menschen“ ansichtig sowie einer Tendenz zum „Mischmasch unterschiedlicher weltanschaulicher Einsprengsel“ und der Tatsache, daß „in manchen Zeiten (wie der unseren)... das Elend des hohlen geistigen Wirrwahrs überwiegt. Der weltanschauliche Mangelzustand“ werde spürbar, meint Benesch.

In diesem Klima nun „rückte die Gruppe der aktionalen Weltanschauungen in den Vordergrund“, weil viele gegenüber den Religionen ein „Gefühl der Unergründlichkeit“ befühlte, was sie zu sagen haben, wirkt langweilig und uninteressant.“

Dem mag tatsächlich so sein, auch wenn sich der Autor leider nur auf seine eigene subjektive Beurteilung der Lage verläßt und in dem ganzen Buch kaum jemals empirische Befunde heranzieht, die es in großer Zahl gerade bezüglich der Einstellung zu den Religionen, aber auch zu anderen Themen gibt. Wenn aber das Grundgesetz (Art. 140) von „Vereinigungen“ spricht, „die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen“, darf man wohl die sozialpsychologische Tatsache nicht aus dem Blick lassen, daß jede individuelle Weltanschauung dazu tendiert, ihren Halt in einer Gemeinschaft Gleich- oder Ähnlich-Gesinnter zu suchen. Wo es um Wertsetzungen und Sündenurteile geht, für die es keine objektiven Kriterien gibt, kann zwar der Einzelne von der Richtigkeit seiner Ansicht durchdrungen sein, aber es bedarf zumindest einer Gruppe, damit eine für deren Binnensystem verbindliche „Bestimmungsleistung“ zustande kommt und sich in Konkurrenz mit anderen Ansichten bewähren kann.

Schon der junge Jacob Burckhardt - ein typischer Einzelgänger! - hat darin einen Zug der neuen Zeit erblickt. In einem Brief an Gottfried Kinkel, den Mitstreiter von 1849, schreibt er 1844: „Vor Zeiten war ein jeder ein Esel auf seine Faust und ließ die Welt in Frieden; jetzt dagegen hat man sich für 'gebildet', flicht eine 'Weltanschauung' zusammen und predigt auf die Nebenmenschen los.“ Als Historiker hatte Burckhardt wahrscheinlich unrecht - auch „vor Zeiten“ haben die „Verkfinder von Weltanschauungen um Anhänger geworben und z.B. „Schulen“ gegründet -, jedoch macht er uns hellhörig für die öffentlich-rechtlichen Probleme der in Art. 33, Abs. 3 des Grundgesetzes angesprochenen „Zugehörigkeit zu einer Weltanschauung“.

PETER R. HOFSTÄTTER



Die Weimarer Republik als Märchenland: Szene aus der Kieler Uraufführung von „W. und die gute Frau“

FOTO: JOACHIM THOGE

## Kiel: Uraufführung einer Oper Siegfried Wagners

# Winifreds böser Wolf

In Kiel hatte eine bisher unbekannte Oper Siegfried Wagners ihre Uraufführung. Der als dirigierender und inszenierender Bayreuther Erbe und als Opernkomponist unabhängiger vom Werk seines Vaters erfolgreiche Sohn Richard Wagners hinterließ unter seinen Opernentwürfen einen mit dem Untertitel „Ein Spiel aus unserer Märchenwelt“. Das vom Komponisten gedichtete Libretto von 1929 trägt die Überschrift „Das Flüchlein, das jeder mitbekam“.

Pikant daran ist, daß der Räuberhauptmann Wolf heißt. Das war der Spitzname eines von Frau Winifred Wagner protegierten Politikers, der zum Leidwesen des Hausherrn ein oft und gern gesehener Gast im Hause Wahnfried in Bayreuth war und bürgerlich Adolf Hitler hieß.

Siegfried Wagner mißfiel der Hitler-Kult seiner Frau. Auch in anderen seiner Opernentwürfe vom Ende der Zwanziger Jahre heißen die Bösewichter Wolf. Als man bei der Feier von Siegfried Wagners 80. Geburtstag in Wahnfried zu Tisch ging, fanden alle Familienmitglieder und alle Gäste ein Exemplar der „Flüchlein“-Dichtung unter ihrem Teller. Auf den „Jupus in fabula“ hat es die Inszenierung von Peter Pacht am Theater in Kiel abgesehen.

Der älplerisch gewandete Bandenführer Wolf tritt als ordinär schwärzender Hitler-Karikatur auf. Die Bandenmitglieder, „die edlen Halunken“, die in Blut ihre Brötchen tunken, tragen Stahlhelme, und ein auf Hakenkreuz anspielendes Emblem beherrscht die Szene im Räuberhaus. Wolf und seine Sado-Kumpanen vergewaltigen die Königs-Tochter Maalen als „Braut für alle“. Der Königssohn Wehrhold besiegt und verhaftet die Räuberbande und befreit seine Maalen mit Hilfe der „Guten Frau“, einer alles zum Besseren wendenden Märchenfee.

So heißt die Oper in Kiel „W. und die gute Frau“. Bei Siegfried Wagner blieb die Musik nur skizziert. Zu hören war die von Hans Peter Mohr kundig instrumentierte Fassung, die den musikalischen Entwurf für die Bühne praktikabel macht. Vorausgesetzt, daß das, was bei der musikalischen Einrichtung herauskam, wirklich

lich dem Stil Siegfried Wagners entspricht, ist zu konstatieren: Dieses langatmig erzählte Musikmärchen ist ein edler Langweiler in drei Akten.

Die lyrisch-feinstinnige Musik bewegt sich zu wenig charakteristisch im Dur-Moll-Tonfall - eine Musik, die nicht lügt und sich nicht übernimmt. Doch sie verlockt auch nicht zum Wiederhören. Bezeichnenderweise schärft sie sich relativ spannend in der Räuber-Episode. Der „Wolf“ inspirierte den Nazi-Gegner Siegfried Wagner immerhin dazu, schärfere Töne anzuschlagen, aber das genügt nicht. Der Sieg des Guten über die Extremisten vollzieht sich musikalisch allzu indifferent, er müßte ganz einfach besser komponiert sein, um uns beteiligen zu können.

Vielmehr im bevorzugten Dreiertakt schwingt sich die Musik sanft dem friedlichen Happy-End entgegen. Der Dichter-Komponist hat die verschiedensten Märchenmotive zu dieser ziemlich langatmigen Angelegenheit verwoben. Das „Tapferne Schneiderlein als Graf Erpelmann“ ist ein Aufschneider, der eine rote Fahne hilt. Ist er ein „sozialistisches“ Pendant zum Bandenführer Wolf? Ist die Märchenoper eine Polit-Parabel, ein Lehrstück von der Hoffnung auf den Sieg des guten Geistes in der Weimarer Republik?

Die Regie macht solche Züge sehr deutlich. Daß der unmißverständlich als junger Neo-Hitler kenntliche Wolf-Darsteller (Hans Georg Ahrens) auch im bellenden Jargon des Diktators phonetisch zu karrieren hatte, war allerdings wohl unnötig.

Der Dirigent Klaus Weise hätte viel mehr Tempi raffen und straffen sollen, um für Siegfried Wagner zu plädieren. In den Hauptparten überzeugten vor allem Marilyn Found (Maalen), Erika Detmer (die Gute Frau), schließlich auch Dieter Podszus (Wehrhold) und nicht zuletzt Edgar Schäfer (Graf Erpelmann).

Die Aufführung, bei der Siegfried Wagners Tochter Friedelind anwesend war, ist flankiert von einer sehenswerten Ausstellung, in der Siegfried Wagner auch mit Gemälden und Zeichnungen als bildender Künstler kennenzulernen ist.

GEORG BORCHARDT

## JOURNAL

### Größte Ruinenstadt in Peru entdeckt

dpa, Lima  
Die Ruinen einer bisher unbekannten Stadt sind bei Bauarbeiten im Norden Perus, rund 750 Kilometer von Lima entfernt, entdeckt worden. In der Stadt haben nach Schätzungen von Archäologen bis zur Ankunft der Spanier um 1531 rund 200 000 Menschen gelebt. Die Stadt umfaßte vermutlich rund 20 Quadratkilometer. Sie wäre damit größer als die benachbarte Ruinenstadt von Chan-Chan, die bisher als größte Lehmziegelstadt der Welt galt. Im Zentrum der jetzt am linken Ufer des Flusses Chancay entdeckten Stadt stehen die sandbedeckten Reste von zwei riesigen Pyramiden aus Lehmziegeln. Die Stadt entstand in der Spätzeit der Moche-Kultur um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung und blühte auch nach der Eroberung durch die Inkas bis zur Ankunft der Spanier.

### André Previn wird Guilini-Nachfolger

dpa, Los Angeles  
Der Dirigent André Previn ist zum neuen musikalischen Direktor des Los Angeles Philharmonic Orchestra berufen worden. Der Musiker wird sein neues Amt im Januar 1986 antreten. Previn leitete zuletzt das Orchester in Pittsburgh. Der bisherige LAPO-Chef Carlo Maria Giulini war zu Beginn dieser Saison zurückgetreten.

### Krach um Ljubimow beim Maggio musicale

AFP, Florenz  
Ein Gewitter ist über dem „Maggio musicale Fiorentino“ aufgezo-gen, nachdem der Künstler des Eröffnungsabends aus Protest gegen den Regisseur Yuri Ljubimow abgesetzt haben. Der Dirigent Bruno Bartoletti, der Bariton Piero Cappuccini und die Sopranistin Edita Gruberova, die für die Aufführung von Verdis „Rigoletto“ verpflichtet worden waren, kündigten dem Regisseur wegen ihrer Ansicht nach unzumutbarer Regieanweisungen die Mitarbeit auf. Für die beiden Sänger springen nun Antonio Salvadore und Jenny Drivala ein. Anstelle von Bartoletti dirigiert Hans Graf.

### Paris mit deutsch-französischem Festival

dpa, Paris  
Bel einem deutsch-französischen Festival, das vom 8. Mai bis zum 10. Juni in Paris stattfindet, sollen neue oder wenig bekannte Werke der Musik und bildenden Kunst vorgestellt werden. Georges Bizets „Jeux de Poupée“ mit 500 Mitwirkenden erklingt zur Eröffnung in der Madeleine-Kirche. An den mit Hilfe des deutsch-französischen Jugendwerks veranstalteten acht Konzerten beteiligen sich das deutsch-französische Symphonie-Orchester und der Chor „A Cœur Joie“. Zehn deutsche Maler und Bildhauer stellen in der Galerie „Peinture Fraiche“ aus.

### Ionesco tritt als Schauspieler auf

dpa, Rom  
Der Dramatiker Eugène Ionesco tritt im Sommer beim Spoleto-Festival als Schauspieler auf. Neben anderen französischen Schriftstellern wie Nathalie Sarraute und Alain Robbe-Grillet spielt der Vertreter des absurden Theaters eine Rolle in dem Stück „Freshwater“ von Virginia Woolf. Die Inszenierung in französischer Sprache soll einer der Höhepunkte beim „Festival zweier Welten“ in Spoleto werden, das in diesem Jahr vom 28. Juni bis zum 15. Juli stattfindet.

## Ein russischer Guru aus der Belle Époque: Peter Brooks Film „Gurdjeff“

# Im Sand des Truppenübungsplatzes

Der englische Theater- und Filmregisseur Peter Brook hat selbst immer wieder versucht, andere Kulturen, andere Ansätze der Welt und Ich-Erfahrung für seine Kunst und sein Daseinsverständnis nutzbar zu machen. Der europäische Dualismus, die Trennung von Subjekt und Objekt, schien und scheint ihm eine Sackgasse zu sein. Das bekannteste Projekt Brooks in dieser Richtung ist wohl seine „Theatersafari“ durch Afrika geworden: Der Versuch, nicht nur formal Europas Bühnenkunst zu bereichern, sondern die produktiven Kräfte ganz unterschiedlichen Erlebens beiderseits nutzbar zu machen.

Sein Film „Gurdjeff, Begegnungen mit bemerkenswerten Menschen“ der erst jetzt, fünf Jahre nach seiner Uraufführung, in die deutschen Kinos kommt, folgt im Grunde dem gleichen Anliegen, ja, er hat einen solchen Adaptionsversuch geradezu thematisiert. Brook bedient sich dazu einer Guru-Figur der Großvätergeneration, des Russen Gurdjeff, der Ende des vorigen Jahrhunderts von Kaukasus aufbrach, um auf einer zwanzigjährigen Wanderschaft, bald gefolgt von einer beträchtlichen Jüngerschaft, den Sinnfragen des Lebens auf eine neue, mediativ-mystische Weise nachzuspüren.

Brooks Film beschränkt sich auf die Jugend und die Wanderjahre besagten Gurdjeffs. Und da Brook sich zunächst weitgehend einer einprägsamen Bildersprache bedient - der Film ist in der wilden, kargen und doch oft vitalen Landschaft Afghanistans vor der sowjetischen Invasion gedreht -, gelingt ihm in den ersten zwei Dritteln des Streifens auch die aufblühende Vermittlung einer archaischen Welt, in der die Dinge ganz und gar nicht nach den geläufigen Prinzipien einer kausalen teleologischen Vernunft geregelt sind.

In der Vorstellung des jungen Gurdjeff, der sich auf eine Zukunft als Priester, Arzt, Soldat und Philosoph gleichzeitig vorbereiten scheint, verdichten sich die Erlebnis-se zu einer quälenden Frage: Sind Religion und Wissenschaft in ihrer grundsätzlichen Trennung zwei einander widerlegende Weisen der Auseinandersetzung mit der Welt oder ist mit dieser Trennung auch die Wahrheit verloren gegangen?

Das, wie gesagt, wird ganz untheoretisch „erörtert“. Ein Musiker-Wettstreit im kargen Hochgebirge zum Beispiel. Klänge von ganz „unkultivierter“ Schönheit; ihr Widerhall nicht nur als Echo von den gewaltigen Bergen, sondern auch in den al-

ten zerfurchten Gesichtern von Männern, die ein tiefes, nie ausgesprochenes Einverständnis verbindet, eine Art Wissen, das in der Musik aufscheint und das vor jeder Reflektion da ist - unzweifelhaft und sicher.

Oder auch Grenzerfahrungen eines unbedenklichen Knabenlebens: Um ein Duell auszutragen, graben sich Gurdjeff und sein Kontrahent auf einem Truppenübungsplatz ein, auf dem ein Kanonen-Zielschießen veranstaltet wird. Die Vorstellung, was wäre, wenn man nicht mehr da ist, gibt dem schrecklichen Bombardement einen makabren Sinn.

So weit, so gut. Aber der Film begnügt sich natürlich nicht mit der Vermittlung solcher Erfahrungen, die sinnvolle Fragen aufwerfen. Er endet in einer Art Sektierertum, das wieder die üblichen unverdaulichen Brocken fernöstlicher Balance-Mystik ausspielt. Spätestens da haben die eigenwilligen Jung-Gurus ihren Großvater eingeholt. Man übt sich in mythischer Gymnastik, gedankenschwer überhöht und kommt dem Gleichgewicht der widerstrebenden Kräfte des Daseins näher. Gut gemeint ist eben auch für Köhner wie Brook das Gegenteil von Kunst.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

## Wien: A. P. Schmidts „Fleischbank“ uraufgeführt

# Seid lieb zum Metzger!

In einer ersten Abrechnung der so maßgebenden als maßvollen Kritikerin der Wiener „Presse“, Katrin Katrein, mit der Spiel- und Planlosigkeit der österreichischen Bühnen ist nur dem Burgtheater der Vorwurf erspart geblieben, es wisse nicht zwischen Hörspieltexten und Theaterstücken zu unterscheiden. Das konnte die Burg aber nicht auf sich sitzen lassen, sie trat also mit dem soeben im Akademietheater uraufgeführten Stück „Die Fleischbank“ des Grazers Alfred Paul Schmidt den Gegenbeweis an.

Zugleich nutzte sie die Möglichkeit, endlich einmal einen Dialekt auf ihre Bühne zu bringen, der nicht überhöht ist wie der eines Horváth oder Schnöbner, sondern genau dem entspricht, was eine Volksbühne zu bieten hat. Alfred Paul Schmidt, Verfasser mehrerer Romane wie „Affentheater“ und „doppelte Totgeburt“, bekam seine Chance möglicherweise deshalb, weil er einmal Dramaturg an der Burg war. Und er bekam einen erstklassigen Darsteller für die fast monologische Rolle des Fleischermeisters in Rudolf Buzich, dem oblag, dem Zuschauer einen Doppelmord mit der Fleischhacke psychologisch verständlich zu machen.

Der im Grunde gutmütige Fleischer fühlt sich vom Unglück verfolgt, von seiner Umgebung durch Mifßachtung gedemütigt, um jede „Selbstverwirklichung“ betrogen. Erst als er den ersten Mord begangen hat, sieht er sich bestätigt. Er sagt von dem Toten: „Was der jetzt weniger hat, das habe ich mehr“, muß aber

dann erkennen, daß seine Umgebung, die natürlich nichts von seiner befriedenden Untat weiß, ihm auch jetzt noch keineswegs die erwartete Achtung entgegenbringt und ihm auch keinen Mord zutraut, so daß er sich gehalten fühlt, nun vor des Polizeikommissars Augen, gleichsam als Befähigungsnachweis, einen zweiten Mord zu verüben. Widerstandslos läßt er sich verhaften und sieht der Verurteilung zu „Lebenslänglich“ mit den merkwürdigen Worten entgegen: „Jetzt waß i a Leben lang, was i z'm hab, jetzt bi i daheim. Der Mensch muß a Ziel im Leben ham. I hab mei Ziel erreicht...“

Mit dieser tiefen psychologischen Einsicht glaubt das Burgtheater seine Besucher erhehlen zu sollen. Wie nicht anders zu erwarten, ist „die Gesellschaft“ an den Morden schuld, sie war nicht lieb genug zu dem Fleischer. Und überdies könnte, so meint der Autor im Programmheft, die Aufklärung solcher Fälle als ein Teil der Friedensforschung angesehen werden.

Was soll's? Es wäre gar nicht schwer, sich noch mit andern Einwürfen lustig zu machen, doch tut das dem Liebhaber des Burgtheaters gar nicht wohl. Viel lieber würde man der anfangs angeführten Kritikerin in die Parade fahren, jedoch, wie Nestroy sagt, „die Verhältnisse, sie sind nicht so.“ Der Schulrapplaus, bei dem sich alsbald der Autor und der im Rahmen des Gegebenen durchaus lobenswerte Regisseur Peter M. Preissler zeigten, war auch nicht „so“.

ERIK G. WICKENBURG

## Giuseppe Verdis „Aida“ an der Wiener Staatsoper

# Lorin Maazels Waterloo

Nachdem Lorin Maazel - zögernd und viel zu spät - seinen vorzeitigen Rücktritt mit Ende dieser Saison bekanntgegeben hatte, wartete nun alles gespannt auf seine letzte Probe. Sollte es ihm - nach dem Motto „Rache ist Blutwurst“ - mit Verdis „Aida“ doch noch gelingen, die Wiener zu Jubelstürmen hinarbeiten, seinen Abgang zu glorifizieren? Sollte er es doch noch zuwege bringen, das „Ritorno vincitor“ Aidas in ein „Parto vincitor“ für sich umzumünzen?

Es gelang ihm nicht. Im Gegenteil: Verdis „Aida“ in der geradezu peinlich unbeholfenen Inszenierung des Regie-Debutanten Nicolas Joel, in schauflischen Kolossal-Bühnenbauten von Carlo Tommasi wurde zu Maazels Waterloo. Maazel ist hilflos untergegangen, gescheitert an seinem eigenen schlechten szenischen Geschmack, an seiner Hilflosigkeit in Besetzungsfällen, in Management-Angelegenheiten.

Die Schwachstellen dieses „Aida“-Arrangements nachherzählen, verbieten fast Anstand und Nächstenliebe. Opas Stroh- und Schreittheater feierte frühe Uraufführung, die Massenszenen im Triumphakt wirkten wackelig und pover, jeder Auftritt der Protagonisten geriet lächerlich und hilflos, Chorabgänge begannen bereits mitten in wichtigen Ensembles, um eine leergefegte Bühne bei

letztem Akkord zu gewährleisten - kurz: Antiquartheater machte sich an allen Ecken und Enden breit.

Aida sank in ihrer Verzweiflung ständig an irgendeiner Mauer in sich zusammen und rang die Hände. Annegris lief dafür wie ein aufgeschrecktes Reh permanent über die Bühne, Radames wiederum stand wie ein Fels in der Brandung und rührte sich kaum vom Fleck, Oberpriester marschierte in seltsam verschlungenen Pfaden vor sich her, im Ballett (Ray Barra) gab's Slapstick-Einlagen (Eumuch macht Jagd auf leichtbeladene Tänzerinnen), und am Ende wurde das Liebespaar mit Hilfe eines blauen Vorhangs, der sich von der Seite wegte über die ganze Bühne schob, eingemauert. „Aha, das Hungerstück“, unkte einer - ich hielt es eher für den Mantel des Vergessens, den man gnädig über dieses Fiasko breitete.

Den ganzen aufgeregten Unmut des teils kichernden, teils stöhnenden Publikums bekam natürlich Lorin Maazel zu spüren, der als Direktor für das Engagement des jungen französischen Nicht-Regisseurs verantwortlich zeichnet. Sichtlich getroffen und irritiert von dem gnadenlosen Gebühbe, das ihn ab seinem zweiten Auftreten empfing, fand Maazel auch als Dirigent nicht zu seiner gewohnten Form, zehrende Verdis Kantilenen bis zur Spannungslösung, um gleich darauf wieder verhetzte Tempi anzuschlagen, spürte dem schillernden Nil-Impressionismus Verdis zu wenig nach, ließ es sogar am bombastisch-mittelständischen Triumph-Marsch-Elan fehlen. Dem rüden Gebühbe am Schluß antwortete Maazel mit unschönen, eindeutigen Gesten ins Publikum. Wer vor dem Vorhang, selbst in schwieriger Situation, so die Nerven verliert, besitzt wohl auch beim Dirigieren nicht mehr die nötige Ruhe.

Mißgriffe auch bei der Besetzung: Neben dem prachtvollen, in Hochform singenden Luciano Pavarotti, der gleich mit seiner ersten Arie das Publikum zu nicht enden wollenden Ovationen hinriß und die Begeisterung bis zu seinem allerletzten Belcanto-Ton zu schüren wußte, wirkte Maria Chiara, eine brave Aida für alle Tage, allzu glanzlos und bieder, erlitt Victoria Vergara als Amneris ein stimmliches Desaster. Sondergleichen, hielten sich Bernd Weikl (Amnazar), Konstantin Sfriso (König) und John-Paul Bogart (Ramphis) immerhin wacker. Aber ein Gala-Abend, wie von Maazel bei Amtsantritt versprochen, war's halt - trotz des grandiosen Pavarotti - wieder nicht.

ANDREA SIEBOHM



Die Sänger retten nichts: Maria Chiara als Aida in Wien

FOTO: VOTAVA

## THEATERKALENDER

- |  |   |
|--|---|
| 3. Frankfurt, Städt. Bühnen: Genet: Die Wände (R. Mouchart-Samora)                     | spielhaus; Werfel: Trostlosen des Euripides (R. Wendt)                      |
| 4. München, Residenztheater: Enquist: Aus dem Leben der Regenwurm (DE) (R. Bergmann)   | 18. Mülheim an der Ruhr, Theater: Das goldene Vließ (R. Klingenberg)        |
| Recklinghausen, Ruhrfestspiele: Brecht: Die Tage der Commune (R. Lichtenstein)         | 20. Oberammergau, Jubiläumspassionsspiele (bis 30. Sept.)                   |
| 5. Zürich, Schauspielhaus: Pirandello: Sechs Personen suchen einen Autor (R. Düggelin) | 24. Darmstadt, Staatstheater: Jürg Amann: Büchners Lenz (U) (R. Hoch)       |
| 6. Basel, Komödie: Kohout: Das große Ahornbaumspliff (U) (nach Elia)                   | 25. Berlin, Schlosspark-Theater: Goethe: Clavigo (R. Jeker)                 |
| 7. Berlin, Theatertheater (bis 26. Mai)  | Nürnberg, Kulturzirkus (bis 3. Juni)  |
| München, Schiller-Theater (bis 13. Mai)  | 26. Hamburg, Thalia Theater: Shakespeare: Macbeth (R. Wedel)                |
| 10. Bochum, Schauspielhaus: N. Williams: Gut gebaute Jungs (DE) (R. Jensen)            | Köln, Bühnen der Stadt: Pohl: Das alte Land (DE) (R. Fimm)                  |
| 11. Hamburg, Deutsches Schauspielhaus: Hölderlin: Empedokles (R. Stecker)              | 29. Wuppertal, Schauspielhaus: Kleist: Die Familie Schorffstein (R. Reible) |
| Wuppertal, Bühnen: Bausch: Tanzabend II (U)  | 30. Bochum, Schauspielhaus: Schiller: Die Räuber (R. Kirchner)              |
| 16. Hamburg, Deutsches Schauspielhaus:   |   |



Von FRITZ WIRTH

Vor drei Jahren erschien Mr. Heseltine mit einem Güterzug voller Güter. Heute nun kommt die Queen mit einem Rolls Royce hübscherer Träume. Der Kommentar kommt aus Liverpool 8.

Liverpool 8 ist das harte, illusionslose, mit den Wunden sozialer Vorfälle tätowierte England. In Liverpool 8 ist die Arbeitslosigkeit, Verbrechenrate und die Scheidungsziffer höher als in jedem anderen Teil dieses Landes. Liverpool 8 ist die arme, zynische, resignierende Schattenwelt zwischen dem dahingehenden Wohlstand und der harten Realität.

Vor drei Jahren machte Liverpool 8 Schlagzeilen, als Toxoth in Flammen stand; als Zorn, Armut und auch verdeckte Kriminalität Signale des Protestes setzten. 500 Polizisten wurden bei diesem Aufstand verletzt.

Heute setzt dieses gleiche Liverpool 8 neue, verblüffende und fast anachronistische Signale. Die Königin ist in die Stadt gekommen und eröffnet die erste internationale Gartenschau auf britischem Boden. Es

## Liverpool 8 läßt Blumen sprechen

ist die größte „Schau“ des Landes seit dem „Festival of Britain“ im Jahre 1951.

Zwischen beiden Ereignissen, der Explosion der Gewalt des Jahres 1981 und der Explosion der Blüten im vergangenen und verfallenen Hafen dieser Stadt im Jahre 1984, gibt es einen direkten Zusammenhang. Damals erschien Umweltminister Heseltine in der Stadt, war betroffen von der blutigen Häßlichkeit ihres Anblicks und der verzweifelte Hoffnungslosigkeit ihrer Bürger und ordnete die größte und schnellste Kosmetik-Operation an, die in diesem Jahrhundert je einer britischen Stadt zuteil wurde. Er ließ eine Viertelmillion Bäume pflanzen und gab ihr den Zuschlag für die internationale Gartenschauausstellung des Jahres 1984. Idee, Ausmaß und Konzept ließ er aus Deutschland importieren.

Von heute an ist das Ergebnis zu besichtigen. Wer nur nach Liverpool kommt, diese Schau zu besichtigen, kann nur staunen. Hier wurde in der Tat innerhalb von zweieinhalb Jahren ein gartenbautechnisches Wun-

der vollbracht. Denn im Jahre 1981 war dieses Stück Land noch die Müllhalde einer verwesenden Stadt. Heute ist es ein hügeliger Park, ein Rittenmeer, Freizeitinsel und Kirmes zugleich.

19 Länder haben Gärten eingerichtet, unter ihnen die Volksrepublik China, Japan, die Bundesrepublik Deutschland und – mit einem Sondergarten – die Stadt Köln, die Liverpool als „Partnerstadt“ verbunden ist. Im Zentrum liegt eine riesige Ausstellungshalle, dazu ein künstlicher See, der in seinen Anfangstagen auf wundersame Weise sprudelte, weil das Gas, das sich in dieser einstigen Müllhalde gebildet hatte, nach oben drang. Und durch diese Szenerie schlängelt sich auf 3,5 Kilometer Schienen eine Dampfeisenbahn.

Die Bauherren dieses Gartenbauwunders sind zu Recht stolz. Auf dem Kontinent brauchte man bisher für eine Gartenschau rund fünf Jahre Vorbereitungszeit. Wir schaffen es in zweieinhalb Jahren“, sagt Bauherr Leslie Young und weist mit besonde-

rer Genugtuung auf ein noch größeres britisches Wunder hin: „Wir haben in dieser Zeit nicht einen einzigen Tag durch Streiks verloren.“ Young glaubt, daß Liverpool, die Stadt, aus der seit Jahrzehnten die Begüterten flüchten, zum Zielpunkt der europäischen Reisesaison wird. Michael Heseltine, der inzwischen nicht mehr für den Umweltschutz, sondern für die britische Verteidigung zuständig ist, nennt die Gartenschau „eine erregende Verjüngungskur einer großen und alten Stadt.“ „Dieses Ereignis ist für alle Bürger, die hier leben und arbeiten, das eine sterbende Stadt sei, eine ungeheure moralische Aufrüstung“, glaubt Trevor Jones, der in den Tagen des Toxoth-Aufstandes den Stadtrat leitete.

Nicht alle sehen das so in Liverpool 8. Sie weisen auf die 92 000 Arbeitslosen hin, die heute in dieser Stadt leben und sagen: „Wir brauchen Jobs und keine Blumen. Was hier gebaut wurde ist irrelevant für die Probleme und die Zukunft dieser Stadt.“ Zu diesen Kritikern gehört

der Bischof von Liverpool, David Sheppard, dessen anglikanische Kathedrale wuchtig und anachronistisch pompös aus den Slums von Liverpool 8 herausragt. Er sieht, wie sich in diesem Lande eine Kluft zwischen dem armen und dem „komfortablen“ Britannien aufbaut, und er ist sicher, daß diese Kluft mit anderen Mitteln überbrückt werden muß als mit Blumen und einer Viertelmillion frisch gepflanzten Bäumen.

20 Millionen Pfund hat die Schau der Blumen gekostet, die bis zum Oktober dieses Jahres die häßliche, verfallene Fassade von Toxoth verdecken wird. Für ein halbes Jahr ein wunderschöner Vorgarten zu einem Armenhaus, ein Potemkin an der See.

Denn in Wahrheit ist dieses Liverpool schon seit langem am Rande des Ruins. Der Stadtrat hat dafür gesorgt, daß zwei Jahre lang Liverpool von der Labour Party regiert, doch das haben sieben radikale marxistische Stadträte unter Führung von Derek Hatton, der angesetzt ist, in

## Kasino-Räuber halfen dem Glück nach

Die italienische Polizei setzte gestern in Venedig ihre Suche nach den Räumern fort, die am Vortag aus einem Spielcasino umgerechnet 2,75 Millionen Mark stahlen und mit zwei Rennbooten fliehen konnten. Es war der dritte große Raub in Italien in fünf Wochen. Die Polizei hatte Montagabend zunächst geglaubt, einen Durchbruch in dem Fall erzielt zu haben, als sie eines der beiden Rennboote fand. Später mußten die Beamten eingestehen, daß die Räuber keine Spuren am Bord zurückgelassen hatten. Die Polizei sucht weiterhin nach dem zweiten Rennboot, das am Ufer vor dem staatlich geführten Kasino lag, als die Räuber um 2.40 Uhr zuschlugen.

Bewaffnet mit einer Maschinenpistole, einer abgesägten Schrotflinte und zwei Pistolen, gingen die fünf Banditen durch den Haupteingang des Casinos, überwältigten einen bewaffneten Wachposten und zwangen einen Kassierer, zwei Safes zu öffnen. Anschließend stürmten sie in den Hauptspielraum und sammelten weitere Gelder vom Kassentisch des Croupiers ein. Etwa 40 Spieler spielten gerade Chemin de fer, ein Kartenspiel, als die Räuber zuschlugen.

Die Polizei vermutet, daß einige gewiefte Spieler oder Kasino-Angestellte geistesgegenwärtig Nutzen aus der Verwirrung gezogen haben könnten und mehrere Millionen Lire an Einsätzen von den Kartentischen in ihre Taschen verschwinden ließen. Während des zehn Minuten dauernden Überfalls fiel kein einziger Schuß. Mit ihren hochtourigen Rennbooten machten sich die Räuber dann unerkannt aus dem Staub.

dpa, Venedig

Es ist sicher, daß er diese Hände noch in dieser Woche überwinden kann. Denn einen Tag, nachdem die Queen die Gartenschau eröffnete, wird in Liverpool ein neuer Stadtrat gewählt. Hatton erwartet dabei so viele neue Wählerstimmen, daß er endgültig grünes Licht für seinen angestrebten endgültigen Stadtbankrott erhält.

Das würde bedeuten, daß Liverpool in Kürze kein Geld mehr hat, seine Lehrer zu bezahlen und die Altenheimen zu versorgen. Hintergrund einer schönen Schau der Blumen und der Illusionen. Spätestens am 14. Oktober, wenn diese Frucht verweilt ist, werden auch die schönen Illusionen von der Hausfrau von Liverpool 8 dahingeschwunden sein. Für die rauhe, kalte Wirklichkeit dieser Stadt gibt es keine Fluchtwege.

## Die Kugel rollt jetzt auch am Bosphorus

Casino wird vor allem zum prächtigen Geschäft für den Staat

PETER SCHMALZ, Istanbul  
In den Büros hinter Europas Roulette-Tischen schmüßeln die Branchenkenner über Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen. Nicht daß der Sozialdemokrat als besonders eifriger Spieler am grünen Tisch aufgefallen wäre, sein bisher einziger Spielbankbesuch in Westerland hat ihm nach eigenem Bekunden „überhaupt kein Vergnügen“ bereitet. Aber dennoch gilt er als einer, der im Glücksspiel verloren hat, genau 4,7 Millionen Mark Steuer-geld. Denn mit dieser Summe will er die neue Spielbank in Dortmund subventionieren und rechtfertigt seinen verlorenen Einsatz als soziale Tat. Mit diesem Zuschuß würden neue Arbeitsplätze geschaffen.

### Millionen-Einsatz mit Probezeit

Ein Flugticket für Jochimsen nach Istanbul hätte genügt, dem deutschen Steuerzahler Millionen zu ersparen und dem Minister zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß Spielbanken auch dann sichere Arbeitsplätze liefern, wenn der Staat, statt zu subventionieren, kräftig kassiert. Den Moslems wie den Militärs in der Türkei ist ein Casino zwar eine bedenkliche Lasterhöhle und das Glücksspiel weit entfernt von der „nützlichen Verstandesübung“, die in „anständiger Gesellschaft“ gespielt eine Kultur der Moralität darstellt, wie Emanuel Kant meinte. Aber den Lockungen, eine verheißungsvolle Geldquelle zu erschließen, mochten sich auch die mohammedanischen Moralisten seit der Lockerung des Kriegsrechts nun doch nicht mehr verschließen. Probezeit für ein Jahr vergah die türkische Regierung eine Lizenz für einen Betrieb, der mit zwei Millionen Dollar einer australischen Finanzgruppe im Hilton-Hotel von Istanbul eingerichtet wurde.

Bevor die erste Elfenbeinkugel durch die Roulette-Kessel am Bosphorus klickerte, hatte der türkische Staat bereits einen saftigen Gewinn eingestrichen: Die jährliche Lizenzgebühr von 250 000 US-Dollar. „Derartige Usancen gibt es in anderen Ländern nicht“, bemerkt ein internationaler Casino-Experte mit spürbarem Respekt vor der Geschäftsfähigkeit der Regierung in Ankara.

Daß mindestens die Hälfte des Gewinns ebenfalls in die türkische Staatskasse fließt, ist dagegen international üblich. Der Österreichischen

Spielbanken AG, die den Türken das Know-how und das Aufsichtspersonal lieferte, erscheint ein solcher Prozentsatz sogar fast paradiesisch. Die Wiener Regierung läßt sich mehr als 90 Prozent des Gewinns der zehn alpenländischen Casinos als Sondersteuer überweisen. Die Kommanditisten in Österreich müssen dennoch nicht darben, die Dividende auf die 40 Millionen Schilling Grundkapital hat sich seit Jahren bei 19 Prozent eingependelt.

Auch die internationalen Finanziers scheinen mit ihrem Nachtgeschäft am Bosphorus eine Goldader angezapft zu haben. Schon in wenigen Probewochen vor der offiziellen Eröffnung in diesen Tagen stürmten die Türken das Hotel, mieden den Aufzug zu den Betten und gingen die Treppe hinauf zu dem Casino. Istanbul Hilton-Generaldirektor Norbert Spichtinger: „Wir wurden regelrecht überrannt.“ Einhundert bis 200 Besucher wurden abends erwartet. Der Schnitt hat sich jetzt bei 800 eingependelt.

Und das alles, obwohl noch keine türkische Lira für Werbung ausgegeben wurde, die Existenz der Spielbank hat sich zwischen den sieben Hügeln der Metropole dennoch wie ein Lauffeuer verbreitet. Um den Besucherstrom einzudämmen, wurden die Bekleidungsrichtlinien verschärft und der Mindestumsatz pro Spieler erhöht.

### Bringen die Ölseiche das große Geschäft?

Dabei haben die meisten türkischen Besucher noch nicht einmal die Roulette- und Black-Jack-Tische gesehen, denn sie dürfen nur in den Bereich der Spielautomaten, von Freunden Slotmachines und von den Gegnern „Binarmige Banditen“ genannt. In den sogenannten „Lebend-Spielbereichen“ sind nur Ausländer und solche Türken zugelassen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und mindestens 20 000 Dollar im Jahr verdienen.

Das ganz große Geschäft erhoffen sich die Istanbul Casino-Manager aber erst im Sommer, wenn die Ölseiche kommen, die sich früher den Ramadan an den Spieltischen von Beirut versüßten, und die seit dem Niedergang des Libanon noch keine befriedigende Ersatzlösung gefunden haben, um ihre Petro-Dollars en bloc auf Plein oder Cheval zu setzen.

## WETTER: Allmählich wärmer

Wetterlage: Nach kurzer Wetterberuhigung greifen die Ausläufer eines Biskayafronts von Südwesten her auf Deutschland über und leiten die Zufuhr milderer Luft ein.



Vorhersage für Mittwoch:  
Bundesgebiet und Berlin: In Norddeutschland anfangs noch stark bewölkt und zeitweise Regen. Sonst wechselnd wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Im Tagesverlauf von Südwesten her Bewölkungsverdichtung, aber noch trocken. Höchste Temperaturen zwischen 14 Grad im Norden und 20 Grad im Südwesten. Tiefstwerte nachts 11 bis 8 Grad. Schwacher bis mäßiger, an der Küste böig aufziehender Südostwind.

Weitere Aussichten:  
Wechselhaft mit Schauern, verhältnismäßig mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:			
Berlin	10°	Kairo	28°
Bonn	7°	Kopenhagen	15°
Dresden	11°	Los Palmas	20°
Essen	11°	London	15°
Frankfurt	12°	Madrid	12°
Hamburg	9°	Mallorca	8°
Leipzig	14°	Moskau	10°
München	12°	Nizza	15°
Stuttgart	14°	Oslo	15°
Ajmer	17°	Paris	15°
Amsterdam	11°	Prag	12°
Athen	17°	Rom	17°
Barcelona	15°	Stockholm	17°
Brüssel	10°	Tel Aviv	20°
Budapest	12°	Tunis	20°
Bukarest	11°	Wien	10°
Helsinki	19°	Zürich	11°
Istanbul	13°		

\*Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.51 Uhr. Untergang: 20.48 Uhr. Mondaufgang: 7.00 Uhr. Untergang: 23.43 Uhr.  
\*In MESZ, zentraler Ort Kassel.



### Selbsthilfe auf der Matte

Was zunächst wie ein mißglücktes Attentat aussah, erwies sich als Verzeihungstanz eines 35-jährigen Russen. Bei den Ringer-Europameisterschaften in Jönköping rannte er zur Matte und bedrohte die Sportler mit einem Luftgewehr. Er wurde von einem bulgarischen Ringer überwältigt, zog dann aber eine Pistole. Daß ein polnischer Ringer zu Boden (Fotos). Ein russischer Sportler setzte ihn mit einem Schlag außer Gefecht. Die Ermittlungen ergaben, daß der Russe dagegen protestieren wollte, daß seiner Familie die Ausreise aus der Sowjetunion verweigert worden ist. Sowohl das Gewehr als auch die Pistole waren ungeladen.

R. GATERMANN  
FOTOS: DPA/UP

## „Diamantener Plan“ gegen die Angst

Kinder profitieren von Konkurrenz unter Krankenhäusern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn  
Der Konkurrenzkampf der Kinderkrankenhäuser im Zeichen des Pflanzens könnte bei den jährlich rund 200 000 kleinen Patienten dazu führen, daß die seit Jahren erhobenen Forderungen nach Mitnahme eines Elternteils nach unbeschränktem Besuchszeiten für alle Kinderkliniken endlich Wirklichkeit werden. Dies läßt ein „Diamantener Plan für Kinder“ hoffen, den das „Deutsche Kinderhilfswerk e.V.“ zusammen mit dem „Aktionskomitee Kind im Krankenhaus e.V.“, versehen mit einem Aufruf von Familienminister Heiner Geißler, in Bonn der Öffentlichkeit vorstellte. Geißlers Appell, die Krankenhäuser „kindgerechter und kinderfreundlicher zu machen“, stößt vorläufig noch auf ein entscheidendes Hindernis: Die rechtliche Situation für eine Eltern-Mitnahme ist so, daß der behandelnde Arzt in jedem Einzelfall entscheidet, ob dies für die Genesung des Kindes wichtig ist. Entscheidet er positiv, dann dürfen die Kosten für die Mitnahme vom Krankenhaus nicht berechnet werden, weder gegenüber dem Patienten – das jeweilige Haus muß die Kosten selbst tragen. Ganz abgesehen davon, daß es selbstverständlich für die notwendige Zusatzausstattung im Krankenhaus zentral ist.

Da aber, so Geißler bei der Präsentation des „Diamantenen Plans“, völlig unbestritten sei, daß Kinder durch einen Krankenhausaufenthalt „alter Ordnung“ seelische Schädigungen erleiden können, zudem auch feststehe, daß die Verweildauer eines kranken Kindes auf einer Station um rund ein Viertel der Zeit abnehme, wenn Vater oder Mutter am Bettchen wachen, will man mit Modellversuchen weiterkommen.

Träger des mit 300 000 Mark jähr-

lich geförderten Modellversuchs „Familie und Krankenhaus“ ist die Universität Göttingen. Sinn des Unternehmens ist es laut Geißler, Anregungen für eine kinderfreundliche Krankenhauswelt zu erhalten und „eine therapeutische Allianz zwischen Krankenhaus und Familie zu erarbeiten“. Im ersten Schritt, dessen Auswirkungen jetzt vorliegen, wurden 287 Kinderstationen analysiert, zusätzlich kontrollierte die begleitende Forschung in sieben ausgewählten Stationen (zum Beispiel Essen, München und Göttingen) die tägliche Praxis. Außerdem wurden 825 Eltern von kranken Kindern nach ihrer Meinung über Änderungen befragt.

Die so erarbeiteten Konzepte werden in Lörrach, Salzgeber, Essen, Garmisch-Partenkirchen und Wilhelmshaven erprobt. Wie die Verfasser des „Diamantenen Plans“ es forderten, entwickeln Künstlergruppen Raumgestaltungen für eine „angst-mindernde Atmosphäre in den Krankenzimmern“. Kinderhilfswerk und Aktionskomitee weisen in ihrer Schrift zudem darauf hin, was zum Beispiel hunte Krankenhausbettwäsche oder farbige statt weiße Kissen der Schwestern bewirken können. Im Ingolstädter Krankenhaus gebe es „Vorlese- und Spieltanten“ in der Kinderstation, „kindgerechte Motive“ haben auf den langen Fluren in Regensburgs Kinderstation für eine freundlichere Atmosphäre gesorgt.

Doch nicht nur Nöte und Ängste von Kindern im Krankenhaus sollen abgebaut werden. Es geht auch um einen resoluten Alltag, gewohnt ist, und um eine Schulung der Eltern, deren „Überreaktion“ vor allem bei der Einlieferung und an Operations-tagen auf Kinderstationen ein ebenso bekanntes wie gefürchtetes Phänomen sind.

## Mit dem Wonnemonat war es nie weit her

Meteorologen brachte der Mai nur selten ins Schwärmen

H.H. KANNENBERG, Frankfurt  
Der heiß ersehnte Mai-Auftakt fiel in seinem meteorologischen Erscheinungsbild diesmal weniger dekorativ aus als in Liedern und Gedichten besungen: Noch ehe die halbe Woche um war, hatte in weiten Teilen Deutschlands das Quecksilber zwar knapp die 20-Grad-Marke erreicht, bezahlt werden mußte die behagliche Temperatur jedoch mit einem Verlust an strahlendem Himmel und Sonne. Der Deutsche Wetterdienst in Offenbach: „Es gibt landesweit verschiedene starke Mai-Regen. Das rettet manchem Landwirt die Saat und manchem Förster den Wald!“ Die extreme Trockenheit hatte in den vergangenen 14 Tagen zu einer Serie von Waldbränden geführt.

Ohnehin verdammt der Mai seinen „lieblichen“ Ruf einer Mystifikation. Werner Horst, Presseschef des Deutschen Wetterdienstes: „Als meteorologisches Phänomen gehört der Wonnemonat in Mitteleuropa zu den unsicheren Kantonisten. Seine Neigung zu klimatischen Schwankungen zwischen den Extremen ist notorisch!“ Ohne seinen Blütensegnen, bedingt durch den jahreszeitlichen Aufbruch der Natur, hätte der Mai vermutlich weit geringere inspirative Wirkung auf Dichter aller Art. Horst: „Viel ausgeglichener und angenehmer im Wetterverlauf als der Mai ist beispielsweise der September!“

Die Launenhaftigkeit des Mai geht eindeutig aus der Statistik hervor. So kann ein Mai-Monat, wie 1968, beispielsweise 21 „Sommertage“ mit mehr als 25 Grad bringen. Er kann sogar – wie 1976 (ein Tag) und 1979 (zwei Tage) – mit „Tropentagen“ von 30 Grad und mehr verblüffen. Doch er bringt es auch fertig – wie 1939, 1941, 1972, 1980 und 1983 – an keinem einzigen Tag bis zur Sommermarke von 25 Grad vorzustoßen.

Andererseits hält er als typische „Wonnemonat“-Überschüsse auch verspätete Luftfröste (zwei Meter über dem Erdboden) bereit, so 1935, 1941, 1942 und 1978. Im Jahre 1957 brachte ein Mai im Rhein-Main-Gebiet sogar an drei Tagen Schneefall. Nicht zu reden von den Bodenfrösten, die in der 2. Mai-Dekade so häufig sind, daß sie unter dem Stichwort „Eisheilige“ abgebuht und der Statistik vorenthalten werden.

Die Ursache der meteorologischen „Mai-Unruhen“. Im Wonnemonat ist die Großwetterlage auf der nördlichen Halbkugel durch ein extremes Temperaturgefälle zwischen Polarregion und Äquator geprägt. Horst: „In den Subtropen hat um diese Jahreszeit die Sonne die Luft bereits aufgeheizt. Im Norden hält sich noch das Kältereservoir des Winters.“ Wechselnde Vorstöße beider Kraftpotentiale nach Süden oder Norden setzen Mitteleuropa einem permanenten Wechselbad aus.

Sommertage wechseln mit Winterremiszenzen in so rascher Folge, daß der Mensch mit seinem Kreislauf in physiologische Anpassungsschwierigkeiten gerät. Die sprichwörtlichen Mai-Regen, die nach der Überlieferung Ackerregen bringen sollen, sind in dieser Zeit der Temperaturunruhen relativ selten. Der Juni übertrifft das durchschnittliche Regensoll des Mai um 20, der Juli sogar um 40 Prozent.

Weil die meteorologische Nord-Süd-Kleiner in den letzten April-Tagen besonders heftig tobte, erwartet der Deutsche Wetterdienst, daß die kalendrischen „Eisheiligen“ (11. bis 15. Mai) diesmal entweder ganz ausfallen oder – wie schon so oft in diesem Jahrhundert – in der letzten Mai-Dekade rutschen. Der Deutsche Wetterdienst: „Vor einem Kälteerfolg bleiben wir vorerst verschont.“

### Eltern angezeigt

dpa, Stockholm  
Ein elfjähriger Junge ging in Nord-Schweden zur nächsten Polizeistation und zeigte seine Eltern an, weil sie ihn geprügelt hätten. Dies ist in Schweden gesetzwidrig. Man geht davon aus, daß es sich hierbei erstmals um einen Fall handelt, in dem ein Kind gegen seine eigenen Eltern klagt und von dem 1979 in Schweden erlassenen „Anti-Prügel-Gesetz“ Gebrauch macht. Der Junge kam in die Obhut eines Sozialarbeiters.

### Verheerende Stürme

dpa, New York  
Der mittlere Westen der USA ist am Wochenende erneut von einer Serie verheerender Tornados heimgesucht worden. Mehr als 50 Wirbelstürme verwüsteten Wohnhäuser, Kirchen und Schulen. Mindestens zehn Menschen wurden durch die Tornados getötet. Im Süden Minnesotas fielen 30 Zentimeter Schnee. Seit Jahresbeginn wurden von den Meteorologen bereits 450 Tornados gezählt – mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt.

### Staatsanwalt ermittelt

dpa, Düsseldorf  
Im Todesfall einer 18-jährigen Ärztin auf der Intensivstation der Düsseldorfer Universitätsklinik untersucht die Staatsanwaltschaft, ob Fahrlässigkeit, aktive Sterbehilfe oder sogar vorsätzliche Tötung vorliegt. Das Mädchen war am 16. April durch eine Überdosis Kalium, die ihr in einer Narkose über den Tropf zugeführt wurde, ums Leben gekommen.

### Tod in Metz

dpa, Nancy  
Der als singender Peter bekannt gewordene französische Jesuit Aime Duval ist in Metz im Alter von 65 Jahren gestorben. Duval, der in Frankreich nach seinem weltlichen Sängerkollegen der „Brassens in der Soutane“ genannt wurde, stellte den Erlös aus seinen in Millionenauflagen erschienenen Platten für mildtätige Zwecke zur Verfügung.

### Brandstifter im Wald

dpa, Paris  
In Frankreich sind seit dem Wochenende bei zahlreichen Wald- und Flächenbränden mehrere Tausend Hektar Hochwald, Busch- und Heide-land verbrannt. Vielfach hatten Brandstifter die Hand im Spiel. Ein Täter wurde gefaßt. Da trotz der sinkenden Temperaturen die Dürre anhält, konnten sich die Feuer außer in Südf Frankreich auch in sonst meist verschonten Gebieten wie dem Elsaß und der Bretagne ausbreiten.

Anzeige

Das beste ist:  
eine gute  
Versicherung.

SIGNAL  
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Meisterfischer“ für antike Möbel-Anzeige in New Yorker Zeitungen